

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Allein das, daß die Industrieförderung, insbesondere die Ansätze für die Förderung unseres Bergbaues in dieser Gruppe verankert sind, unterstreicht schon die enge Verbundenheit mit dem Bauernstand.

Bergmannsstand und Bauernstand sind die beiden ältesten Stände hier in unserem Lande. Und wenn bisher in den letzten Budgetreden immer nur die Sorge um den Arbeitsplatz für den Kohlenbergmann durchgeklungen hat, so hat es bei dieser Budgetrede fast von jedem Generalredner, aber auch von den verschiedenen Debattenrednern, immer wieder, durchgeklungen, daß auch in anderen Gruppen, insbesondere der Urproduktion, die Arbeitsplätze nicht mehr so gesichert sind, wie sie es bisher waren. Alle Generalredner haben dies zum Ausdruck gebracht und der Herr Kollege Pölzl hat dabei eigentlich schon einen Weg gezeigt, daß der Ausweg von der Urproduktion über die Finalindustrie zur Arbeitsplatzsicherung gegeben ist. Die Alpine, die ja heute schon zitiert worden ist, ist da der größte Träger der Urproduktion mit wenigen Ausnahmen in der Finalindustrie. Diese wenigen Werke sind Krieglach, zum Teil nur Kindberg, aber vor allem Ferlach mit seiner Werkzeugindustrie, Zeltweg mit seiner Maschinenbauindustrie und Judenburg mit seiner Halbfertigung. Diese sind natürlich exportorientiert und auch den Krisen, welche von außen kommen, unterworfen. Ich kann Ihnen natürlich nicht das ganze Produktionsprogramm der Alpine Zeltweg aufzählen. Es spannt sich vom Schwellenagel über die englische Kreuzungsweiche bis hinauf zur Lokomotive, vom Behälterbau zur Lawinerverbauung und den Straßensperren. Damit sich die Damen und Herren davon ein Bild machen können, möchte ich bitten, dieses Programm im Rundlauf durchzusehen (gibt eine Broschüre in Umlauf).

Der Strukturwandel unserer Zeit ist ja augenscheinlich vorgeführt worden. Er soll aber nicht so vonstatten gehen wie man hüben und drüben so manchmal hört, daß man Vergleiche zieht mit der Landflucht oder mit der Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft. Daß seit 1950 ungefähr über 300.000 Leute abgewandert sind, ist ja bekannt, in den letzten zehn Jahren 250.000. Und da geistern Ideen herum, daß man sagt, früher einmal war die Landflucht vertikal von den Bergen herunter ins Tal und jetzt muß man eben der Infrastruktur nachgehen. Damit sind gemeint die Energiequellen und die Verkehrswege, die Donau u. dgl. mehr. Und man müßte diesem Fluß weiterhelfen. Aber man müßte auch schon den Industriearbeiter in den Tälern erfassen und man müßte alles zusammenziehen irgendwo, wo Energie und Verkehrerschließung und auch der Markt schon da ist. Wenn wir diesen Dingen weiter vollen und freien Lauf lassen, hieße das eine echte Entvölkerung weiter Gebiete.

Und wenn ich nun insbesondere zu den Bergbauproblemen sprechen kann, so möchte ich sagen, daß die vom Kollegen Burger zitierte Summe

nicht 104 Millionen, sondern 115 Millionen ist. (Abg. Burger: „104 Millionen vom Vorjahr!“)

Dazu kommen 2.1 Millionen Darlehen, das ist der Zinsendienst für diese 115 Millionen, die als Darlehen aufgenommen werden sollen, zur Zeit aber noch nicht bedeckt sind, sondern wenn sie gebraucht werden, flüssiggestellt werden sollen. Dazu ist aber zu sagen, daß wir von den 104 Millionen vom Vorjahr, die wir gehabt haben, nicht einmal die Hälfte ausschöpfen konnten. Damit ist aber schon die Problematik der Ersatzarbeitsplätze für den Bergbau gegeben. Sicherlich melden sich sehr viele und geben sich als stinkreich aus, erwarten von den Gemeinden gratis einen Grund und die Aufschließung und alles und dann 10 Jahre Steuerfreiheit. Das sind Dinge, von denen eine Gemeinde ja auch nichts hat. Das sind Arbeitsplätze, von denen sie auch nicht diesen Ertrag hat, der ihr zusteht, den sie durch den Rückschlag im Bergbau verloren hat. Das Was und Wie: Was soll man erzeugen, was ist absatzfähig, was ist lohnintensiv?, das sind ja auch die Dinge, die dabei eine große Rolle spielen. Daneben soll aber auch gleichzeitig die Umschulung der Bergleute gehen. Es ist natürlich so, daß man einen alten Bergmann nicht mehr als Dreher umlernen kann oder als Feinmechaniker oder als sonst etwas, und wenn schon einmal der Gedanke erörtert wurde, auf die Baustellen als Hilfsarbeiter läßt sich bestimmt kein Facharbeiter, wenn er 10, 20 oder mehr Jahre in seinem Beruf war, zurückdrängen. Die jungen Leute, das ist auch ein Problem, werden uns nämlich nicht mehr in den Bergbau gehen. Wenn ich einen Buben habe als Knappe, werde ich auch sagen: Bub, geh dort nicht hinein in die Grube. Es ist ja keine Aussicht mehr, daß Du dort drinnen für Dein Leben lang Dein Brot verdienst. Die Umstellung als solches ist auch auf den Zeitraum abzustimmen. Der Zeitraum, der da immer angegeben wird über das Kohlenvorkommen, der wird auch so hinaufgespielt, wie es einem gerade paßt. In Fohnsdorf z. B. haben wir einen Kohlenflöz, 6 km in der Breite, 6 in der Länge, das sind 36 km² mit einer durchschnittlichen Stärke von 3 m. Sie reicht von 1.5 bis zu 20 m. Wenn man dann hergeht und das Kohlenvorkommen, das geologisch festgestellt ist und nach dem bisherigen Abbauverlauf als erwiesen angenommen werden kann, als Vorkommen betrachtet, ist es gerechtfertigt, wenn man in Zeltweg ein Kraftwerk hingebaut hat, wo die Kohlenlieferungsverträge bis zum Jahre 1987 laufen. Heute, wenn einem die Kohle nicht mehr in den Kram paßt, geht man her und sagt, das ist wohl vorhanden, aber das ist nicht technisch gewinnbar. Dabei kann keiner voraussagen, was technisch gewinnbar ist. Echt aufgeschlossen sind zur Zeit immer noch 4 Millionen Tonnen, und wenn man hergeht und den heutigen Stand der Technik — man ist ja im Bergbau auch nicht stehen geblieben, anwendet, wissen wir genau, und das haben auch diejenigen gewußt, die diese Kohlenverträge für lange Zeit abgeschlossen haben, daß die Kohle und die Existenz der Bergleute auf diese Zeit absolut gesichert sein kann. Nur ge-

hört dazu so wie der Landwirtschaft gegenüber auch der Kohle gegenüber eine Gesinnung, und die „doppeltbrennten“ Patentösterreicher, die immer gegen die Kohle reden, wissen es natürlich genau, verschweigen es aber, daß in Österreich noch immer mehr als die Hälfte der festen Brennstoffe eingeführt wird auch unter falscher Deklaration. Man bezeichnet es als Steinkohle, liefert aber polnische Braunkohle, die einen Dreck besser ist als unsere Glanzkohle. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Wie besser?“)

Einen Dreck besser, entschuldigen Sie den Ausdruck. Wir sind ja im steirischen Landtag, und da darf man auch einmal einen steirischen Ausdruck gebrauchen. Nun erhebt sich aber die Frage: Was ist denn billiger, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn man eine Grube mit 1.400 Leuten schließen will, braucht man eben 1.400 Arbeitsplätze. Wenn man auch einen Teil in die Frührente oder in die Früh-Frührente, die man für die Bergleute geschaffen hat, schicken könnte, so ist es doch immer noch so, daß es durchschnittlich 250 bis 300.000 Schilling kostet, einen Arbeitsplatz zu schaffen. Meine Herren, ein einfacher Volksschüler muß sich ausrechnen können, was dabei billiger kommt. Was kosten aber dann die Schließungen der Gruben? Die Schließung der Grube Fohnsdorf, im ÖIG-Plan auf Verlangen des Handelsministeriums erstellt, kostet 200 Millionen Schilling, die Lakog, die von dieser großen Katastrophe betroffen war, 220 Millionen Schilling, der Betrieb Bergla 30 Millionen Schilling, die WTK 25 Millionen Schilling, da kommt die runde Summe von 475 Millionen Schilling heraus. Wenn man sieht, daß nicht einmal die 100 Millionen ausgeschöpft werden für Industrie Gründungen, weil einfach keiner da ist. Es wurde in diesem Hause schon einem von den Abgeordneten ein Betrieb angeboten und das Geld — er hat sich's auch nicht zu übernehmen getraut. Da sieht man, wie schwer das ist. Zu diesen 475 Millionen kommen aber noch die Restbuchwerte, das Anlagevermögen, die gesetzlichen und zusätzlichen Abfertigungsansprüche, die bergbehördlichen Verpflichtungen für Bergschulen, Wasserrecht, Haldenaufforstung, die Grundrechte und Kraftwerke, die heute auf Kohle gebaut sind, haben schon wissen lassen, daß sie von der Alpine, mit der sie die Verträge abgeschlossen haben, Regreß verlangen werden, wenn sie ihre Kraftwerke vorzeitig auf Öl umstellen müssen.

Na, das kostet letzten Endes ja auch eine Stange Geld. Zur Zeit ist es aber doch so, daß die Kohlenbergbaue hauptsächlich von der Verstromung der Kohle leben, die Industrieverwertung ist ja zurückgegangen, Fernheizwerke sind entstanden, die auch Kohle abnehmen und der Hausbrand spielt bereits eine geringere Rolle. Aber, wenn man die Grube schließt, dann wird man wahrscheinlich mit Auslandsöl, das, wenn es gebraucht wird und wir keine anderen Energie-reserven mehr haben, auch teurer sein wird, als es uns jetzt an die Grenze gestellt wird. Aber was sollen denn die vielen Haushalte tun, die sich nicht einen Ölofen um 20 bis 25.000 Schil-

ling leisten können? Und die noch bei der herkömmlichen Art, mit einen Kohlenofen ihr Auslangen finden müssen, wenn sie nicht erfrieren wollen. Auch auf die müssen wir Rücksicht nehmen.

Über Auftrag eines Ministerratsbeschlusses soll Fohnsdorf das nächste Jahr das letztmal voll fördern und im Jahr 1969 soll die Zeit zur Schließung verwendet werden und die LAKOG im Jahr 1970. Wir haben aber bereits gehört, wieviele Gruben schon geschlossen sind z. B. Ratten und wie schwer man dort den Fremdenverkehr als bescheidenen Ersatz aufbauen kann. Der Alpine-Vorstand ist aufgefordert worden, Vorschläge zu machen, der Aufsichtsrat der ÖIG hat Varianten ausgearbeitet, aber sie alle, wenn sie das Problem genau betrachtet haben, sind zu dem Schluß gekommen, nein so geht es nicht, weil ja die sozialrechtlichen Schwierigkeiten allein schon unüberwindbar sind. Aber auf alle Fälle würden bis zum Jahre 1970 3370 Bergarbeiter nach diesem Plan arbeitslos werden. Und so hat man von den 5 Millionen Tonnen, im Jahr 1957 haben wir über 7 Millionen Tonnen gefördert, bereits herunter reduziert auf 5 Millionen Tonnen und mit 3.750.000 Tonnen Jahresförderung wäre es möglich, auch den Grenzlandbetrieb aufrechtzuerhalten, ebenso Fohnsdorf und wenn ich nun zu dem Defizit komme, das überall so hinausposaunt wird, so muß ich dazu sagen, daß der Alpine-Vorstand eben die Bilanz so erstellt hat, in der Hoffnung, daß er aus der Bergbauförderung was bekommt und aus der Bergbauförderung sind die Mittel, die zuerst bescheiden eingesetzt wurden, früher an alle anderen verteilt worden, als wie wirklich für die Grube Fohnsdorf, für die seinerzeit im Jahre 1961 die Bergbauförderung geschaffen wurde. Und da ist das ein Rohrkrepierer geworden für die Belegschaft. Und wenn man schaut, daß heute die Bergleute auf Kohle von über 20.000 heruntergegangen sind auf 9.000, die auf Kohle arbeiten, so kann man daraus ermes-sen, was für Einschränkungen die Bergleute ohnehin schon auf sich genommen haben. Und auch die Alpine hat einen Alternativvorschlag gemacht, der doch darüber hinaus sieht und in der Richtung, auch in der ÖIG trägt man sich schon mit dem Gedanken, den Bergbau weiter zu erhalten. Was das Schlimmste dabei ist, ist die Unsicherheit für die Bergleute, denn früher als wir die Zwei-Parteien-Regierung gehabt haben, ist der Schwarze Peter hin und hergegangen, einmal zu den Roten und dann zu den Schwarzen. Jetzt sitzt aber der Schwarze Peter in der ÖVP-Regierung, jetzt geht er halt dort herum, vom Aufsichtsrat zum Vorstand, zu der ÖIG und wieder zurück. Aber keiner will ihn behalten und keiner getraut sich auch zu sagen, was er mit dem Bergbau wirklich im Sinn hat.

Aber darunter leiden die Bergleute und darunter leidet auch die Arbeitsmoral. Und wenn jetzt aus der Bergbauförderung über Parlamentsbeschuß doch aufgestockt worden ist und Mittel für den Bergbau kommen, so ist das nur ein Bruchteil dessen, was die Bergleute in der Zeit, wo wir vom Ausland nichts bekommen ha-

ben, in die österreichische Wirtschaft investiert haben. Das waren nämlich 5 Milliarden Schilling. Und wenn wir alle Jahre nur 50 Millionen bekommen hätten, das brauchen wir ja gar nicht, wenn wir die Hälfte von Anfang an immer bekommen hätten, gäbe es keinen defizitären Bergbau. Schauen Sie, wenn ein Bauer heute oben einen Wald stehen hat, so geht es über seine finanziellen Kräfte, den herunterzuliefern und der Verwertung zuzuführen, so wird über den grünen Plan ein Forstaufschließungsweg gebaut und dann kann er sein Holz selber führen und der ist aus der öffentlichen Hand über die Steuermittel unterstützt. Und wenn der Bergmann eine Strecke vortreibt zum Kohlenflöz, so ist das auch nichts anderes wie ein Forstaufschließungsweg, denn diese Kohle ist vor Jahrmillionen versunkener Forst. (Abg. Scheer: „Er kann sie nicht verkaufen die Kohle, da hinkt der Vergleich!“)

Du, wir haben einen Butterberg neben einem Kohlenberg und daß der Vergleich nicht hinkt, das will ich beweisen. Ich möchte nur noch sagen, daß bei der Generaldebatte auch ein Ruf laut wurde: „Schauts nach Westdeutschland“, dort haben sie zwar 60.000 Bergleute abgebaut, aber in Westdeutschland ist es nicht so wie bei uns, daß, wenn sie da den Schacht zumachen, daß sie nicht mehr dazukönnen, denn da ist ein Schacht neben dem anderen. Sie haben nur die Förderung gedrosselt aber die Schächte untereinander sind so verbunden, daß diese Kohle nicht verloren ist. Wenn man aber bei uns die Grube zusperret, dann ist diese Kohle auf ewige Zeiten verloren. Auch dann, wenn wir sie einmal notwendig brauchen würden, werden wir nicht mehr dazukommen. Wenn sie das in Westdeutschland machen ist es kein Substanzverlust, aber bei uns in Österreich ist es ein Substanzverlust. Und jetzt lieber Herr Kollege Scheer die Antwort. Wir haben in Österreich eine planlose Kraftwerksbauerei. Da fängt es an, wir haben die Verbundgesellschaft als Dachgesellschaft, wir haben die Ländergesellschaften, wir haben die Sondergesellschaften und die Verbund bindet auf ihren Werken die Kohle, so daß das Land Steiermark jetzt erst vor kurzem eine Schweizer Anleihe beschlossen hat für ein Ölkraftwerk bei aller Unterstützung durch das Land. Das ist für den Bergmann wieder ein Wermuthstropfen in seinen Kelch, denn es klingt fast wie ein Witz, es hat aber damals so geheißen, man muß ein Ölkraftwerk bauen, um dem Bergarbeiter den Arbeitsplatz zu sichern.

Aber Herr Kollege Scheer, die Energiequellen in Österreich sind ja bis zu 45 Prozent ausgenutzt, wenn die Kraftwerksbauten fertig sind, die jetzt im Bau sind, im Jahre 1970. Und der Anteil der Kohle ist so gering, wenn er wirklich verfeuert wird, und durch den weiteren Ausbau — nachdem der Kohlenverbrauch nicht steigt — geht auch dieser Anteil zurück, so daß eigentlich die Kohle, wenn eine echte Kohlen-gesinnung besteht, mit vernünftiger Energieplanung verheizt werden kann, dann brauchen wir auch nicht die Bergbauförderungsmittel, denn der Betrieb kann sich in späterer Zeit wieder

einmal selbst erhalten und rentabel gestaltet werden. Dem Bergbau geht es genauso wie den Bauern, er bekommt nicht das, was ihn die Kohle in der Gewinnung kostet und sie wird von uns nicht verwertet, aber es wird ausländische eingeführt. Dazu kommt noch, daß Strom aus Ungarn hereinkommt, der aus Braunkohle in Ungarn erzeugt wird, bei uns aber wachsen die Kohlenberge und man wirft dem Bergmann alles mögliche vor.

Ich möchte das dem Lande danken, daß das Land eine Zentralgarage plant, in der man mit Kohle feuert, daß die Krankenhäuser auch mit Kohle feuern und daß viele Anträge schon gestellt worden und gemeinsam verfaßt worden sind für die Kohle zur Sicherstellung. Nun kommt aber der Bergbau Fohnsdorf aus der Alpine heraus und kommt zur GKB. (Landeshauptmann Krainer: „Jetzt wirst Du ein Weststeirer!“)

Es ist ja schon öfters wo so gewesen, daß der Pächter besser gewirtschaftet hat als der Eigentümer. In dem Falle ist es so, daß der Pächter und der Eigentümer wieder gleich bleibt. Ich möchte aber dennoch ganz kurz daran erinnern, daß sich mit dieser Frage auch der steirische Oberhirte, der Bischof Dr. Schoiswohl, befaßt hat. (Abg. Leitner: „Das habe ich schon gesagt!“)

Es war auch in der Zeitung, daher brauche ich seinen Brief da gar nicht verlesen. Wir Bergleute danken einem jeden, der sich auf unsere Seite stellt. Man möge nicht vergessen, in Fohnsdorf ist der Sitz der Grubenrettung, die sich schließlich in vielen Einsätzen schon wiederholt ausgezeichnet hat, ob das nun bei dem Tunnelbau in Bludenz war, wo keiner mehr ohne Gerät hineingehen konnte oder ob das bei der Lakog war oder im eigenen Betrieb, das ist ein Spezialtrupp, der auch in Österreich erhalten werden muß so wie die Berufsfeuerwehr, um doch für bestimmte Zeiten auch in anderen Dingen gewappnet zu sein. Fohnsdorfer Knappen haben z. B. den Schloßbergstollen gebaut, sie werden wahrscheinlich wieder herangezogen, wenn der ausgebaut werden wird, die Fohnsdorfer Knappen waren die ersten, die den Knittelfeldern herausgeholfen haben aus Schutt und Trümmern, wie die Bomben gefallen sind, und so gäbe es wohl noch viele Beispiele. Und zur Barbarafeier kommen ja zu uns alle möglichen Leute, alle anerkennen die Leistungen der Bergleute und danken ihnen dafür. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat namens des Landes den Bergleuten gedankt. Ich glaube, es könnte das auch der steirische Landtag tun, damit das nicht ein Lippenbekenntnis ist, wenn es heißt: Der Bergmannsstand sei hoch geehret, wenn er auch des Tages Licht entbehret, so tut er's doch fürs teure Vaterland. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Buchberger. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Schaffer.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Von dem sicher sehr bedeutenden

Faktor unseres Bergbaues, wo wir alle Steirer wünschen, daß diese Frage einer positiven Lösung zugeführt wird, möchte ich zu einem anderen Thema hinüberwechseln. Einleitend zur Gruppe 7 finden wir den Unterabschnitt 716, freiwilliges Feuerwehrwesen und Feuerwehrwesen überhaupt. Ich möchte sagen, daß auch dies ein sehr bedeutender Faktor ist deshalb, weil insgesamt in der Steiermark 29.987 Feuerwehrmänner sich in 753 Feuerwehren zusammengeschlossen haben. Wenn wir die Tätigkeit unserer steirischen Feuerwehrmänner kennen, wissen wir, daß es unsere Verpflichtung sein muß, diesen stets einsatzbereiten Männern von dieser Stelle aus unseren Dank auszusprechen. Wir haben ja als Abgeordnete immer wieder die Möglichkeit, bei den verschiedenen Veranstaltungen unserer Feuerwehr mit dabei zu sein und wir sehen bei jeder Gelegenheit, daß unsere Feuerwehrmänner in unserem Lande jederzeit präsent sind. Wir haben auch die Möglichkeit, mitzuerleben, wie sich in den letzten Jahrzehnten unser Feuerwehrwesen im positiven Sinne aufwärtsentwickelt hat. Wenn noch bei Beginn des Krieges oder zur Nachkriegszeit die meisten Geräte und Feuerwheerpumpen in alten Geräteschuppen untergebracht waren, so können wir heute überall mit Freude feststellen, daß wir moderne Rüsthäuser mit modernen Gerätschaften antreffen. Wir können auch sehen, daß sich diese Modernisierung des Feuerwehrwesens immer noch weiterentwickelt. Vor allem hat auch der Funk, das gesamte Funkwesen bei unseren Feuerwehren nun Eingang gefunden. Diese Entwicklung wäre sicher nicht möglich gewesen, wenn nicht die Steiermärkische Landesregierung immer auch eine offene Hand für die steirischen Feuerwehren gehabt hätte. Auch im heurigen Jahr stehen wiederum bedeutende Mittel für die steirischen Feuerwehren zur Verfügung. Insgesamt ist es ein Betrag von 11.808.300 Schilling, im Vergleich zum vergangenen Jahr ein Mehr von 799.900 Schilling. Es ist ja nicht so, daß sich die Feuerwehren unseres Landes etwa nur auf die Unterstützung des Landes verlassen, sondern wir sehen immer wieder, daß wenn irgendwelche Anschaffungen von seiten der Feuerwehren getätigt werden, auch die Eigenleistung nicht unbedeutend ist. So wurden im Jahre 1967 Eigenleistungen in der Höhe von 5.431.000 Schilling erbracht. Auch die Unterstützung von seiten der Gemeinden ist enorm. Im letzten Jahr wurde ein Betrag von insgesamt ca. 15 bis 20 Millionen Schilling seitens der Gemeinden den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Man sieht hier, daß in engster Zusammenarbeit der Feuerwehrleute selbst unter Unterstützung der Gemeinden und des Landes es möglich war, nun eine schlagkräftige Feuerwehr innerhalb unseres Heimatlandes Steiermark aufzubauen. Die führenden Männer unserer Feuerwehr sind sich natürlich auch dessen bewußt, daß es notwendig ist, für einen entsprechenden Nachwuchs zu sorgen. So konnten im letzten Jahr 108 Jugendgruppen aufgebaut werden, die eine Unterstützung von 585.000 Schilling von seiten des Landes erhielten. Die ganze Entwicklung des Feuerwehrwe-

sens ist in der Hinsicht im Gang, daß man vor allem bedacht ist darauf, die bereits bestehenden Feuerwehren zu erhalten und auszubauen, und man versucht nun in der weiteren Folge, entsprechende Stützpunkte zu schaffen, um bei Notwendigkeit, bei Unfall u. dgl. auch diesbezüglich einsatzbereit zu sein. Die Leistungen, um das kurz zu erwähnen, der Feuerwehren waren enorm. Insgesamt wurden im Jahre 1966 3.274 Einsätze gefahren und haben bei dieser Gelegenheit im Interesse der Allgemeinheit zum Vorteil der gesamten Bevölkerung gewirkt. Wir wollen nur hoffen, daß sich unser steirisches Feuerwehrwesen auch in der kommenden Zeit genauso positiv aufwärts entwickelt, und wir haben, wenn wir unseren Feuerwehrmännern eine entsprechende Unterstützung angedeihen lassen, auch die Sicherheit, daß sie im Interesse der gesamten steirischen Bevölkerung jederzeit präsent sein werden. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Herr Abg. Schaffer hat das Wort. Nach ihm spricht Abg. Feldgrill.

Abg. Schaffer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Steirische Gastwirtetag in Leibnitz stand unter dem Motto:

„Fremdenverkehr — Devisenbringer Nr. 1“

„Fremdenverkehr — Säule der Volkswirtschaft“ und „Ohne Gastgewerbe kein Fremdenverkehr“

Und diese drei Leitsätze sollen auch das Motto für meine Ausführungen sein.

Der Ausländerfremdenverkehr brachte im Jahre 1966/67 15,7 Milliarden Schilling, das sind 2,3 Prozent oder 355 Millionen Schilling mehr Devisen in unser Land, als im Vorjahr. Dem gegenüber stehen aber die Ausgaben der Österreicher im Ausland, die sich um 878 Millionen Schilling auf 5,2 Milliarden Schilling bzw. um 20,4 Prozent erhöhten. Und dennoch, meine Damen und Herren, liegen die Deviseneingänge des Fremdenverkehrs allein höher als die Einnahmen aus Stahl, Holz und Textil zusammen.

Somit meine ich, daß dem Fremdenverkehr allergrößte Bedeutung beigemessen werden muß.

Ich glaube, das Krisengespenst, das von Ihnen, meine Damen und Herren, auf der Linken, immer wieder heraufbeschworen wird, wie schlecht es uns geht, wird dadurch entkräftet, daß die Auslandsreisen der Österreicher weiterhin angestiegen sind und daß es bei uns in Österreich, nicht wie in England unter einer Arbeiterregierung, zu gesetzlichen Maßnahmen geführt hat, bei Auslandsreisen eine Beschränkung auf 50 Pfund oder umgerechnet auf 3.000 Schilling aufzuerlegen. Dies ist wohl ein sichtbares Zeichen einer verantwortungsbewußten Regierung und ein sichtbares Zeichen der Stabilität unseres Schillings.

Die verschiedenen Fernsehdiskussionen tragen nicht immer dazu bei, Österreich als Fremdenverkehrsland in ein positives Licht zu stellen. Die Fremdenverkehrsbetriebe sind wirklich bemüht, alles zu tun, um den Gast zufriedenzustellen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen, an denen aber nicht immer der Unternehmer

allein die Schuld trägt, man kann aber auch nicht einen so wichtigen und bedeutungsvollen Wirtschaftszweig wie den Fremdenverkehr gerade im Fernsehen herabsetzen, wo die ausländische Presse geradezu wartet, ein negatives Urteil über Österreichs Fremdenverkehrsbetriebe zu bringen, sei es in der Ausstattung, in der Verpflegung oder in der Bedienung.

Herr Abg. DDr. Götz hat u. a. auf den Nachholbedarf hingewiesen. Hiezu kann gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß besonders in der Steiermark in den letzten Jahren sehr, sehr viel geleistet wurde, um die Qualitätsverbesserung voranzutreiben. Daß wir gegenüber den westlichen Bundesländern noch zurückliegen, zeigt Ihnen, daß wir von rund 1.800 Beherbergungsbetrieben nur 135 Betriebe mit 10.000 Betten in der Kategorie A und B führen, hingegen aber 1.650 Betriebe mit 36.000 Betten der Kategorie C und D angehören.

Trotz der Verschuldung der österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe von rund 4,5 Milliarden Schilling — in der Steiermark liegt die Verschuldung bei ungefähr 400 Millionen Schilling — wird es unserer gemeinsamen Bemühungen bedürfen, bei C- und D-Betrieben eine Qualitätsverbesserung herbeizuführen, denn wir alle wissen — und ich sagte es schon einmal in diesem Haus — es will im Urlaub keiner schlechter leben als daheim. Es geht aber nicht an, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Stöffler hat es in der Generaldebatte ja auch schon erwähnt, daß man heute durch die fortgesetzte Miessmacherei der Opposition Unternehmer-Initiativen lähmt, die eine abwartende Haltung bei Investitionen erzeugt, als wäre der totale wirtschaftliche Zusammenbruch bereits vor der Tür. Dabei haben wir es so notwendig, Investitionen zu tätigen, um in einer schnelllebigen Zeit den Ansprüchen unserer Gäste gerecht zu werden.

Die Rationalisierungen bringen für den Unternehmer des Dienstleistungsgewerbes keine Ersparnisse der Arbeitskräfte, sondern nur eine Erleichterung für die Arbeitnehmer. Wir wissen, daß den Arbeitnehmern eine entscheidende Rolle zukommt, die durch ihre Arbeit und Leistung mit dazu beitragen, dem Gast den Aufenthalt bei uns so schön als möglich zu gestalten, damit er gerne wieder kommt. Wenn vielfach die Preise als zu hoch kritisiert werden, glaube ich wohl mit Berechtigung sagen zu können, daß es nicht eine Mutwilligkeit der Unternehmer ist — wie man so oft hört — da muß ich feststellen, daß nicht nur die soziale Leistung, die steuerliche Belastung, sondern auch die Kreditkosten weitaus am höchsten von allen europäischen Staaten gelegen sind. Da die Bettenkapazitätsausnutzung bei nur 23 Prozent oder 84 Tagen pro Jahr liegt, können Sie sich auch vorstellen, daß die Regien einen beängstigenden Prozentsatz erreicht haben. Aber abgesehen davon, ist die Steiermark noch immer das billigste Reise-land Österreichs.

Daß heute bei uns noch eine geringfügige Rentabilität vorhanden ist, ist nicht zuletzt dem unermüdlichen Einsatz aller, den im Gastgewerbe

Arbeitenden, die keinen 8-Stundentag kennen, zu verdanken. Da die Arbeitsbereitschaft unserer Fremdenverkehrsbetriebe nahezu 18 Stunden beträgt, in manchen sogar mehr, erfordert dies einen 2 bis 3fachen Personaleinsatz. Es soll dies kein Gejammer von mir sein, meine Damen und Herren, sondern ich wollte Ihnen damit darlegen, in welcher Situation sich das Gastgewerbe befindet.

Die Steiermärkische Landesregierung mit ihren zuständigen Abteilungen wie auch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft sind durch Bereitstellung von Krediten bemüht und bestrebt, bei unseren Mitgliedern wieder Mut zur Investition zu erwecken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn in unserem Bundesland auch im Fremdenverkehrsjahr 1966/67 bei den Gästeübernachtungen erfreulicherweise wieder ein Zuwachs verzeichnet werden konnte, so besteht kein Zweifel darüber, daß sich die gemeinsamen Anstrengungen des Landes, der Interessenverbände und der Fremdenverkehrswirtschaft nicht nur positiv ausgewirkt, sondern auch gelohnt haben.

Gerade im vergangenen Jahr zeichnet es sich sehr deutlich ab, daß die Inlandwerbung, die vom Fremdenverkehrsreferat des Landes und der Sektion Fremdenverkehr gemeinsam gestartet wurde, von größter Bedeutung für unser Land ist. Wie erfolgreich diese Werbung für uns war, ergibt sich schon daraus, daß die Steiermark von allen Bundesländern an der Spitze der Inlandsübernachtungen steht. Es muß hier aber auch offen gesagt werden und besonders den Nörglern, ich betone ausdrücklich den Nörglern in der Opposition, daß ihr Aufbauschen und Verdrehen der heutigen wirtschaftlichen Situation unserem Vaterland nur schadet.

Es ist ja wiederholt schon gesagt worden. Und diesen Schaden hat nicht nur die Wirtschaft, sondern in erster Linie die gesamte Bevölkerung zu tragen!

Es wäre an der Zeit, sich des Jahres 1945 zu erinnern, wo durch gemeinsame Arbeit der Grundstein für den heutigen Wohlstand gelegt wurde, der aber nicht durch ihre Zersetzungs-politik zerstört werden darf, sondern wir sollen wie auch der Herr Landeshauptmann es gesagt hat, durch gemeinsames Mehrarbeiten — Mehrleisten, den Wohlstand in Österreich noch verbessern.

Nur ein Miteinander, nicht ein Gegeneinander kann uns eine gesicherte Zukunft bringen. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Feldgrill hat das Wort. Nach ihm spricht Abg. Meisl.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abg. Loidl hat sich heute Vormittag sehr eingehend mit der Winterarbeitslosigkeit beschäftigt und dabei festgestellt, daß die Steiermark sehr weit hinten dran ist. Ich habe hier eine forstliche Zeitschrift, eine Fachzeitschrift in der Hand, da steht drinnen, daß die Forstwirtschaft in der Steiermark an erster Stelle in der Inanspruchnahme

der PAF steht. Dies nur eine sehr kurze Mitteilung in der „Steirischen Forstwirtschaft“, sie ist auch nur sachlich gehalten. (Abg. Loidl: „Ich habe von der Bauwirtschaft gesprochen, dort liegt es anders!“)

Herr Abg. Brandl hat sich auch mit der Materie befaßt, zu der ich sprechen soll. Er hat mehr zur Produktion gesprochen und ich werde daher versuchen, einige Sachen über den Export und über unsere Aussichten auf unseren Exportmärkten zu sagen.

Die österreichische Forstwirtschaft ist nach der Kohle und nach dem Eisen in eine etwas ungute Lage geraten — wie das schon ausgeführt wurde — und das hat drei Ursachen:

1. die Katastrophenwürfe,
2. die Nahostkrise und
3. die Pfundabwertung.

Die Katastrophenwürfe wurden vom Herrn Abg. Brandl und ich glaube, das ist auch richtig, mit 26 Millionen etwa bezeichnet. Ich glaube, hier laufen die Schätzungen zwischen 20 und 30 Millionen auseinander. Dieser Mehranfall ist natürlich auf unseren Märkten derzeit nicht unterzubringen, weil, wie schon richtig gesagt wurde, das in einer Krisenkonzentration erfolgte und wir daher auf unseren traditionellen Exportmärkten nicht zum Zuge kommen können.

Es wird sich daher die Situation ergeben, daß Österreich zu Beginn des nächsten Jahres etwa 200.000 fm Schnittware und 200.000 fm Rundholz mehr am Lager haben wird, als dies zu Beginn des vorigen Jahres der Fall war. Es ist so, daß die Nahostkrise ebenfalls eine besondere Erschwernis gebracht hat, und zwar dadurch, daß der Suezkanal verriegelt wurde und dadurch das ganze Exportgebiet, das hauptsächlich durch die österreichische Exportwirtschaft beliefert wurde, abgeriegelt ist. Die Pfundabwertung hat uns ebenfalls einige Schwierigkeiten gebracht. Etwa 5 Prozent der österreichischen Exportmenge gehen nach England, das sind immerhin 150.000 fm Holz. Wir haben vor allem deshalb mit der Pfundabwertung in der Volkswirtschaft zu tun, da die skandinavischen Länder Schweden und Finnland bisher von den Engländern keinen Aufbesserungsausgleich für die Abwertungsbeträge erhalten haben und daher nach Deutschland und auf die europäischen Holzmärkte hingravitierten und hier schwerste Konkurrenz machen werden.

Ich möchte nur noch einige Dinge in aller Kürze sagen, um meiner Redezeit gerecht zu werden. Das ist das, was wir in der Holzwirtschaft machen sollen und müssen, um unserer Aufgabe auch in Zukunft gerecht werden zu können. Ich glaube, hier ein paar Zahlen sagen zu dürfen, die auch nicht ganz uninteressant sind für die Steiermark. Die Steiermark hat etwa 2.600.000 fm Holzeinschlag auf ca. 840.000 ha und exportiert davon rund 650.000 m Schnittware. Diese Menge ist deshalb in Gefahr, weil unsere traditionellen Märkte Schweiz und Deutschland, in die wir seinerzeit etwa 40 Prozent unseres Holzes geliefert haben, jetzt versuchen, uns mit Exporten in Italien zu Dumpingpreisen Konkurrenz zu machen. Der größte

Markt Italien nimmt derzeit etwa 68 Prozent unserer gesamten Menge auf, und das ist etwas, was uns in Zukunft Sorgen macht, denn das ist bereits als Einbeinigkeit zu bezeichnen und eine solche Einbeinigkeit kann in der Zukunft, wenn auf einem solchen großen Markt etwas passiert, für uns und für die Volkswirtschaft sehr, sehr ernste und bedrohliche Folgen annehmen.

Zum Schlusse möchte ich Sie bitten, noch eines sagen zu dürfen. Wir haben für das Eisen und für die Kohle seit einem oder 2 Jahren versucht, verschiedenes zu machen, und zwar von der öffentlichen Seite und von der öffentlichen Hand her. Wir haben jetzt gehört, daß wir mit dem verstärkten Brückenbau usw. und mit dem Eiseneinsatz auch für die Industrie und für das Eisen in der Steiermark etwas tun wollen. Ich möchte Sie bitten, und ich komme schon zum Abschluß, daß wir auch für das Holz, das ja zu den drei größten Rohstoffquellen des Landes zählt, in Zukunft etwas machen sollen, und zwar nicht nur mit gutem Zureden, sondern vielleicht auch mit einer erhöhten materiellen Unterstützung. Ich möchte Sie bitten mitzuhelfen, daß wir unter der Devise „Verbraucht mehr steirisches Holz“ in Zukunft der Forstwirtschaft die Lebensberechtigung weiter erhalten. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Abg. Meisl das Wort. Nach ihm spricht Abg. Zinkannell.

Abg. Meisl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die industrielle Entwicklung in den letzten Jahren hat auch in Österreich in verschiedenen Industriebereichen so wie in anderen Ländern dazu geführt, ihr Fertigungsprogramm aus fabrikationstechnischen und vor allem aus wirtschaftlichen Erfordernissen aufeinander abzustimmen. Solche Koordinierungsmaßnahmen bringen für die davon betroffenen Betriebe innerhalb eines Unternehmens besondere Härten mit sich, die sich in den meisten Fällen hauptsächlich am Personalsektor in den einzelnen Werken eines Unternehmens ungünstig auswirken und zum Teil mit Lohneinbußen verbunden sind. In den meisten Fällen, wenn sich nicht gleichzeitig die Aufträge erhöhen, bedingt durch Rationalisierungsmaßnahmen, um das Produkt aus konkurrenztechnischen Gründen zu verbilligen, werden Personaleinschränkungen notwendig. Versetzungen auf andere Arbeitsplätze innerhalb eines Betriebes müssen durchgeführt werden, was oft sehr problematisch ist. Besonders davon betroffen ist die Starkstromindustrie in Österreich, weil sie sehr stark exportorientiert ist, bedingt durch eine zu große Kapazität, bezogen auf die Größe unseres Staates. Die derzeitige Wirtschaftslage in Österreich auf diesem Sektor läßt befürchten, daß in Zukunft die Vollbeschäftigung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Elektroindustrie in Österreich braucht daher jeden Auftrag, der in Österreich vergeben wird: 1. um soweit als möglich die Arbeitsplätze zu sichern und 2. um für die meist nicht sehr lukrativen Exportaufträge einen kleinen Ausgleich zu haben. Obwohl sich diese Ent-

wicklung schon seit längerer Zeit abgezeichnet hat, wurden in den letzten Jahren sehr viele Großaufträge an das Ausland vergeben, weil mangels geeigneter Gesetze die heimische Industrie vor Dumpingangeboten ausländischer Konkurrenz nicht geschützt ist, obwohl die meisten dieser Großaufträge, um die es sich hier handelt, durch österreichisches Kapital finanziert werden. Außerdem wollen wir ausdrücklich feststellen, daß die Erzeugungsmöglichkeit dieser Großmaschinen, Dampfturbinen und Großtransformatoren innerhalb Österreichs vor allem im Werk Weiz der Elin-Union gegeben gewesen wäre. Für die Vollbeschäftigung dieses Werkes wären diese Aufträge sehr wünschenswert gewesen, denn die derzeit dort bestehende knappe Auftragslage wäre dadurch wesentlich gemildert worden, bzw. sie hätte sich erst später auswirken können, bei Erreichung entsprechender Anschlußaufträge wäre sie vielleicht überhaupt vermeidbar gewesen. Die Laufzeit solcher Aufträge beträgt üblicherweise 1 bis 3 Jahre, so daß ein Großteil dieser Bestellungen sich auf die heutige Beschäftigungslage natürlich ausgewirkt hätte. Es wurden in den letzten Jahren folgende Großaufträge an das Ausland vergeben und sind somit der österreichischen Starkstromindustrie verlorengegangen: 8 Großgeneratoren mit einer Leistung von 405 MVA, das entspricht ca. 396.000 Arbeitsstunden, 16 Stück Großtransformatoren mit einer Leistung von 424 MVA, entspricht einer Arbeitszeit von rund 380.000 Stunden. Bei Transformatoren kann man doch nicht wie bei Dampfturbinen behaupten, daß man der Elin die Aufträge nicht geben kann, weil sie solche Transformatoren noch nicht erzeugt hat, noch dazu, wo es sich hier trotz der Größe dieser Transformatoren um Typen handelt, die von der Elin, sozusagen täglich gefertigt werden. Außerdem ist allen Österreichern bekannt, daß die Elin Transformatoren erzeugt hat, die zu den größten Einheiten zählen, die derzeit auf der Welt in Betrieb stehen. Bei Dampfturbinen, die auch im Werk Weiz gefertigt worden wären, bestand seit 1960 ein Lizenzvertrag mit der English-Electric, welcher der Elin-Union die Möglichkeit gab, Dampfturbinen bis zu 120 MW bzw. mit Zusatzverträgen bis an die jeweiligen Leistungsgrenzen zu bauen.

Die bekannt betriebssicheren Ausführungen der English-Electric wären der österreichischen Kraftwerksforderung sicherlich gerecht geworden. Trotzdem wurde eine Reihe von Großaufträgen an das Ausland vergeben, wobei einige österreichische Kunden auf dem Standpunkt standen, daß sie sich für eine Erzeugung im Werk Weiz der Elin-Union nicht als Versuchskaninchen hergeben können. Daß in anderen Ländern andere Standpunkte herrschen, zeigt der Fall der englischen Verbundgesellschaft, welche im gleichen Zeitraum 51 Stück 500 MW Sätze an die englische Industrie vergeben hatte, wobei zu diesem Zeitpunkt in England noch kein einziger 500 MW Satz erzeugt worden war. Die englische Energiewirtschaft wollte aber der eigenen Industrie die Chance geben, die vom Weltmarkt gewünschten Einheiten zu bauen und im

Inland zu erproben. Dieser sehr begrüßenswerte Standpunkt ist jedoch in unserer österreichischen Heimat leider nicht zu finden. Um wenigstens einige größere Turbosätze zu bauen, mußte die Elin-Union nach Thailand und in die Türkei gehen, da diese Kunden mehr Vertrauen zur österreichischen Elektro-Industrie hatten als die österreichischen Energieversorgungsunternehmen. Die dort errichteten Anlagen befinden sich seit Jahren in einwandfreiem Betrieb. Es liegt auf der Hand, daß die Risiken bei Lieferungen in so ferne Länder wesentlich höher sind als der Bau von gleichen Anlagen in der Heimat, wobei stets österreichisches Volksvermögen auf dem Spiele steht. Das haben offenbar die Engländer besser erkannt als wir Österreicher. Es muß daher auf die Techniker Österreichs sehr befremdend wirken, wenn sogar der Herr Landeshauptmann von Steiermark in einem Zwischenruf in der Landtagsitzung vom 30. Oktober 1967 behauptet, daß der Bau eines 125 MW Turbosatzes für Murfeld bei der Elin-Union nicht möglich gewesen wäre.

Nun die an das Ausland verlorengegangenen Dampfturbinen. 4 Stück mit einer Leistung von 325 MW, was einer Arbeitszeit von 491.000 Stunden entspricht. In allen 3 Erzeugungssparten, nämlich im Großtransformatorenbau, Großgeneratorenbau und Dampfturbinenbau sind damit Aufträge mit einem Gesamtwert von ca. 230 Millionen Schilling ins Ausland gegangen, wobei rund 1,267.000 Arbeitsstunden der österreichischen Industrie und damit der Beschäftigung unserer Arbeiter verloren gingen. Das heißt, daß durch die verlorengegangenen Aufträge nur in der Starkstromindustrie 650 Menschen ein Jahr lang hätten beschäftigt werden können. Das hätte genügt, das Werk Weiz der Elin-Union vor Personalorgen zu bewahren.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß keine Anträge bezüglich Erhaltung bei der Elin-Union im Werk Weiz, wie sie von ÖVP Abgeordneten hier im Hohen Hause eingebracht wurden, und sind sie auch noch so gut gemeint, etwas nützen, wenn sie keine Aufträge bringen. Was wir brauchen, um die Arbeitsplätze im Werk Weiz der Elin-Union zu halten, ist Arbeit, dann erledigt sich dieses Problem von selbst. Die Elin-Union und im besonderen das Werk Weiz hat einen Stromverbrauch von rund 10 Millionen kWh im Jahr und ist Großabnehmer von elektrischer Energie und ist auch aus diesem Grund berechtigt, bei Auftragsvergaben durch die Energieversorgung soweit als möglich berücksichtigt zu werden. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster ist Herr Abg. Zagler am Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich mich vorerst den Dankesworten des Kollegen Buchberger an die Feuerwehrleute anschließe. Diese Männer sollen wissen, daß ihre unermüdlischen und selbstlosen Leistungen voll und ganz gewürdigt werden, und daß sich Landtag und Landesregierung bemühen, ihnen jene Mittel zur

Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um ihren von Feuer- oder Naturkatastrophen betroffenen Mitmenschen rasch und wirkungsvoll helfen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich mich nun der Landwirtschaft zuwenden. Die Diskussion über die Probleme der Produktion und der Struktur der Landwirtschaft reißt schon seit Jahren nicht mehr ab und sie wird wahrscheinlich eher noch intensiver werden. Bei allen möglichen Gelegenheiten stellt man fest, daß in der Landwirtschaft eine rasche fließende Entwicklung zu sehen ist und daß wir Zeugen eines tiefgreifenden Umbruchs seien. Solche Feststellungen klingen sehr leicht ein wenig übertrieben. Sie sind es in Wahrheit aber nicht. Wenn man die Abwanderungsbewegung der bäuerlichen Menschen und wenn man die Reduzierung der bäuerlichen Betriebe der letzten Jahrzehnte mit den Zahlen der letzten Jahre vergleicht, dann wird sowohl die Bedeutung dieser Entwicklung als auch ihre zunehmende Rasanzenz sehr gut sichtbar. Ich habe mir einige Zahlen auch vorgemerkt, ich brauche sie nicht bringen, weil sie bereits durch andere Redner vorgetragen wurden. Ursache und Merkmal dieser Entwicklung ist die Technisierung. Technisierung als Industrialisierung zog und zieht die Menschen vom Land ab in die ständig wachsenden Ballungszentren. Die Technisierung ist es aber auch, die die abgewanderten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ersetzen muß bzw. die Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft ermöglicht. Auch hier wäre es verlockend, einige Ziffern zu bringen, ich darf darauf verzichten, weil sie bereits hier genannt wurden. Die Technisierung ist aber meines Erachtens und eigentlich unserer gemeinsamen Überzeugung nach noch lange nicht bei ihrem Endpunkt angelangt, weder in der Industrialisierung, noch im Bereich der Landwirtschaft. Ob es überhaupt hier jemals einen Endpunkt geben wird, das möchte ich nicht zur Diskussion stellen, ich selbst glaube es nicht. Umso wichtiger scheint es aber, darauf zu achten und darauf einzuwirken, daß die Technisierung in der Landwirtschaft für die Landwirtschaft nicht zu einer unerträglichen Belastung wird. Die Belastung mit dem Maschinenkapital ist ohnedies jetzt schon ungemein hoch. Und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es die Aufgabe aller mit Landwirtschaft befaßten Stellen wäre, hier der zuständigen Abteilung in der Landesregierung, der Landwirtschaftskammer aber besonders auch der Landwirtschaftsschulen, daß mehr Beratung beim Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen draußen angewendet wird, mehr Beratung auch bei der Instandhaltung, auch eventuell mehr Möglichkeiten schaffen und ich habe mit sehr großem Interesse vermerkt, daß der Landwirtschaftsverband jetzt unten im Gebiet von Mureck eine Landmaschinenwerkstätte eingerichtet hat, die meines Erachtens sehr zweckmäßig und für die Landwirtschaft unten sehr begrüßenswert ist. Mehr Beratung glaube ich, wäre aber auch notwendig in bezug auf den überbetrieblichen Maschineneinsatz.

Ich will Sie heute nicht ärgern, meine sehr verehrten Herren von der ÖVP, mit Ratschlägen bezüglich der Maschinenhöfe. (Landeshauptmann Krainer: „Die sind schief gegangen!“)

O nein, o nein, schief gegangen sind die Maschinengenossenschaften Herr Landeshauptmann, die sind weg aber nicht schief gegangen sind die Maschinenhöfe in den Gemeinden draußen, nicht schiefgegangen sind bisher Gott sei Dank die Maschinenringe. (Landesrat Bammer: „Sie haben sich sehr bewährt!“)

Ich freue mich, daß gerade auf diesem Gebiet bei den Maschinenringen und Maschinengemeinschaften sehr viel getan wird. Es wäre nur wünschenswert, daß die Voraussetzungen für diesen Einsatz besser wären. Denn die Maschinenringe, so wie man sie sich in Deutschland vorstellt und wie wir sie nachzuahmen versuchen, benötigen förmlich den Zustand, daß in jedem bäuerlichen Betrieb, der angeschlossen ist, ein Telefon vorhanden ist. Das haben wir leider noch nicht. Ich möchte aber dazu noch sagen, es gehört nicht nur mehr Beratung hier noch herein, sondern daß der Einsatz der Förderungsmittel mehr noch als bisher in lenkender Weise praktiziert wird.

Zeitgerechte und richtige Beratung — und damit komme ich jetzt auf ein anderes Kapitel der Landwirtschaft — und mehr lenkenden Einsatz der Förderungsmittel glaube ich würden wir auch beim Obstbau benötigen. Wir haben heuer ein Obstjahr beinahe so wie 1958. (Abg. Buchberger: „Herr Kollege, welchen Obstbau meinen Sie? Den Intensivobstbau?“)

Ich komme, Herr Kollege Buchberger, auf den Unterschied zu sprechen. Ich möchte nur vorerst einmal feststellen, daß so wie 1958 auch heuer leider Gottes — zehntausende Kilogramm ist vielleicht eine viel zu geringe Ziffer — jedenfalls eine sehr, sehr große Menge nicht verwertet werden konnte, weil auf der einen Seite der Bauer allein praktisch die Zeit nicht findet zum Aufsameln des Obstes und auf der anderen Seite aber der Preis für das Industrie- und Wirtschaftsobst so schlecht war, daß man Fremdarbeitskräfte mit dem Erlös dieses Obstes nicht bezahlen konnte. Ich hätte hier noch eine Unterlage über einen Artikel „Industrieobst unanbringlich“, aber ich möchte mir die Verlesung und den Hinweis auf diesen Artikel sparen. Ich möchte aber dafür feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß meines Erachtens die Bauernschaft doch nicht ausreichend auf diesen überreichen Erntesegen vorbereitet wurde. Der Absatz des Tafelobstes, als Qualitätsobst ist, wie Sie ja wissen, wir haben ja eine sehr ausgiebige Diskussion auch in der Landwirtschaftskammer darüber geführt, gesichert und ich möchte mit absoluter Anerkennung feststellen, daß der bereits getätigte Bau von Lagerhäusern ein echter Segen in diesem Sinne ist. Wir haben ja in der Landwirtschaftskammer sehr gerne mitgestimmt und wir sind dafür, daß weitere Lagerhäuser gebaut werden. Es ist nur so, daß beim Industrieobst, beim Nichtqualitätsobst, zu wenig Vorsorge auch insoferne getroffen wurde, weil, so glaube ich zumindestens, man schon im Sommer gesehen hat, welchen Behang die

Bäume haben und man hätte bereits im Sommer die draußen in den bäuerlichen Höfen und Häusern vorhandenen kleinen Lagerräume mobilisieren können. (Abg. Pözl: „Für das Preßobst?“)

Für das Obst, das verwertbar ist, natürlich, daß man es dann später wegverkauft. Wenn es draußen liegen bleibt, wird es kaputt, Kollege Pözl.

Es ist ja gesammelt worden, aber es bleibt ja dann liegen draußen, und das ist schade. Ich habe gestern, wenn ich so sagen darf, eine nicht uninteressante Diskussion mit einem Herrn der Landesregierung draußen gehabt, der ganz richtig auch darauf hingewiesen hat, daß leider auch die Mostverwertung, die Mostproduktion natürlich in den Hintergrund getreten ist deswegen, weil man nicht einmal gerne im eigenen Haus den Most trinkt. Man ist davon abgekommen. Aber es wäre ohne Zweifel auch hier eine Möglichkeit (Abg. Pözl: „Trinkt steirisches Bier!“), daß man Obst verwertet, insbesondere dann, wenn man sich wieder mehr damit befaßt und einen Qualitätsmost auch entsprechend draußen werbemäßig anpreist. Ein weiteres möchte ich doch auch noch sagen. Die Entrümpelung der Obstgärten, von der sehr viel geredet wurde, ist bis dato praktisch noch immer nicht entsprechend durchgeführt worden. Man müßte hier mehr als bisher tun. (Abg. Buchberger: „Diese Entrümpelung ist voll im Gange!“)

Sie ist im Gang, aber sie ist noch nicht so weit daß man sagen könnte, es ist ausreichend, es ist ein befriedigender Zustand erreicht. Ich darf darauf hinweisen, daß eine große Obstverwertungsfirma, die Grünewald in Stainz, sich in sehr, sehr dankenswerter Weise bei diesem ungeheuren Obstansturm eingesetzt hat. (Abg. Buchberger: „Auch das Steirerobst!“)

Moment, ich wollte es ja gerade sagen, Du bist heute so ungeduldig. Jedenfalls die Grünewald, und da kann man vielleicht ein bißchen feststellen, daß es mehr oder weniger ohne öffentliche Hilfe möglich war, nun bis zu 1.200 Waggons zu verarbeiten. Nun komme ich zur Steirerobst, und da stelle ich gerne fest, daß dort von vornherein heuer insofern echte Schwierigkeiten bestanden haben, weil das Hochwasser des heurigen Frühsommers dort echte Verheerungen angerichtet hat. Ich freue mich, daß es trotzdem gelungen ist, ein so hohes Quantum von über 700 Waggons bisher schon zu verarbeiten. Der Herr Nationalrat Tödling hat bei der Kammer Sitzung erwähnt, er hofft, daß er bis zum Ende dieser Saison auch ungefähr auf 1.000 Waggons kommen wird. Ich möchte feststellen, die Bemühungen auch der Steirerobst sind unbestritten. (Abg. Pözl: „Bravo!“)

Etwas, das aber bei der Landwirtschaft, Kollege Pözl, draußen gewissen Ärger unter den Bauern hervorgerufen hat (Abg. Pözl: „Das ist das sozialistische Aber!“ — Abg. Brandl: „Das ist etwas anderes!“) das ist die Preisdifferenz bei jenen Äpfeln, die die Händler draußen bei den Bauern eingekauft haben oder eigentlich mit ihnen geredet haben und ihnen 20 und 25 g, soweit mir mitgeteilt wurde, bezahlt haben, aber die Bauern selber die von den Händlern gekauf-

ten Äpfel zur Steirerobst geliefert haben und die Steirerobst den Händlern für das gleiche Kilogramm Äpfel 50 g bezahlt hat. (Abg. Buchberger: „Aber damit haben sich die Bauern den Transport erspart!“)

Ich weiß, es ist das bei der Kammer besprochen worden, aber das wiegt nur bei jenen die Differenz auf, Kollege Buchberger, die nicht sehr viel geliefert haben, und im übrigen hat es echten Ärger draußen hervorgerufen. (Abg. Pözl: „Etwas geschürt von unseren sozialistischen Kollegen!“)

Das bräuhete man nicht zu schüren, lieber Kollege Pözl, und ich darf Dir sagen, ich war nicht draußen, und soweit ich weiß, war von unserer Partei niemand draußen. (Abg. Heidinger: „Die Bauern können gut rechnen!“)

Daß es Differenzen und sehr heftige Differenzen gegeben hat, liegt nicht nur auf der Bauernseite, die nicht uns angehört. Ich möchte mich darüber nicht weiter verbreitern, weil es vielleicht zu einer peinlichen Diskussion führen könnte. Ich möchte auch noch einmal feststellen: Auch hier eine Straffung der Produktion, auch hier Lenkung oder mehr Lenkung durch den entsprechenden Einsatz der Mittel.

Und nun ein weiteres. So wie beim Obst, glaube ich, ist eine entsprechende Lenkung und ein entsprechender Einsatz der Förderungsmittel auch bei der Milch notwendig.

Allerdings wäre es Voraussetzung, daß man ein eindeutiges Ziel in milchpolitischer Hinsicht hat, und ich muß wohl oder übel feststellen, daß das anscheinend nicht vorhanden ist. (Abg. Pözl: „Jetzt kommt die Milchmädchenrechnung!“)

Das ist keine Rechnung, Kollege Pözl. Ich hätte eigentlich die Absicht gehabt, einige interessante Äußerungen vorzulesen, die Äußerung z. B. des Herrn Landwirtschaftsministers, daß der Milchstrom zur Molkerei gedrosselt werden muß, (Abg. Buchberger: „Bei der letzten Absprache hat man aber einen einheitlichen Weg gefunden!“) die Äußerung des Herrn Präsidenten Wallner, der bei der Vollversammlung in der Kapfenberger Molkerei erklärt hat, daß das Gebäude der Milchwirtschaft unbedingt aufrecht erhalten werden muß und daß es das erste Ziel ist, den Bauern die gesamte Produktion abzunehmen, keine Kontingentierung oder so etwas Ähnliches. Das ist wiederum eigentlich ein Ansporn, auf alle Fälle zu produzieren. Dann hätte ich hier eine Unterlage, wo der Herr Sektionschef Ott sogar meint, die Exportsituation wird sich nicht bei 20 Prozent bewenden lassen, sondern sie wird zunehmen auf 50 Prozent, also auch wiederum eine Auffassung, daß es noch mehr Milch geben wird, dann wieder die gegenteilige Auffassung, vom Präsidenten der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer, daß sie es ablehnen, Überschüsse, wo sie nicht notwendig sind, zu erzeugen. Man sieht aus den 4 Äußerungen, daß zwei pro und zwei contra sind und daß das natürlich absolut ungünstig für die Zielstrebigkeit in der Milchpolitik ist.

Ich würde übrigens sagen, daß der Herr Landwirtschaftsminister Schleinzler mit seiner Meinung nicht unrecht hat. Und ich glaube auch.

daß sich diese Meinung durchsetzen wird. Ich will nur sagen, daß die Differenzierung der Meinung der obersten ÖVP-Agrarfunktionäre für die bedauerlich ist, die ja selbst einen Teil einer Fehlentwicklung bezahlen müssen, daß aber das nicht nur für die Bauern sondern auch für die Steuerzahler bedauerlich ist. (Zwischenruf Abg. Buchberger.)

Ja das ist sehr erfreulich, ich hoffe, daß es dabei bleibt Kollege Buchberger. Denn das sind immerhin sehr maßgebliche Leute, die da Äußerungen getroffen haben.

Ich wollte jedenfalls feststellen, daß das auch für die Steuerzahler bedauerlich ist, weil die ihr Geld besser angelegt sehen möchten, als in einem Butterexport nach Japan, wo man mehr als 20 Schilling pro kg dazuzahlen muß. Wir Sozialisten haben uns nicht auf die an sich berechnete Kritik beschränkt, sondern wir haben ganz konkrete Vorschläge zur Lösung der milchwirtschaftlichen Krise vorgebracht. Zu dem Zeitpunkt, wo wir die Vorschläge unterbreiten, werden sie meistens oder bisher immer von der ÖVP abgelehnt. (Landeshauptmann Krainer: „Das muß aber einen Grund haben!“ — Landesrat Sebastian: „Bei der Bauernkasse haben wir das auch gesehen, das hat die ÖVP abgelehnt und dann hat sie gesagt, das haben wir gemacht!“)

Früher oder später mußte man sich aber doch entschließen, unsere Vorschläge aufzugreifen und zu realisieren. Ich könnte nun wiederum eine Unterlage herbeiziehen und Ihnen einiges vorlesen. Wir haben im September eine 6-Punkte-Resolution in der Landwirtschaftskammer eingebracht wo wir ganz konkrete Vorschläge in bezug auf Milchpolitik gemacht haben und wo auch u. a. die Butterverbilligungsaktion an erster Stelle gestanden ist. Wir haben es allerdings ein wenig anders gemeint, erstens einmal umfassender und auch so, daß der Bauer selber von dieser Butterverbilligungsaktion etwas hätte, denn es ist ja bekannt, daß der Landwirt für die Butter, die er zurücknehmen muß auch fast einen Vollpreis bezahlt und, wenn ich noch einmal den Vergleich mit Japan herbeiziehen darf, der Japaner bekommt die Butter mit 14 Schilling und der Bauer zahlt sie mit mehr als dem doppelten Preis und das scheint mir bei einer Zeit, wo wir also eine Überproduktion und eine solche Subvention nach außen haben, nicht sehr richtig. Wir sind der Meinung, daß es zweckmäßig gewesen wäre, daß diese Verbilligungsaktion — die, wie es ganz richtig in einer Zeitung geheißsen hat, äußerst umständlich ist — auch ausgedehnt wird auf kinderreiche Familien und eben auch auf die Landwirte selber. Und dann darf ich noch ein weiteres sagen, daß schon vor Jahren — ich habe hier ebenfalls eine Unterlage — der Nationalrat Josef Steiner, der Bundesobmann des Arbeitsbauernbundes, dringlich darauf hingewiesen hat, daß man bei Milchüberproduktion auf die Kälber-Milchmast übergehen sollte. Er ist damals mehr oder weniger ausgelacht worden, man hat das als ein Hobby von ihm bezeichnet und ich könnte Ihnen ebenfalls vorlesen aus einer Reihe von Unterlagen, daß nun

von Schleinzler angefangen bis zu einer ganzen Reihe von agrarischen Funktionären die Kälbermilchmast propagiert und verlangt wird. (Landeshauptmann Krainer: „Jetzt kann man sie verkaufen auch!“)

Na, verkaufen hätten wir's damals auch können, Herr Landeshauptmann, denken Sie an die Zeit, wo man in Innsbruck für 1 kg Kalbfleisch 100 Schilling bezahlt hat, weil angeblich viel zu wenig da war. (Landeshauptmann Krainer: „Eine Woche!“)

Nein das war länger, tun wir uns einigen auf 14 Tage, es war jedenfalls länger, 14 Tage mein Vorschlag. (Unverständliche Zwischenrufe)

In Innsbruck war ja keine Sommerolympiade.

Es wäre zu agrarischen Fragen noch eine ganze Menge zu sagen. Ich habe mich aber bewußt auf drei Themen beschränkt und zwar auf die Technisierung, auf die derzeitige Obstbaufrage und auf die Milchwirtschaft. Es wäre insbesondere sehr verlockend, auch auf das Problem der Bauernkrankenkasse einzugehen, wo wir immer noch den absolut unguuten Zustand haben, daß kein Vertrag zwischen Ärzten und Bauernkrankenkasse besteht. Darauf möchte ich bei anderer Gelegenheit einmal zu sprechen kommen.

Ich möchte heute abschließend und zusammenfassend sagen: Wenn wir wollen, daß die Landwirtschaft auch in Zukunft unter schwierigen Verhältnissen ihre wichtigen Aufgaben, insbesondere die der Sicherung der Ernährung und auch der Bewahrung der Landschaft erfüllen soll, dann muß erstens einmal über die Ziele der Agrarpolitik Klarheit herrschen und zweitens dürfen dann die Mittel zur Förderung der Landwirtschaft nicht verzettelt werden, sondern sie müssen gezielt, lenkend und konzentriert eingesetzt werden!

Der Kollege Lafer hat in seiner Hauptrede zur Landwirtschaft Gutes und Richtiges in der Landwirtschaft sachlich und richtig dargestellt. Ich habe ihm bereits zu seiner Rede gratuliert. Das heißt aber nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man nun — um bei landwirtschaftlichen Begriffen zu bleiben — glaubt, das alles „in Butter sei“. Umstände und Entwicklungen, die für die Landwirtschaft schädlich sind sollen konstruktiv und positiv kritisiert werden und das habe ich, ich nehme an in Anerkennung der guten Leistungen der Landwirtschaft, getan. Und das, glaube ich, sind wir auch der Landwirtschaft schuldig. Kritik das darf ich noch abschließend sagen, hat nichts mit Zersetzung zu tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieses böse Wort ist in diesen drei Tagen leider mehrmals und auch in der Landwirtschaftsdebatte gefallen. (Landeshauptmann Krainer: „Es kommt auf die Wirkung an!“ — Abg. Heidinger: „Demokratie ohne Kritik, Herr Landeshauptmann, wie stellen Sie sich das vor?“)

Niemand soll versuchen, weder hier noch im Bund, das demokratische Recht und die demokratische Pflicht einer konstruktiven Kritik mit der Verdächtigung der Zersetzung ausschalten zu wollen. Uns allen ist die österreichische Landwirtschaft und uns allen ist Österreich so wich-

tig, daß wir voneinander annehmen sollen, daß jeder für unsere Heimat und ihre Menschen das Beste will. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Herr Abg. Zagler ist am Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Sorgen anderer Wirtschaftszweige scheinen derzeit Probleme des heimischen Kohlenbergbaues zu überdecken. Trotzdem ist es notwendig, die Frage des Bergbaues im steirischen Landtag aufzuzeigen, denn der größte Teil der Kohlenförderung wird in der Steiermark aufgebracht. Die noch immer ungeklärte Situation: Werden Bergbaue geschlossen oder nicht? Denn die Regierungsvorlage sieht die Herabminderung der Kohlenförderung auf drei Millionen Tonnen im Jahre 1970 vor. Käme dieser Vorschlag zum Tragen, würde dies die Schließung der Betriebe, nur auf die Steiermark bezogen, von Pöfing-Bergla und Fohnsdorf bedeuten. Selbst die Auffassung der ÖIG, die heimische Kohlenproduktion unter vier Millionen Tonnen herabzumindern, wäre wirtschaftlich nicht vertretbar, ich behaupte sogar, ein wirtschaftlicher Unsinn. Hier möchte ich gleich anmelden, daß in Pöfing-Bergla auf alle Fälle das Ostfeld weiter abgebaut wird und daß das Georgiflöz in Weststeiermark in Angriff genommen wird.

Eine deutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ hat in einem Artikel die Frage der Aufrechterhaltung der Kohlenbergbaue aufgeworfen mit den Worten „Staat, verschenke deine Schätze nicht“. In diesem Artikel, in dem Fachleute Stellung bezogen haben, wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Schließung von Bergbauen dem Staat auf lange Sicht ein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wird. Die Kohle wird auch in der Zukunft als Energieträger an Bedeutung wieder gewinnen. Kein Staat kann auf den Energieträger Kohle verzichten, ohne Gefahr zu laufen, vom Ausland vollkommen abhängig zu werden. Ich verweise nur auf die letzte Situation. Wenn wir die Kohlenvorräte nicht hier in unserem Lande gehabt hätten, hätten wir die ausländischen Brennstoffe schon wesentlich teurer bezahlen müssen nur durch eine kleine Krise im mittleren Osten. Hier glaube ich, ist wieder der ganzen Bevölkerung in Österreich dies zugute gekommen. Bei genauer Betrachtung und Anlehnung an den vorerwähnten Artikel muß festgestellt werden, daß in anderen Ländern bereits Überlegungen angestellt wurden, die Kohlenbetriebe aufrecht zu erhalten. In Österreich sind im Budget 1968 ungefähr 15 Schilling je Tonne vorgesehen. Und dieser Betrag wird zum überwiegenden Teil für die Schließung von Betrieben verwendet, statt zur Aufrechterhaltung von solchen. Wir Gewerkschafter haben bei allen Aussprachen die Trennung der Förderungs-mittel von jenen, die als Schließungsbeihilfen vorgesehen sind, verlangt. Es ist ein Kuriosum, wenn man in Österreich für Schließung der Bergbaue Geldmittel aufbringen muß und andererseits die ausländischen Brennstoffe durch Bahnbegünstigung und Steuerermäßigung einführt. Das möchte ich hier ganz klar feststellen.

Erst dann wäre es möglich, festzustellen, wieviel man in Österreich bereit ist für die Kohle herzugeben.

Aber noch ein weiterer Grund hat mich veranlaßt, anläßlich dieser Landtagssitzung das Wort zu ergreifen. Die Versorgung mit Hausbrandkohle ist derzeit in Österreich knapp geworden. Und wir sind bereits durch die herein-gebrochene Kälte zu einem Engpaß im Hausbrand gekommen. Es wird notwendig sein, Hausbrandkohle wieder aus dem Ausland einzuliefern, weil durch die Katastrophe in Kärnten und andererseits durch den geringen Anfall von Grobkohle in den Betrieben überwiegend die Förderpräliminare in den Betrieben nach dem Feinkohlenabsatz erstellt werden. Wie ja dem Hohen Haus bekannt sein wird, beträgt durch den Einsatz von modernen Abbaumaschinen und Abbaumethoden der Feinkohlenanfall in den besten Betrieben 50 Prozent und dann in schlechten Betrieben 60 und 70 Prozent. Dadurch kann der Zustand eintreten, daß in den Wintermonaten trotz der Kohlenkrise zu wenig Hausbrand auf den Markt gebracht werden kann. Die Probleme des österreichischen Bergbaues können nur gelöst werden, wenn man sich ernstlich bemüht, das Feinkohlenproblem zu lösen. Unsererseits wurde nicht nur einmal der Weg einer solchen Lösung aufgezeigt, sondern bei jeder Vorsprache bei der Regierung — ich erlaube mir, dies heute noch einmal zu tun — wurde verlangt, daß die Stromerzeugung in erster Linie aus Wasserkraft erfolgt, als zweites die heimische Braunkohle und drittens das Heimische Heizöl und nur zum Spitzenausgleich ausländische Brennstoffe herangezogen werden. Das müßte der Energieplan, der, glaube ich, doch einmal zum Tragen kommt für unser Land, vorsehen. Diese Rangordnung müßte auch von allen Landesgesellschaften eingehalten werden. Durch den derzeitigen Zustand, daß die Kraftwerke die Kohle auf Halden legen, diese bezahlen und die Lagerungskosten bereits jährlich 50 Millionen Schilling erreichen und trotzdem für die Stromerzeugung ausländischer Brennstoff eingekauft wird, glaube ich, ist unser Vorschlag volkswirtschaftlich vertretbar.

Hier möchte ich vielleicht einige Beispiele anführen. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn in Österreich rund 22 Milliarden Kilowatt Strom erzeugt und auch verbraucht werden, so sind bei der besten Wasserführung in Österreich auf Wasserstrom 16 Milliarden Kilowatt erzeugt worden. Immer noch wurden sechs Milliarden Kilowatt Wärmestrom erzeugt. Und hier möchte ich folgendes Beispiel bringen. Wenn hier die Kohle voll und ganz eingesetzt worden wäre, müßte Österreich sechs Millionen Tonnen Kohle erzeugen, und wir erzeugen derzeit knapp fünf Millionen Tonnen samt Hausbrand, also die Feinkohle würde strengstenfalls rund drei Millionen Tonnen betragen. In Österreich ist folgende Situation: Ich glaube es ist notwendig — hier in diesem Hause wurde gesprochen — größere Verwaltungsgemeinschaften auf Gemeindeebene zu bilden, was auch unsere Zustimmung gefunden hat.

Auch hier in der Energieversorgung müßte das stattfinden. Es müßte eine Gesellschaft über unsere Energie (Strom) in unserem Lande Österreich die Verteilung auch über haben. Sonst könnte, für das österreichische Volk gesehen, folgende Situation eintreten: daß die Kohle erzeugt wird, was auch notwendig ist, auf Halden gelegt wird, wir bezahlen dann für die Lagerung, was ich vorher schon angeführt habe, 50 Millionen. Andererseits werden mit Devisen fremde, ausländische Brennstoffe angekauft und in den Ländergesellschaften und Sondergesellschaften damit Strom erzeugt. Im ganzen gesehen ergäbe dies, daß man in Österreich praktisch zweimal das Geld für eine Kilowattstunde ausgibt. Bei den Verhandlungen mit Minister Bock wurden auch verschiedene andere Angelegenheiten angeschnitten, und zwar wurde ein Vorschlag, nicht von unserer Seite, sondern von seiten des Minister Bock uns vorgelegt, den Strom um 0,6 g zu erhöhen. Ich glaube, dies wäre für die ganze Wirtschaft in Österreich auch tragbar. Nur leider wurde es nie zur Durchführung gebracht. In der Öffentlichkeit werden diese Dinge immer entstellt dargestellt. Keiner dieser Kommentatoren hat sich aber der Mühe unterzogen, eine Prüfung der Situation durchzuführen. Aus diesen Gründen glaube ich, war es notwendig, im steirischen Landtag darüber zu diskutieren, denn die Schließung von Bergbaubetrieben würde ganze Gebiete in Not versetzen. Denn die Pflicht des steirischen Landtages ist es wohl, beizutragen, die Arbeitsplätze der Bergarbeiter zu sichern, die nach 1945 größten Beitrag zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Pabst. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Heidinger.

Abg. Pabst: Zunächst, glaube ich, muß ich doch als bäuerlicher Vertreter dem Kollegen Zinkanell zur Obstfrage nur ganz kurz Antwort geben.

Zur Einlagerung von Industrieobst: Meine verehrten Damen und Herren, Zinkanell selbst hat ausgeführt, daß das Industrieobst heuer mit 20, 25 g nur abgesetzt werden kann. Bei diesem Preis kann wirklich nur der noch eine Einlagerung verlangen, der davon nicht direkt berührt ist. Ansonsten müßte er wissen, daß für das Industrieobst zu späterer Zeit kein besserer, sondern noch ein schlechterer Preis erreichbar ist. Zum weiteren, daß Händler bei Bauern um 25, 30 g Obst angekauft haben, folgende kurze Antwort:

Die Steirerobst Ges. m. b. H. besteht aus Bauern und Händlern, seinerzeit als solche Ges. m. b. H. gegründet. Es sollte damit erreicht werden, daß Bauern und Händler hier zusammenarbeiten. Und nun ist es einmal so, daß sowohl Bauern Anteile bei dieser Gesellschaft haben und auf Grund ihrer Anteile auch für das gelieferte Obst 50 g erhalten und daß Händler eben auch dort Anteile haben und für diese Anteile ein gewisses Quantum liefern können. Und hier ergibt sich diese gewisse Preisdifferenz.

Nun aber zum anderen Kapitel, zu dem ich ursprünglich reden wollte. Auf die Frage der Milchwirtschaft komme ich noch später zurück. Der Abschnitt 732 beinhaltet Tierzucht. Der Föderungsbetrag unter diesem Kapitel ist seit Jahren etwas rückläufig, und zwar deshalb, weil die Seuchenbekämpfung, Tbc- und Bangbekämpfung in der Steiermark als beendet angesehen werden kann. Bang- und Tbc-Bekämpfung hat seinerzeit von der öffentlichen Hand große Beträge erfordert, noch größere Opfer aber mußten die steirischen und österreichischen Bauern bringen. Es kann aber heute gesagt werden, daß diese Opfer sich gelohnt haben. Sie haben nämlich dazu gedient, daß sowohl die österreichische Bevölkerung mit Fleisch in bester Qualität und ausreichend versorgt werden konnte, darüber hinaus aber ständig steigend auch die Rinderexporte durchgeführt werden können. Rinderexport ohne Tbc- und Bangbekämpfung bzw. ohne diesen Schein wäre heute überhaupt unmöglich. Und diese Rinderexporte, wie überhaupt die landwirtschaftlichen Exporte, tragen in den letzten Jahren sehr wesentlich dazu bei, daß die österreichische Handelsbilanz sich gut entwickelt. Der Beitrag ist in diesen letzten Jahren so groß von seiten der Landwirtschaft wie zu keiner anderen Zeit. Die Rinderexporte werden im heurigen Jahr um die 120.000 Stück ergeben. Leider, und das muß gesagt werden, werden diese Exporte immer etwas schwieriger, und zwar deshalb, weil wir als Drittländ in die EWG mit verschiedensten Dingen belastet sind, so z. B. derzeit 16 Prozent Zoll und 6 Schilling je kg Lebendgewicht Abschöpfung. Das hat bewirkt, daß in den letzten zwei Jahren der Preis für die Schlachtrinder für den Bauern um ein bis zwei Schilling rückläufig war. Exportbegünstigt sind derzeit Zuchtrinder, Einsteller und auch Mastkälber. Deshalb wurden z. B. aus der Steiermark heuer von den 24.984 Rindern, die in den Export kamen, um 5.138 Stück Zuchtrinder, Einsteller und auch Mastkälber mehr als im Vorjahr exportiert.

Nicht zu trennen von der Viehwirtschaft ist selbstverständlich die Milchwirtschaft. Diese österreichische Milchwirtschaft hat seit 1945 bzw. seit 1950 eine unwahrscheinlich gute Entwicklung genommen. Wir haben 1950 1,128.000 Stück Milchkühe gehabt und wir haben damals rund 920 Millionen kg Milch zur Ablieferung gebracht. Sie wissen alle, daß damals die Milchversorgung unserer österreichischen Konsumenten mehr als dürftig war.

Im Jahre 1966 haben wir bei 1,103.000 Stück Kühen, also um 25.000 Stück Kühe weniger, eine Ablieferung von 1 Milliarde 955 Millionen kg durchgeführt. Und 1967 wird diese Ablieferungsziffer sogar den Höchststand von 2 Milliarden 90 Millionen kg erreichen. Das ist eine ganz gewaltige Leistung, mit weniger Kühen die doppelte Milchleistung. Allerdings, und das muß auch gesagt werden, diese Mehrleistung macht uns und im besonderen der Bauernschaft große Sorgen. Wir müssen deshalb, es ist bereits angedeutet worden, wenigstens 1/4 kg Butter,

1/4 kg Käse und rund 40 Liter Magermilch je 100 Liter Milchlieferung zurücknehmen. Dadurch wird der an und für sich gesetzlich garantierte Milchpreis von derzeit 2.30 Schilling um 40 g rund vermindert, weil die Verwertung im eigenen Betrieb mit so großen Mengen kaum immer ganz rationell durchgeführt werden kann. Außerdem ab 1. Jänner 1968 wird die Bauernschaft statt bisher 2 g Krisenfonds, 5 g sogenannten Absatzförderungsbeitrag zu leisten haben. Was wurde getan in dieser Richtung? Rationalisiert, das was Herr Kollege Zinkanell angedeutet hat, und zwar in verschiedenster Form. In Österreich hatten wir 1960 611 Molkereien, 1966 386. Und wir sind in der Steiermark von 25 Molkereien auf 17 abgesunken. Dadurch wurde in Österreich auch der ansehnliche Betrag von 368 Millionen Schilling eingespart. Weiters hat sich in der Zwischenzeit die Molkereisparte sehr wesentlich ausgebaut und es ist eine sehr vielspartige Verwendung der Molkereiprodukte gegeben. Zu den rund 20 alten Käsesorten sind seit 1950 in der Steiermark allein sieben neue Käsesorten dazugekommen, die wir früher immer importiert haben. Dazu kommen natürlich noch große Mengen von Schachtel- und Schmelzkäsen.

Erwähnenswert ist auch, daß die Landgenossenschaft Ennstal jährlich derzeit 14.6 Millionen Schilling als Ami-Milch verwertet und dazu in der letzten Zeit noch wöchentlich 14.000 Liter Milch — Schulmilch — nach Lybien sendet. Weiters, das ist auch eine neue Entwicklung, werden rund 7.5 Millionen Liter „Maresi“, das sind 15 Millionen Kilogramm Milch, auf diese Art verwertet. Die Molkereiwirtschaft hat aber auch Milch-Trockenwerke errichtet, wovon in Hartberg für die Steiermark ein großes Werk steht. Die Kapazität beträgt derzeit Vertrocknung für 400.000 Liter Milch täglich. Im nächsten Jahr werden es 700.000 Liter sein. Und es wurden im heurigen Jahr 29.000 Tonnen Vollmilch-Pulver und 33.000 Tonnen Magermilch-Pulver erzeugt. Hier muß angeführt werden, daß uns die Pfundabwertung von England auch sehr große Sorgen macht. Deshalb, weil die österreichische Milchwirtschaft sehr wesentliche Mengen nach England — vor allem Milchpulver — exportiert. Die Mehrbelastung für die Molkereiwirtschaft wird diesbezüglich zwischen 35 und 40 Millionen Schilling im Jahr betragen.

In der Sparte der Absatzförderungen müssen erwähnt werden seit langem die Schulmilch-Aktionen. 23 Prozent der österreichischen Schulen haben sich dieser Schulmilchaktion angeschlossen. Im Bezirk Bruck zum Beispiel sogar 64 Prozent. Und sehr interessant und unbedingt erwähnenswert scheint es mir, daß die Sonderschule Bruck und die Höhere technische Schule in Kapfenberg zweimal schon als Bundessieger beim Schulmilch-Verbrauch hervorgegangen sind. Diese Schulmilch ist um 14 Groschen preisermäßigt, außerdem bekommt der Schulkart je Packung acht Groschen und für je 500 Packungen, die in einer Schule abgesetzt werden, wird 1/4 kg Butter gratis dazu geliefert und

15 Prozent der Gesamtlieferung dieser Schulmilch erfolgen gratis für minderbemittelte Schüler.

Ebenso seit langer Zeit ist die „Betriebsmilch“ schon Wirklichkeit. Und hier muß ganz besonders der Betrieb Böhlerwerke erwähnt werden. Dorthin gehen täglich, nachdem in diesem Betrieb jetzt Alkoholverbot herrscht, bei 2.500 Packungen. Es kann festgestellt werden, daß dadurch die Unfallsziffern sehr wesentlich abgesunken sind. Ich möchte hier im besonderen der guten Zusammenarbeit mit den Böhlerwerken sehr dankbar gedenken.

Schließlich — und das wurde auch erwähnt — wird im Monat Dezember eine Verbilligungsaktion für Rentner durchgeführt. Wie Sie wissen, 1/2 kg Butter je Pensionist zum Preis von zehn Schilling. Man erwartet sich hier einen Mehrabsatz von 900 bis 1.000 Tonnen. Bei Bewährung dieser Verbilligungsaktion wird sie sicher wiederholt werden. Es muß nur allerdings dazu gesagt werden, daß wir vor Jahren schon ähnliche Verbilligungsaktionen gehabt haben, daß aber der Erfolg gleich Null war, deshalb, weil wohl in der Verbilligungszeit ein sehr guter Verbrauch gegeben war, daß aber dann in den nächsten Wochen darauf umso weniger Konsum feststellbar war. Alle diese Preisverbilligungsaktionen werden aus Mitteln des Milchwirtschafts-Fonds und aus dem bisherigen Krisenfonds der Bauern bzw. aus dem kommenden Absatzbeitrag finanziert. Wohl wissend, daß der österreichische Milch-, Käse- und Butter-Verbrauch niedrig ist — er ist zwar in der letzten Zeit gestiegen — wird nun verstärkt Werbung durchgeführt. Und hier muß — das gehört hier dazu — sehr rühmlich glaube ich auch diese eine Million Schilling erwähnt werden, die die Ennstaler Molkerei „Maresi“-Werk für die österreichischen Schifahrer statt Fernsehsendungen zur Verfügung gestellt hat. Hier werden unsere österreichischen Spitzen-Schifahrer gefördert und können an den Weltwettkämpfen teilnehmen.

Nun noch zu einigen polemischen Schlagwörtern: Angesichts dieser Lebensmittelüberschüsse in Österreich hört man immer wieder „Fehlentwicklung“, „falsche Agrarpolitik“, „Butterberg“, „Landwirtschaft — Faß ohne Boden“! Ich behaupte, daß die Agrarpolitik Österreichs richtig ist und auch richtig war, denn sie hat 84 Prozent der Lebensmittelversorgung für Österreich erbracht. Das ist meiner Meinung nach Zeugnis genug, daß das richtig war.

Wir versorgen aber die österreichische Bevölkerung nicht nur mit Milch, sondern auch mit Fleisch, mit Brotgetreide, mit Obst und Gemüse bestens. Sollte das falsch sein? Ich glaube, wir alle sollten uns darüber freuen, denn dadurch werden ja Unsummen an Devisen erspart! Zum Butterberg: Mit Ende November dieses Jahres liegen in Österreich 2.150 Tonnen Butter, in der Steiermark 637 Tonnen. Das ist ein Vorrat von drei Wochen! Meine Verehrten, wenn wir hier solche Einkäufe auch durchführen wollten, wie das die Schweiz zum Beispiel für Gefahrenmomente macht, so wäre dieser Vorrat viel zu klein. An-

dererseits aber muß schon auch festgestellt werden, daß in Österreich derzeit bei 80.000 Tonnen Margarine, Speisefette und Öle importiert werden! Ich glaube, man sollte sich angesichts dieser Situation nicht über diese Umsatzsteuer-Erhöhung, die letztlich auch wieder der Gesamtbevölkerung zugutekommt, so aufregen. Und nun noch etwas zum Butterpreis: Ein Kilogramm kostet derzeit 40 Schilling. Zwanzig Kilogramm Milch sind zur Erzeugung eines Kilogrammes Butter nötig und diese kosten 46 Schilling. Ich frage Sie alle, ob da nun ein Kilogramm Butter echt zu teuer ist? In der Schweiz, in Deutschland usw. ist der Butterpreis ganz anders. Und zum „Faß ohne Boden“: Sicher ist, daß die österreichische Landwirtschaft von Bund und Land gefördert wird. Doch diese Förderung verzinst sich meiner Meinung nach für die österreichische Bevölkerung sehr gut. Gesagt werden muß auch noch, gefördert wird in Österreich ja nicht nur die Landwirtschaft, sondern fast alle Berufsgruppen. Und wenn Sie, Herr Kollege Zinkanell, früher von dem billigen Export nach Japan gesprochen haben, man kann den Steyr-Traktor und man kann das Nitromonkal auch im Ausland wesentlich billiger kaufen als in Österreich! Und dazu noch etwas: Nachdem Bauernschaft und Milchwirtschafts-Fonds — Sie haben den Milchwirtschafts-Fonds ja angeführt — diese Beträge aufbringen müssen, muß hier rationellst vorgegangen werden. Und ich glaube, es leuchtet jedem ein, daß man 3.000 bis 5.000 Tonnen Butter, die für den Export in Frage kommen, leichter entsprechend verbilligen kann als 35.000 Tonnen, die die österreichische Bevölkerung konsumiert.

Und nun zum Schluß, meine verehrten Damen und Herren: Die Landwirtschaft muß jährlich tausende Hektar besten Grund und Boden für andere Nutzungen abgeben. Tausende von Menschen, vielfach sehr gut ausgebildet, wandern in andere Berufe ab. Und trotzdem diese großen Leistungen! Und sie sprechen besonders dafür, daß sich die österreichischen Bauern echt angestrengt haben und daß sie sich auch rationalisiert haben. Eines nur, meine verehrten Damen und Herren, ist sicher: Es ist uns bisher nicht gelungen, eine sogenannte „Fünftage-Kuh“ zu erzeugen. Es gibt also in den Familienbetrieben kein freies Wochenende! Ich glaube, Sie müßten das selbst wissen. Allerdings Sie sind ja nur ein „Diplombauer, wenn man es so bezeichnen möchte! (Abg. Zinkanell: „Ich bin nie ein ‚Diplombauer‘ gewesen!“)

Es gibt kein freies Wochenende und keine 45-Stunden-Woche, sondern noch immer, auch jetzt noch, 60- bis 80-Stunden-Wochen! Leider ist die österreichische Landwirtschaft durch die Rationalisierung mit laufenden und zwar ständig steigenden Ausgaben belastet. Man kann deshalb nicht die Einnahmen, die vielfach durch naturgegebene Erzeugungsmöglichkeiten vorgeschrieben sind, durch irgendwelche Kontingentierungen beschränken. Vieh- und Milchwirtschaft, das heißt Lebensmittelversorgung werden ja auch in Zukunft gebraucht.

Und deshalb darf ich Sie alle bitten, helfen Sie

durch Ihren Konsum mit, die Vieh- und Milchwirtschaft weiter zu entwickeln. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Dr. Heidinger das Wort. Ihm folgt als Redner Herr Abg. Scheer.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir finden in der Gruppe 7 in verschiedenen Positionen, allerdings nur als Erinnerungsansatz, die Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete. Die Deckung finden wir im Unterabschnitt 963 und ich kann also mit Freude vermerken, daß wir bereits bei der Gruppe neun angelangt sind. Diese sogenannte „Grenzlandförderung“ ist seit dem Jahr 1960 in unserem Landes-Budget eingebaut. Warum überhaupt diese Strukturmaßnahmen, die ja heute groß in aller Mund sind? Aber im Jahr 1960 hat man darüber in der breiten Öffentlichkeit noch nicht viel geredet. Wir haben zweifellos verschiedene Strukturen auch innerhalb unseres Landes. In erster Linie ist das auf die Agrarbevölkerung, auf kleinbäuerliche Struktur, Randlage und schlechte Verkehrslage zurückzuführen. Die Folge: geringe Steuerkraft, Stagnieren oder Schrumpfen der Bevölkerung, überdurchschnittliche Arbeitslosenraten. So hat richtigerweise aus Mitteln des Bundes — und zwar zwei Drittel Bund, ein Drittel Land — die sogenannte „Grenzlandförderung“ eingesetzt, die seit dem Jahre 1960 66 Millionen Schilling in diese Gebiete gepumpt hat. 35 Prozent davon sind der Landwirtschaft zugute gekommen, 23 Prozent dem Fremdenverkehr, 40 Prozent Gewerbe und Industrie und zwei Prozent Sonstiges.

Eine sehr interessante Zahl ist aus dem Jahr 1961 das Verhältnis der Agrarquote und das Einkommensgefälle. Die Bezirke Feldbach und Radkersburg, wo noch zwei Drittel der Beschäftigten Landwirte sind und die Bezirke Leibnitz und Deutschlandsberg, wo das rund die Hälfte sind, liegen mit ihrem Einkommen nur bei zwei Drittel der Wertschätzung des Bundesdurchschnittes. Daher ist das regionalpolitische Ziel vor allem Anheben der Wertschätzung in der Landwirtschaft, Schaffung zusätzlicher gewerblicher Arbeitsplätze und Aufbau der Infrastruktur. Am Beispiel meines Heimatbezirkes Leibnitz kann ich Ihnen die Erfolge in der Landwirtschaft aufzeigen. Wir haben rund 8.700 Betriebe mit 40.000 ha landwirtschaftlicher und 22.000 ha Waldnutzfläche. Im Schnitt also weniger als fünf ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Nach dem „Grünen Bericht“ ist der Hektarumsatz je Betrieb 15.000 Schilling und ist im letzten Jahr um 1.000 Schilling gestiegen. Diese 1.000 Schilling Steigerung machen für den Bezirk immerhin 40 Millionen Schilling Mehreinnahmen aus und diese 40 Millionen Mehreinnahmen unter der Annahme, daß nur einmal im Jahr umgesetzt wird, 300 zusätzliche gewerbliche Arbeitsplätze. Wir schaffen also durch die Intensivierung der Landwirtschaft sozusagen von selbst zusätzliche gewerbliche Arbeitsplätze.

Wie wird diese Intensivierung in der Land-

wirtschaft erreicht oder angestrebt? Die Schlagworte bzw. die Fakten: höhere Flächenerträge. Ich darf hier besonders auf den Maisbau verweisen, der in unserem Gebiet ja in der Flächenausdehnung sich mindestens verdoppelt hat, während die Flächenerträge seit Kriegsende dank Züchtung in unserer Zuchtanstalt in Gleisdorf sich verdreifacht haben. Ich darf den Obstbau erwähnen, den Spezialkultur-Obstbau. Wir haben hier 2.600 ha in ungefähr 800 Spezialbetrieben und Kollege Zinkanell war ja so freundlich, zu bestätigen, daß für diese Spezial-Obstbauern keine Absatzschwierigkeiten bestanden haben. Warum? Weil hier marktgerecht produziert wird. Wir haben aber neben dem Obstbau natürlich den Feldgemüsebau, den Weinbau von altersher, Hopfenbau und ähnliches. Diese Leistungen der Bauern draußen wären nicht möglich, wenn wir nicht zentrale, ich möchte fast sagen „geistige Mittelpunkte“, Versuchsanstalten und Prüfanstalten hätten.

Ich darf auf den Untervoranschlag 74,41 „Landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt“ verweisen und die Leistungen dieser Anstalt mit 27 Bediensteten hervorheben. Es wurden rund 30.000 Bodenproben, 20.000 Weinbestimmungen, 3.800 Staatgut-Proben im vorigen Jahr in dieser Anstalt vorgenommen und in der Spezialanstalt Burgstall werden Prüfungen für den Feldgemüsebau durchgeführt und Versuchsanstaltungen getätigt. Wie sich die Förderung in klingende Münze sozusagen für den Staat verwandelt, darf ich am Weinbauplan kurz skizzieren:

Ich bin selbst Weinbauer. Wir haben 2.000 ha Weinbaufläche, das sind rund 2.000 Voll-Arbeitsplätze. Die Steuerleistung des Weinbaues mit Weinsteuern, Grundsteuer, Getränkesteuer ohne Einkommensteuer, weil sich diese nicht genau errechnen läßt, sind pro Jahr rund 20 Millionen Schilling, während wir im Weinbauplan für Umstellung auf die Hochkultur im Rahmen dieser Grenzlandförderung eine Million Schilling im Schnitt erhalten haben. Das heißt, es werden pro Arbeitsplatz 500 Schilling Förderungsmittel eingesetzt, denen laufend 10.000 Schilling Steuerleistung pro Arbeitsplatz gegenüberstehen.

Das Ergebnis der bisherigen Bemühungen ist also durchaus positiv zu beurteilen, obwohl noch immer die Steuerkraft der Grenz- und Entwicklungsbezirke unter dem Landesdurchschnitt liegt. Im Jahr 1965 war es bei den Gemeindesteuern so, daß der Landes-Schnitt bei knapp 1.200 Schilling pro Kopf lag, Graz mit fast 2.000 Schilling an der Spitze, und erst an dreizehnter Stelle der Bezirk Leibnitz mit 766 Schilling und an letzter Stelle der Bezirk Radkersburg mit 681 Schilling. Ich glaube, das erfolgreichste und erfreulichste Zeichen, daß diese Grenzlandmittel nicht umsonst eingesetzt waren, ist die Tatsache, daß im heurigen Jahr die Umsatzsteuer-Eingänge bei fast allen Finanzämtern stagnierten, während im Bezirk Leibnitz und Radkersburg die Umsatzsteuererträge gegenüber dem Vorjahr um rund zehn Prozent höher waren.

Ich darf daher allen jenen, insbesondere der Landesregierung, an der Spitze unserem Herrn Landeshauptmann danken, daß diese Aktion

trotz vielfältiger Widerstände immer wieder durchgezogen wurde und ich darf bitten, daß diese strukturverbessernden Maßnahmen für das Grenzland auch weiterhin fortgesetzt werden. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Scheer. Als nächster Redner hat sich der Abg. Groß gemeldet.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Als freiheitlicher Sprecher habe ich — ich möchte beinahe sagen das Vergnügen — jetzt zum Kapitel Landwirtschaft zu sprechen, in Sonderheit, da meine Herren Vorredner von der ÖVP und auch der Herr Vorredner von der Sozialistischen Partei mir Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen, insbesondere, wenn ich zunächst einmal den Generalredner der ÖVP, den Abg. Lafer nur kurz beleuchte, dann hat er folgende Ausdrücke für die Landwirtschaft hier verwendet: Sie sei unterbezahlt, sie sei unterbewertet, sie sei zurückgesetzt. Ich habe mir dazu notiert: Und das alles nach 22 Jahren ÖVP-Regierung als stärkste Partei? Und gleich daneben habe ich mir den Abgeordneten Pabst zugeschrieben, der gerade jetzt erklärt hat, daß die landwirtschaftliche Politik ausgezeichnet, gut, ja wunderbar, ja blendend gewesen sei. Was nun von diesen beiden Dingen recht ist, weiß ich nicht. Ich neige nämlich mehr zur Meinung des Herrn Generalredners der ÖVP.

Der Abg. Zinkanell hat ungefähr Ähnliches in Äußerungen vom Bauernbund festgestellt und hat sich sogar als Schiedsrichter hier betätigt, wobei der Minister Schleinzer mit 1 : 0 aus dem Rennen hervorgegangen ist. Das sei einmal hier festgehalten. Der Herr Präsident Koller hingegen wieder hat ein großes Klagegedicht wegen der Nichtteilnahme Österreichs bei der EWG gesungen, ein unserer Meinung nach berechtigtes Klagegedicht, daß es Österreich nicht gelungen ist, der EWG beizutreten. Deine Damen und Herren, die Sie hier länger im Haus sitzen, Sie sind auch noch Kronzeugen für das, was ich jetzt sage. Der ehemalige Abg. Dr. Pittermann, der ÖVP-Pittermann für alle jene, die jetzt vielleicht überrascht sind, daß da ein Pittermann als Abgeordneter sitzt, kann bestätigen, daß wir Freiheitlichen immer und jederzeit, schon lange bevor wir unseren Herrn Landeshauptmann bekehren konnten, auch eine EWG-Meinung zu haben, hier gefordert haben, daß Österreich der EWG beitreten soll, weil es insbesondere für die Landwirtschaft eine ganz besondere Härte sein wird, wenn wir nicht zur EWG gehen. Das Nicken freut mich sehr, weil es hier jetzt endlich zutage tritt, wie notwendig das gewesen wäre, und es sind sogar einige Abgeordnete unter Ihnen, die damals dagegen gewesen sind, daß wir der EWG beitreten. Das sind eben wirkliche Stunden in der Politik eines Landes, wo sich die Dinge auf Jahre hinaus entwickeln, und heute sehen wir, wie sehr wir es notwendig hätten, bei der EWG zu sein. Es ist wirklich schwierig, auf den fahrenden Omnibus der EWG jetzt aufzuspringen. Der Herr Kollege Zinkanell hat sogar einen

Bogen um die Maschinenhöfe gemacht, was mich sehr gewundert hat. Ich wollte keinen Bogen um die Maschinenhöfe machen, muß sie aber doch kurz anziehen, weil wir Freiheitlichen der Meinung sind, daß die Idee, der Grundgedanke der Maschinenhöfe, der darin liegt, daß mehrere bäuerliche Betriebe eine Maschine zur Nutzung bekommen sollen, daß diese Idee ausgezeichnet ist und zweifellos etwas für sich hat. Die Frage, in welcher Form man nun den Maschineneinsatz pflegt, ob im kommunalen Maschinenhof, der Lieblingsidee der Sozialisten oder im Maschinenring oder in der Maschinenbank oder in einem Maschinenlohnarbeitsverhältnis, das ist eine zweite Frage, die sekundär ist. Aber im Grundsatz sind wir, glaube ich, soweit ich mit Bauern gesprochen habe, doch einig. Das sind Meinungen, die man aus der Bauernschaft hört, daß das sehr wohl eine sehr wichtige und mit viel mehr Beachtung anzugehende Angelegenheit ist. Daher soll man um den Maschinenhof keinen Bogen machen, sondern man soll ruhig einmal im Haus wieder darüber reden. Ich habe mich sehr gewundert über die ziemlich freundliche Rede, die unser Kollege Zinkanell hier heute in dem Haus gemacht hat. z. B. auch (Abg. Zinkanell: „Ich habe mich diesmal im Prinzip für den Maschineneinsatz ausgesprochen!“) nichts gesagt darüber und auch keiner der Herren der ÖVP hat sich beklagt darüber, daß z. B. noch immer nicht durch die Treibstoffaktion die Bauern zum Großteil in den Genuß dieser 20 g gekommen sind, daß insgesamt etwa 200 Millionen Schilling im Finanzministerium liegen, die dort zur Verfügung des Finanzministers sind und noch immer nicht ausbezahlt wurden. (Abg. Pabst: „Wurde vor 14 Tagen ausbezahlt!“)

Ja, in einigen Fällen, ich habe gesagt, zum Teil schon ausbezahlt, was Sie jetzt sagen, Herr Kollege Pabst, das sind die Beträge aus dem Jahr 1966, also liegt das Geld mindestens ein Jahr zur Verfügung des Herrn Finanzministers. (Abg. Buchberger: „Für das Jahr 1967 wurde jetzt ausbezahlt!“)

Vom ganzen Jahr 1967 ist es ja füglich nicht möglich, weil noch ein Stückelr fehlt meines Wissens.

Nun noch ein Thema, die Hagelversicherung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine interessante Angelegenheit, daß aus dem Katastrophenfonds verschiedene Bauern, Vorzugsbauern, weil sie vorzüglich bedient werden, von seiten der ÖVP und ihrer Vertreter, Entschädigungsmittel für Hagelschäden bekommen. Auf der anderen Seite gibt es im Land einen Fonds, der 25 Prozent zur Prämie . . . (Zwischenruf von der ÖVP.)

Eine Sekunde. Es ist beinahe schier unmöglich, daß Sie jetzt wissen können, Herr Kollege, was ich jetzt sagen wollte. Sie sind ein Hellseher. Es gibt einen Fonds, der 25 Prozent der Hagelversicherungsprämie dem Versicherten dazuzahlt. Derjenige, der sich versichern läßt, der zahlt 75 Prozent der Prämie und 25 Prozent das Land und hat bei entsprechenden Hagelschäden eine 100prozentige Entschädigung für seinen Schaden. Der sich nicht versichern läßt, der

kommt mir vor wie ein Hasardeur. (Landesrat Dr. Niederl: „Da sind Sie falsch unterrichtet. Daß wir Entschädigungen für Hagelschäden ausbezahlt haben, das stimmt nicht.“ — Abg. Maunz: „Da müßten Sie ein Bauer sein!“)

Ich weiß es beispielsweise von der Gemeinde Kitzreck, daß dort bei dieser letzten Hagelkatastrophe Hagelschäden bezahlt worden sind. Ich nehme Sie beim Wort, Herr Landesrat, und werde Ihnen die entsprechenden Unterlagen bringen. (Landesrat Dr. Niederl: „Kein einziger Schilling!“ — Abg. Buchberger: „Das war eine falsche Information, die Sie da mitgebracht haben!“)

Ich werde diese Information dann noch aktenkundig bringen und dann werden wir uns darüber weiter unterhalten.

Und nun komme ich zu meinem besonders heißen Eisen, da wird mich der Herr Kollege Pabst jetzt vielleicht auch ein bisserl informieren können, und zwar das heiße Eisen der Frohnleitner Molkerei. (Landesrat Bammer: „Ist dort die Milch sauer geworden?“)

Trotz der besonderen Schwierigkeiten der Transportlage der Gebirgsbauern dieses Gebietes der Molkerei Frohnleitner hat sich dort also eine gut funktionierende Molkerei gebildet. Nur für die Herren Funktionäre der Österreichischen Volkspartei hat diese Frohnleitner Molkerei einen außergewöhnlichen Schönheitsfehler und dieser Schönheitsfehler besteht darin, daß der Obmann der Molkerei unser freiheitlicher Gemeinderat Gottfried Promitzer aus Deutsch-Feistritz ist und dessen nicht genug, ist auch der Geschäftsführer dieser Molkerei ein freiheitlicher Gemeinderat Hans Glöbl. (Landesrat Bammer: „Ja wo kommen wir denn da hin!“)

Und diese Funktionäre sind dort natürlicherweise gewählt von der Mehrheit der bäuerlichen Funktionäre und das stinkt der ÖVP besonders auf. Selbst die Anwesenheit des Herrn Präsidenten Wallner bei einer solchen Wahl hat die Bauern dort nicht hindern können, doch unseren Kameraden Promitzer zum Obmann zu wählen. Das hat natürlich den Kameraden Pabst auf den Plan gerufen, weil er unsere Molkerei Frohnleitner in seinen Bereich — wie einst weiland die Habsburger, um ihre Hausmacht zu vergrößern — einbeziehen wollte. Er macht so berichtigende Handbewegungen, man merkt, es stimmt. Herr Kollege Pabst, ich möchte ausdrücklich an Sie appellieren, sich in dieser Angelegenheit nicht als Exekutor zu betätigen. Ich bin der Auffassung, Sie können sich das in der Öffentlichkeit nicht leisten, daß Sie diese Molkerei deshalb, weil sie von einem Freiheitlichen geführt wird, schon jahrelang erfolgreich geführt wird, (Abg. Prenner: „Warum kann er sich das nicht leisten?“) er bildet sich ein, er kann sich's nicht leisten, weil das ungefähr so ist, wie es sich die Sozialisten in der Gewerkschaft nicht leisten könnten, einen schwarzen Präsidenten zu haben oder wenn sie in den Böhlerwerken plötzlich einen ÖAAB-Mann als Betriebsratsobmann hätten, das wäre genau so ein Schönheitsfehler, den sie auch nicht aushalten könnten.

Im weiteren möchte ich darauf zu sprechen kommen, auch ein altes Anliegen, das wir immer wieder vorgebracht haben, das ist das des amtlichen Stimmzettels für die Landwirtschaftskammerwahlen. Meine sehr geehrten Kollegen hier zur Rechten, Sie sind diejenigen, die sich immer wieder darüber beklagen, daß Sie bei der Arbeiterkammerwahl von den Sozialisten nicht den amtlichen Stimmzettel bekommen können. Gehen Sie in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran. Sie können sicher sein, daß dann die Sozialisten unbedingt auch nachziehen müssen, damit sie ihr demokratisches Gewicht auf der einen und der anderen Seite ausgleichen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin schon mehrmals vom Herren-Präsidenten mit einem kleinen Fingerzeig der Glocke gemahnt worden, mich kurz zu fassen und darf das mit-hin tun: Ich darf also feststellen, daß die Freiheitlichen immer wieder ihre positive Einstellung zur Landwirtschaft bekundet haben und wir der Meinung sind, daß alle Mittel recht sind, um den Bauer an der Scholle festzuhalten und daß auch Mittel dafür aufgewendet werden können und sollen. Ich darf aber nun sagen, wir müssen füglich erwarten, daß die monokolore ÖVP-Regierung dem treuesten — bisher noch treuesten — Wähler ihrer Partei insofern die Treue hält, daß sie entsprechende Taten setzt, um dem Bauernstand das zu geben, was sie ihm bisher durch 21 Jahre nicht gegeben hat mit der Begründung, es ginge nicht, weil die bösen Sozialisten dagegen wären. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, mit der monokoloren Regierung das zu tun und der letzte „Grüne Plan“ läßt nicht darauf schließen, daß sich der Bauernbund in der Österreichischen Volkspartei so durchsetzt, wie wir glauben, daß er sich durchsetzen müßte. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Groß. Nächster Redner ist Abg. Hofbauer.

Abg. Groß: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Budget-Debatte wurde in diesen Tagen schon wiederholt über strukturelle und regionale Probleme unserer Wirtschaft gesprochen.

Ich möchte diese Frage sehr kurz von einer Warte betrachten, die bei einer positiven Lösung dieses Problems sicherlich eine Rolle spielen wird.

Das ist die Frage der Nach- und der Umschulung. Gerade auf diesem Gebiet geschieht in unserem Bundesland bereits sehr viel. Ob das nun das Wirtschaftsförderungsinstitut, das Berufsförderungsinstitut ist oder die Arbeitsmarktverwaltung selbst, alle bemühen sich, durch Schulungsmaßnahmen die berufliche Weiterbildung zu fördern und durch echte Umschulungen auch den Veränderungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Ich möchte hier sehr positiv bemerken, daß das Land Steiermark diese Bemühungen auf das beste unterstützt. Ich darf Ihnen vielleicht in diesem Zusammenhang sagen, daß im Jahre 1966 in Österreich fast 6.000 berufs-

bildende Kurse und Veranstaltungen mit 124.000 Besuchern durchgeführt worden sind. Das ist sicherlich eine beachtliche Zahl. Aber was uns bei dieser Arbeit der Um- und Nachschulung fehlt, ist eine echte Koordinierung der Bestrebungen aller Institute, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Man könnte manche Zweigleisigkeit in Hinkunft vermeiden und manche finanzielle Subvention besser anwenden, wenn man eben diese Tätigkeit besser abstimmen würde.

Aber, meine Damen und Herren, die Frage der Um- und Nachschulung hat noch eine enorme Schwierigkeit in Österreich bei der derzeit bestehenden Gesetzeslage zu überwinden und darauf möchte ich Sie aufmerksam machen. Es ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, daß die Arbeitsmarktverwaltung in Österreich heute Um- und Nachschulungen überhaupt nur für Arbeitnehmer durchführen kann und darf, die bereits arbeitslos sind. Das ist in unserer wirtschaftlichen Situation überhaupt nicht mehr ausreichend. Es entspricht nicht mehr den Interessen der Wirtschaft, aber auch nicht denen der Arbeitnehmer und es müßte dies den neuen Bedingungen angepaßt werden. Vergessen wir nicht, daß wir auf dem Gebiete der Um- und Nachschulung gegenüber anderen, westeuropäischen Ländern weit zurückgefallen sind und daß im Schnitt diese Länder das Zehnfache für Um- und Nachschulungen aufwenden, während unser Anteil z. B. im kommenden Budget nur 0,1 Prozent für aktive Arbeitsmarktpolitik betragen wird. Vergessen wir auch nicht, meine Damen und Herren, daß diese Umschulungsmaßnahmen bei der Bewältigung der strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft eine besondere Bedeutung erlangen werden und auf diese Bedeutung möchte ich Sie gerne aufmerksam machen. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Das Wort hat der Herr Abg. Hofbauer. Nächste Wortmeldung Frau Abg. Egger.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Gott sei Dank in diesem Haus heute über den Fremdenverkehr keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Jeder weiß heute, daß der Fremdenverkehr nicht nur ein Devisenbringer ist und daß an ihm nicht nur der Hotel- und Gasthofbesitzer verdient, sondern auch Unternehmer genauso wie Arbeiter und Bauern. Aber, Hohes Haus, zum ersten Mal müssen wir feststellen, daß der Fremdenverkehr in unserem Lande eine rückläufige Tendenz aufweist. Ich bin auch überzeugt, daß die Gründe hierfür hinlänglich bekannt sind und auch bekannt ist, daß in erster Linie der Fremdenstrom aus Deutschland nachgelassen hat. Dagegen ist der Strom der Inländer in diesem Jahre wieder hoch in Kurs gekommen. Ich bitte daher, obwohl schon sehr vieles auf diesem Gebiet von der Steiermärkischen Landesregierung unternommen wurde, doch alles Erforderliche zu unternehmen, um einen weiteren Rückgang hintanzuhalten. Wir wissen heute, daß Deutschland

für Inlandwerbung 25 Prozent seiner Werbekosten ausgibt und vielleicht taucht auch bei uns die Frage auf, daß wir in Zukunft für den Inländerfremdenverkehr mehr tun müssen, das hat uns das heurige Jahr aus den Erfahrungen gebracht. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß trotz der angespannten Wirtschaftslage in unserem Lande unter dem Kapitel „Die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs“ trotzdem eine Steigerung von rund vier Millionen Schilling vorhanden ist. Wir wissen alle, daß in dankenswerter Weise schon sehr, sehr viel für den Fremdenverkehr von der Steiermärkischen Landesregierung unternommen wurde, und wir wissen auch, daß dieses Geld reichlich Zinsen bringt.

Vor einem Jahr hat Herr Landesrat Wegart in seinem Schlußwort von der Eigeninitiative gesprochen, und ich möchte über diese Eigeninitiative aus meinem engsten Umkreis, aus dem Gerichtsbezirk Bad Aussee berichten. Wir haben auch drei Orte in unserer engsten Umgebung, die eine rückläufige Tendenz aufweisen. Sie ist zurückzuführen speziell auf die Monate Juni und Juli bzw. Juli und August und betrifft die Gemeinden Altaussee, Grundsee und Pichl bei Aussee, während die anderen Gemeinden Bad Aussee, Mitterndorf und Tauplitz eine steigende Tendenz aufweisen, was ich dann noch ganz kurz erläutern möchte. Es ist auch vor einem Jahr hier gesprochen worden, daß sich Verbände zusammenschließen sollen, um dem Fremdenverkehr eher gerecht zu werden. Wenn ich wieder von meiner engsten Umgebung, vom Gerichtsbezirk Bad Aussee einschließlich Tauplitz sprechen darf, so muß ich sagen, daß sich diese sieben Gemeinden zusammengeschlossen haben, sie haben ein gemeinsames Sommerprogramm, gemeinsame Vergünstigungen, die gleichermaßen in Mitterndorf, Bad Aussee, Tauplitz, auf der Tauplitzalm gelten. Es wird auch ein Programm mit Musik und Spielgruppen gemacht und, was das wesentlichste für den Fremdenverkehr in diesem Gebiet ist, daß die Kurkarten in allen Gebieten die gleichen sind und darauf die verschiedensten Ermäßigungen sind. Ich darf auch noch ganz kurz berichten, weil ja die Zeit eine sehr kurze ist, daß im Frühsommer dieses Jahres auch ein Fremdenverkehrsverband Palten-Liesingtal gegründet wurde, wo der Herr Landesrat Wegart selbst anwesend war und dem sich in der weiteren Folge das Gebiet von Admont und der Gerichtsbezirk St. Gallen angeschlossen haben. Damals wurde von diesen Herren der Wunsch geäußert — es gehört zwar in die Gruppe 6 — daß der Ausbau der Kaiserau einen bedeutenden Auftrieb geben würde für den Fremdenverkehr in diesem Tal.

Hohes Haus! Wenn ich ganz kurz Mitterndorf streifen darf, im Frühsommer dieses Jahres ist das Kurhotel Heilbrunn eröffnet worden mit einem Kostennachweis von 42 Millionen Schilling. Sie wissen, daß wir seinerzeit im Hohen Haus eine Ausfallshaftung beschlossen haben. Das Hotel besitzt 150 Betten. Ein Kurarzt wurde angestellt, und zwar der Internist Dr. Leopold Buchinger, der früher bei Prof. Dr. Gotsch in

Graz war. Mitterndorf selbst will die Parkplätze erweitern, und zwar auf der Alpenstraße zur Tauplitz um 300 Autos, und vom Parkplatz zum Kurhotel will man ebenfalls vergrößern und die Straße asphaltieren. Mitterndorf, das in den letzten Jahren fünf oder sechs Häuser gebaut hat, hat das dritte Contracta-Haus mit 50 neuen Wohnungen im Neubau. Die Nächtigungsziffern in Mitterndorf weisen von Jänner bis Oktober 1967 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1966 eine Steigerung um rund 6.000 auf. Bad Aussee selbst hat auch die größten Unternehmungen angestellt, und ich muß sagen, es ist mit der PVA gelungen, daß nächstes Jahr im Mai mit der Abtragung des Baron Braun-Besitzes begonnen und ein Hotel mit 150 Betten erbaut wird. Ich darf sagen, daß die Verhandlungen drei Jahre gedauert haben und daß auch Aussee, so komisch es klingen mag, eine ansteigende Tendenz hat, weil es uns gelungen ist, mit der PVA diesen Vertrag abzuschließen. Während ich im vergangenen Jahr noch einen Schwannengesang tun mußte, ist das in diesem Jahr besser. Diese Kuranstalt wird 150 Betten beinhalten, der Bau kostet rund 100 Millionen. Wir haben jetzt erstmals das Kurmittelhaus bis Mitte November offen halten können. Die Kurgäste sind in zwei Hotels untergebracht. Ich darf noch erwähnen, daß wir in diesem Jahr wieder eine Kurmusik gehabt haben und daß wir doch eine ganz schöne Steigerung, so unglaublich es klingt, um 6.000 erwähnen dürfen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte noch die Zahlen von Tauplitz und Kainisch sagen. Kainisch ist eine der ärmsten Gemeinden in unserem Umkreis. Sie haben praktisch nur den See und nur ein neues Hotel. Aber der Gemeinde Kainisch ist es nicht möglich, mit ihrem kleinen Gemeindeaufkommen die Straßen zu diesem See asphaltieren zu lassen. Ganz kurz noch die Ziffern von der Tauplitz-Alm. Die sind sehr erfreulich und haben auch eine ganz schöne Steigerung. Es hat im Frühjahr ausgesehen, als wenn Tauplitz Ramsau übertrumpfen würde. Wenn man die Bettenzahl vergleichen könnte, so ist nur in Tauplitz die Möglichkeit, das in Zukunft noch zu steigern, während die Gemeinde Ramsau eine Menge von Betten hat.

Hohes Haus! Ich habe nur im Telegrammstil viele Dinge gebracht und darf sagen, es wird nicht an der Initiative dieser Gemeinden fehlen, aber trotzdem möchte ich Herrn Landesrat Wegart wieder bitten, was er bisher getan hat, alles in seiner Möglichkeit Stehende zu tun, um diese sieben Orte, man nennt uns doch immer die Perle von der Obersteiermark, auch in aller Zukunft zu unterstützen. (Beifall.)

3. Präsident: Die Frau Abg. Egger ist nicht im Saal. Nächster Redner ist der Herr Abg. Schrammel.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Steiermark ist bekannt als Fremdenverkehrsland, wie schon der Name Grüne Mark sagt. Die Gruppe 7 gestattet es uns nur in aller Kürze die maßgeblichsten Dinge

herauszustreichen, die hier notwendig zu bringen sind. Das 20. Jahrhundert könnte wahrlich als Zeitabschnitt der modernen Völkerwanderung bezeichnet werden. Ich möchte hier anknüpfen, wenn die obersteirischen Gebiete, begonnen vom Ausseer Land über das Mürz- und Murtal, das Aflenz- und Admonter Gebiet, auch noch die Oststeiermark, das Grenzlandgebiet sich zum Fremdenverkehr melden möchten. Es kann sicherlich berechtigt auf Grund der Leistungen und Erfolge der Vergangenheit hingewiesen werden, daß auch das Grenzland und hier insbesondere die Oststeiermark im Fremdenverkehr eine Rolle spielen.

Ich möchte nur darauf verweisen, daß beispielsweise im Jahre 1966 nicht weniger als 2,2 Millionen Wiener Nächtigungen in der Steiermark gezählt wurden. Hier ist beachtlich, daß gerade die Oststeiermark in einer Zeit, wo westliche Bundesländer über Sorgen klagen, gebietsweise Zunahmen an Nächtigungen von mehr als 20 Prozent verzeichnen kann. Beispielsweise Bad Gleichenberg konnte im verflossenen Jahr 250.000 Nächtigungen zählen. Der kleine Ort Söchau in der Oststeiermark, um ein weiteres Beispiel zu nennen, hat mit 500 Einwohnern im vergangenen Jahr 23.500 Nächtigungen aufzuweisen, das ist ein Zugang von mehr als 20 Prozent gegenüber dem Jahre 1965. Ich möchte hier vielleicht nur konkret herausstreichen, das Geheimnis des Erfolges des oststeirischen Fremdenverkehrs liegt sicher darin, daß die Fremdenverkehrsbetriebe ihre Gäste direkt in Wien vor der Haustür samt Gepäck abholen und die Gäste dann wieder dorthin zurückstellen.

Erstrebenswert für das Grenzland und für die Oststeiermark ist es, in einem Gebiet, in dem sehr wenig Industrie anzutreffen ist, in dieser Ruhe Erholungsdörfer zu schaffen und diesen Klein- und Mittelbetrieben in der Landwirtschaft und im Gewerbe so eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit zu bieten.

Es hat sich erwiesen, daß auf Grund entsprechender Ausstattung und auch auf Grund der Preis-Disziplin das Grenzland und die Oststeiermark auch weiterhin bevorzugt werden. So könnte wahrlich für das Grenzland und für die Oststeiermark der Fremdenverkehr die ergänzende Industrie für die dortigen Kleinbetriebe in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft sein. Es ist sehr zweckmäßig, daß die Bestrebungen auf dem Sektor des Fremdenverkehrs seitens der Landwirtschaft und des Gewerbes konform gehen und daß man bestrebt ist, sich gegenseitig zu ergänzen und somit der Wirtschaft zu dienen. Die Erfolge des bäuerlichen Fremdenverkehrs sind sicherlich darin zu sehen, daß die bäuerlichen Produkte im eigenen Ort abgesetzt werden, was damit der direkte zollfreie Export wäre. Die ausländischen Gäste werden natürlich die Produkte, die sie in Österreich genossen haben, auch in ihrem Lande wieder suchen.

Einen Wunsch möchte ich hier insbesondere noch anmelden und zwar, daß eben gerade für die Oststeiermark der Ungarn-Verkehr aufge-

lockert wird. Es wäre erstrebenswert, daß eine Art kleiner Grenzverkehr mit Ungarn geschaffen würde und damit auch in diesem Gebiet die Wirtschaft und besonders der Fremdenverkehr belebt würden.

Abschließend sei gesagt, daß Erfolge im Grenzland der Steiermark dadurch unterstützt werden sollten, daß die Steiermärkische Landesregierung mithilft, Erholungsdörfer zu schaffen, um jenen Menschen Ruhe bieten zu können, die aus industriereichen Gebieten kommen und dieser Ruhe bedürfen. (Beifall.)

3. Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Prenner. Ich erteile ihm das Wort. Ihm folgt der Abg. Nigl.

Abg. Prenner: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich mit drei wichtigen Problemen in der Landwirtschaft befassen, und zwar Grundzusammenlegung, Melioration und Flußbau.

Die Zusammenlegung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke ist die Maßnahme für eine konkurrenzfähige Landwirtschaft. Es gibt keine umfassende Möglichkeit, die Flurverfassung zu ordnen. Das Flurverfassungs-Landesgesetz 1963 gibt die notwendigen gesetzlichen Unterlagen für die Durchführung des Verfahrens.

Im Jahre 1967 wurde das Flurverfassungs-Grundsatzgesetz novelliert, den Erfordernissen der Jetztzeit angepaßt und auf eine Beschleunigung des Verfahrens abgestellt. Die Veränderungen im Grundsatzgesetz werden in der nächsten Zeit eine Novelle des Landesgesetzes notwendig machen. In der Steiermark sind nach jüngsten Erhebungen noch 120.000 ha Grund zusammenlegungsbedürftig. Eine Unterteilung in dringende und minder dringende Fälle wurde nicht mehr gemacht, da sich durch den Autobahnbau und durch Flußregulierungen die Situation ständig ändert. Die steirischen Agrarbezirksbehörden sind in der Lage, pro Jahr rund 1.500 bis 2.000 ha technisch zu bearbeiten und provisorisch zu übergeben. Daraus ergibt sich, daß zur Bewältigung der gestellten Aufgaben etwa 75 Jahre notwendig sein werden. Es muß daher die Forderung nach Beschleunigung gestellt werden. Eine Beschleunigung kann nur durchgeführt werden, wenn mehr Personal und mehr Förderungsmittel vorhanden sind. Bezüglich des Personals ist zu beachten, daß entsprechende Fachkräfte nur in sehr geringer Zahl gefunden werden können. Es müssen ausgebildete und über ihre Ausbildung hinaus noch zusätzlich in der Praxis eingearbeitete Kräfte sein. Bezüglich der Förderung fehlt es vor allem an Landesbeiträgen, da vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch immer wieder die Freigabe von Bundesmitteln an Landesmittel geknüpft wird.

In den letzten Jahren wurde der Flußbau höher dotiert und löst durch seine Regulierungsbauten Zusammenlegungen aus, die rasch durchgeführt werden müssen und die durch die unbedingt notwendigen Kultivierungsarbeiten sehr teuer sind. So müssen, um die Abfindungsgrund-

stücke übergeben zu können, die vorhandenen Altarme planiert und kultiviert werden. Auch für diese Leistungen reichen die vorhandenen Landesmittel nicht aus und müssen alljährlich in der diesbezüglichen Haushaltspost verstärkt werden. Derzeit liegen mehr Anmeldungen für Grundzusammenlegungen vor als erledigt werden können: Anträge aus Gebieten, die nicht vom Flußbau oder von der Autobahn berührt werden, können nicht in Arbeit genommen werden. Es muß in solchen Fällen mit mehrjähriger Wartezeit gerechnet werden.

In den letzten zehn Jahren von 1958 bis 1967 wurden 85 Zusammenlegungsgebiete mit einer Fläche von 15.390 ha und 5.349 Beteiligten technisch bearbeitet und provisorisch übergeben. Hohes Haus! Ich werde mich kurz halten. Die Meliorationstätigkeit in der Steiermark hat in der Zeit von 1945 bis 1966 folgendes Ausmaß aufzuweisen: Reguliert wurden 344 km Vorfluter, Entwässerungsfläche 14.234 ha und bewässerte Fläche 320 ha, wofür folgende Mittel zur Verfügung standen: vom Land 72.445.000 Schilling, das sind 33 Prozent; Interessentenbeiträge 81.234.000 Schilling, das sind 37 Prozent, Bund 52.6 Millionen Schilling, das sind 24 Prozent und ERP-Mittel 12 Millionen Schilling, das sind 6 Prozent. Das sind Gesamtbaukosten von 218 Millionen Schilling. Für Drainagen und Rutschungs-Sanierungen wurden 36.000 ha und zwar mit einem Hektarsatz von 20.000 Schilling, das macht 720 Millionen Schilling aus, ausgegeben. Mit Rücksicht auf die großen Schwankungen der spezifischen Kosten der Berechnungsanlagen wurde das nicht einbezogen. Das für 1968 zu erwartende Bauvolumen kann nach dem jetzigen Stand mit etwa 31,2 Millionen Schilling eingeschätzt werden. Es schlüsselt sich auf wie folgt in einzelne Beitragsfaktoren: Land 12,5 Millionen Schilling, das sind 40 Prozent, Interessenten 12,6 Millionen Schilling, das sind 40 Prozent, Bund 6,1 Millionen Schilling, also 20 Prozent, daher ein Bauvolumen von insgesamt 31,2 Millionen Schilling. Bei einer rein ziffernmäßigen Gegenüberstellung des eingeschränkten Gesamterfordernisses von rund 850 Millionen Schilling zum erwarteten Bauvolumen 1968 mit rund 31 Millionen Schilling würde dies eine Gesamtbauzeit von rund 30 Jahren für die Durchführung der bisher bekannten Meliorationswünsche erfordern.

Im Flußbau werden im laufenden Jahr unter Einbeziehung der in den Monaten November und Dezember 1967 zu erwartenden finanziellen Zuteilung insgesamt 81 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, wovon auf den Bund 46,1 Millionen Schilling, auf das Land 24,6 Millionen Schilling und auf die Interessenten 10,2 Millionen Schilling entfallen, also insgesamt 81 Millionen Schilling.

Nach dem Katastrophenjahr 1966 war es im Jahr 1967 nur ein einmaliges extremes Hochwasserereignis, das am 30. und 31. Mai 1967 in der Nordsteiermark erhebliche Schäden anrichtete. Insbesondere wurden das Mürztal mit seinen Zubringern, die Feistritz, die Saifen und die Lafnitz betroffen. Neben der Beseitigung die-

ser jüngsten Hochwasserschäden wurden auch zahlreiche Sanierungen nach den schweren Hochwasserereignissen des Jahres 1966 durchgeführt. Bei den nach dem Flußbauprogrammen durchzuführenden Regulierungsarbeiten ist bei den Bundesflüssen der 5. Bauabschnitt in der Raabgrenzstrecke fertiggestellt und an der Kainach in Bärnbach ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Bei den Konkurrenzlächen wurden fertiggestellt der Vordernbergbach in Trofaiach, der dritte Bauabschnitt des Saalbaches in Paldau, der erste Bauabschnitt der Feistritz in Ratten, die Teilstrecke der Saifen von Bierbaum bis Blumau und der Lafnitzbach in Kobenz. Weiters konnten wesentliche Abschnitte bei den großen Regulierungen an der Lafnitz, Sulm, Saggau, Schwarzau, Gnasbach und Rittschein fertiggestellt werden. Aber auch die Ortsregulierungen am Gamlitzbach in Gamlitz, an der Feistritz in Oberfeistritz, am Doblbach in Dobl, an der Saifen in Pöllau und am Rantenbach in Ranten sind wesentlich vorangegangen. Schließlich wurde auch an einem großen Bauabschnitt im Zuge der Regulierung des Veitscherbaches in Traboch im Zusammenhang mit der Errichtung eines Badesees gearbeitet.

Zusammenfassend ist daher zu sagen: Die Tätigkeit auf dem Sektor Flußbau, Meliorationen und Grundzusammenlegung kommt jedem Steirer zugute, nicht nur dem Landwirt, jedem ordnungsliebenden, denkenden Menschen ist ein ertragreiches Grundstück lieber als ein karges. Damit will ich sagen: Tun wir das Möglichste, um unsere Heimat nutzbringender und schöner zu gestalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Als nächstes hat Herr Abg. Nigl das Wort. Nach ihm kommt noch Herr Abg. Ritzinger.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetgruppe 7 sieht auch für 1968 wieder Förderungsbeiträge für die Landarbeiterkammer vor, und zwar in der Höhe von 2,950.000 Schilling. Ich darf sozusagen stellvertretend für die Landarbeiter, für die Forstarbeiter und für die Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft, denen diese Förderungsbeiträge zukommen werden, nicht nur dem Hohen Hause und der Landesregierung, sondern vor allen Dingen auch dem steirischen Steuerzahler für sein Verständnis für diese Berufsgruppe hier an dieser Stelle den aufrichtigen Dank sagen. Nachdem aber im vergangenen Jahr zu dieser Gruppe, wie ich mich auch im stenographischen Protokoll überzeugt habe, nicht gesprochen wurde, darf ich Ihnen zusammenfassend doch wieder einmal ein paar Zahlen in Erinnerung rufen. Seit dem Jahre 1950, seit Bestehen dieser Landarbeiterkammer, wurde an Förderungsbeiträgen für Familiengründung, Berufsausbildung und Fortbildung sowie für Notstandsbeihilfen an 10.220 Kammerzugehörige die Summe von 9 Millionen Schilling ausgeschüttet. Außerdem wurden im Rahmen von Ehrungsaktionen Arbeitsjubilare mit fast 7 Millionen Schilling bedacht. Die größte Summe er-

forderten naturgemäß die Beträge für die Zuwendung der Wohnbaubehilfen. Hier wurden an 4.662 Dienstnehmer insgesamt nahezu 60 Millionen Schilling ausgeschüttet, wobei zu bemerken ist, daß durch die Mobilisierung von Eigenmitteln, Eigenleistungen der Kammerzugehörigen, Verwandtenhilfe, Kredite und andere zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten Neubauten bzw. Anbauten und Ankäufe an Eigenheimen von mehr als 4.000 gefördert bzw. geschaffen werden konnten. Nimmt man nun an, daß in diesen mehr als 4.000 Eigenheimen, die seit dem Jahre 1950 und ich gebe zu, auch durch Bundesmittel und durch Kammermittel entstanden sind, ca. 4 bis 5 Personen pro Eigenheim wohnen, so kommt immerhin bei Annahme, daß damit eine ausreichende Wohnversorgung geschaffen ist, eine ansehnliche Stadt in der Größe von Bruck/Mur, die mit 17.000 bis 18.000 Einwohnern hier einen Vergleich bilden kann, zustande. Ich darf also den Hohen Landtag bitten, daß auch im kommenden Jahr für das Budget 1969 wiederum Fördermittel vorgesehen werden, damit auch im Jahre 1969 und den folgenden Jahren „Volkshäuser“ in der Form von Eigenheimen für die Landarbeiter, Forstarbeiter und Angestellten dieses Landes errichtet werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Ritzinger. Sodann wird Herr Landesrat Niederl sprechen.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Jahren standen die Stadt Zeltweg und der Automobilklub Knittelfeld im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren wurden von diesem Automobilklub zahlreiche Autorennen in Zeltweg durchgeführt. Die Oberste Internationale Sportbehörde in Paris hat 1965 festgestellt, daß die Rennbahn am Militärflughafen nicht mehr voll den internationalen Anforderungen entspricht und für Formel I, Formel II und Formel III-Rennen zum Teil beschränkt. Der Automobilklub Knittelfeld stand also vor der Alternative entweder den Flugplatz in Zeltweg auszubauen oder eine neue Rennstrecke zu suchen. Man hat Studien in Italien, Holland, Frankreich und in der Deutschen Bundesrepublik angestellt und dann das ideale Gelände bei Eichfeld in der Nähe von Zeltweg gefunden. Es dürfte Ihnen allen das Projekt, das in der Presse, ich glaube in allen Tageszeitungen gezeigt wurde, bekannt sein, und ich darf Ihnen hierzu berichten, daß vom Österreichischen Automobilklub dieses Projekt bewilligt und gebilligt wurde. Die Rennstrecke hat eine Länge von 6 km, ist 10 m breit und hat in der Zielgeraden eine Breite von 20 m. Die Strecke ist durchlaufend asphaltiert und nach dem Muster des Nürburgringes in Deutschland gebaut. Es ist in letzter Zeit für dieses Projekt noch ein weiterer Konkurrent gegenüber Zeltweg aufgetreten, und zwar Salzburg, in der Nähe der Stadt, in Thalgau will man eine ähnliche Rennstrecke errichten, die eine Länge von 4,2 km hat mit einer Breite von 12 m, in der Zielgeraden von 15 m.

Es hat sich aber gezeigt, daß diese Salzburger Strecke eigentlich keine Konkurrenz für Zeltweg darstellen kann, weil sie für Grand Prix-Rennen nicht geeignet ist (Landesrat Bammer: „Warum nicht?“), erstens weil sie zu kurz ist und außerdem nicht so ideal gelegen ist, weil sie in der Nähe der Autobahn liegt, Herr Kollege Bammer, und dort sich beim An- und Abfahren Stauungen ergeben. (Landesrat Bammer: „Sie haben leider nicht recht!“)

Die Idealstrecke ist Zeltweg. Herr Landesrat Bammer, ich hoffe, Sie haben auch ein steirisches Herz und bejahen also selbstverständlich die Zeltweger Strecke. (Landesrat Bammer: „Ich sagte, Sie haben leider nicht recht! Ich stelle Ihnen meinen Schriftverkehr zur Verfügung!“)

Meine Unterlagen besagen, daß die internationalen Fachexperten festgestellt haben, daß der Eichfeldring idealere Voraussetzungen mitbringt als die Strecke in Thalgau. Meine Damen und Herren, ich möchte hierzu nur feststellen, daß die Salzburger Landesregierung die Grand-Prix-Strecke oder wenn Sie wollen, die Rennstrecke in Thalgau mit 2 Millionen Schilling fördert, während die Steiermärkische Landesregierung hierfür 7 Millionen Schilling in der Sitzung am 2. 10. 1967 zur Verfügung gestellt hat. (Beifall.) Ich glaube, wir können sagen, daß damit die Steiermark wieder eine Fremdenverkehrsattraktion mehr auf dem Motorsport-Sektor bekommen hat, daß damit die Arbeit des rührigen Automobilklubs in Knittelfeld gewürdigt wurde und ich darf abschließend die Steiermärkische Landesregierung ersuchen, dieses Projekt weiterhin wohlwollend zu fördern. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist Herr Landesrat Doktor Niederl.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Abgeordneten über die Abschnitte, die der Land- und Forstwirtschaft gewidmet sind, möchte ich im Schlußwort doch noch zu einigen Fragen Stellung nehmen.

Die Ausführungen meiner sehr verehrten Vordredner haben trotz der sehr gedrängten Zeit das weit gespannte Problem, das gerade in diesem Berufszweig vorhanden ist, aufgezeigt und auf eine Problematik hingewiesen, bei der es sich nicht ganz allein um den Bestand der bäuerlichen Betriebe, um ihre einkommensmäßige und um ihre soziale Besserstellung, sondern um die Einordnung dieser bäuerlichen Betriebe in unser gesamtes Wirtschaftsleben handelt.

Das Jahr 1967 brachte der steirischen Landwirtschaft abgesehen von den Katastrophen in begrenzten Gebieten, eine sehr gute Ernte, so daß es wieder schwierig wurde, alle Produkte, die in harter und schwerer Arbeit erzeugt worden sind, abzusetzen. Wir bedauern die Katastrophen sehr, besonders die Hagel-Katastrophe in Kitzack und die Forstschäden, die aufgetreten sind. Das Land Steiermark und die Steiermärkische Landesregierung haben sich redlich bemüht, auf diesem Gebiete und in ihrem Aufgabenbereich ihre Pflichten zu erfüllen.

Wenn nun die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Förderung durch das Land sachlich und ohne Vorurteile betrachtet wird, so ist die steirische Agrarpolitik immer erfolgreich gewesen.

Betrachten wir die Umstellungs- und Besitzfestigungsaktionen, die tatsächlich eine Verbesserung in der Betriebs- und auch in der Marktstruktur hervorgerufen haben. Es liegt im Rahmen dieser Förderung auch die Anstrengung, die Besiedlung des Bergbauerngürtels und unseres Grenzlandes zu erhalten. Selbstverständlich gehört zu diesem Aufgabenbereich auch die einkommensmäßige Verbesserung im Rahmen des nebenberuflichen Fremdenverkehrs. Das wurde bereits aufgezeigt. Es gehört dazu auch die Erschließung von Nebenerwerbsmöglichkeiten, wo eben diese Möglichkeit gegeben ist. Aber auch die Förderungsmaßnahmen anderer Art haben den richtigen Weg vorgezeigt. So waren es auf dem Gebiete der Tierzucht — wir haben im Budget 1968 dafür 5,5 Millionen Schilling vorgesehen — jene Maßnahmen, die es zustandegebracht haben, daß sowohl die Produktion als auch der Absatz auf den europäischen Stand herangebracht werden konnten. Im Rahmen dieser Förderungsmaßnahmen wird es allerdings notwendig sein, daß durch die Einflußnahme über unsere Beratungsorgane und durch Maßnahmen des Bundes eine Steuerung der Produktionsentwicklung vorgenommen wird. Unsere Marktordnung, ebenfalls erwähnt in einem Referat, die im Jahr 1968 ausläuft, wird sicher zu reformieren sein, das wissen wir, weil wir aus dem Mangel in ein Überschuß-Problem gekommen sind. Wir erkennen auch, daß die Förderungsmaßnahmen zur Ausrichtung besonders unserer Kleinbetriebe auf Intensivkulturen und Spezialbetriebszweige den Kleinbauern unseres Unterlandes echt geholfen haben. Gerade die Intensiv-Obst-Bauern im Rahmen des Erwerbs-Obstbaues konnten trotz der heurigen Rekordernte kennen lernen, daß sich die Erzeugung bester Qualität bewährt. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Betriebszweiges bei Erzeugung von erstklassigen Qualitäten läßt uns die Vorzugsstellung des steirischen Obstes wieder zurückerobern. Auf diesem Gebiet ist der Ausbau des Beratungswesens vorgesehen, damit den Besitzern tatsächlich gute Berater zur Verfügung stehen.

Heute konnte ich im „Agrarischen Informationszentrum“ lesen, daß in vier bis fünf Monaten kein steirisches Qualitätsobst mehr auf dem Markt zu haben sein wird. Hier liegt es aber nicht beim Obstbau, sondern es liegt bei den noch fehlenden Absatz- und Verwertungseinrichtungen, wo wir mehr als bisher Maßnahmen ergreifen müssen.

Wir denken da an Feldbach, wo ein CO₂-Lager errichtet wurde, das ganz in diese Intentionen hineinpaßt. Natürlich kostet es Geld und es muß Kapital vorhanden sein.

Beim Feldgemüsebau sind es vor allem die Aufklärungsmaßnahmen, aber auch die Schau- und Instruktionsversuche, sowie Anschaffungshilfen für technische Einrichtungen und Verwer-

tungsmaßnahmen, für die mehrere hunderttausend Schilling im Budget 1968 zur Verfügung stehen.

Im Weinbau wird durch die Mittel des Weinbauplanes nicht nur die Fläche erweitert, sondern es wird getrachtet, daß durch Umstellungen die Erzeugung hochwertigen Pflanzenmaterials und hochwertigen Weines gesichert ist. Die qualitativ guten Ernten zeigen uns, daß bei Weinkost-Veranstaltungen der steirische Wein wieder in die Spitze aufrücken konnte.

Alle Hilfsmaßnahmen zur Technisierung der Landwirtschaft sind unbestritten. Wenn auch hier die überbetrieblichen Gemeinschaften dort eintreten, wo der Erwerb von Maschinen wegen der Betriebsgröße unrentabel wird, so darf ich Ihnen sagen, daß ich vor ungefähr 4 Wochen einen Erlaß hinausgegeben habe, daß in Zukunft geprüft werden soll, ob die Maschinenanschaffung auch rentabel ist, insbesondere wenn die entsprechende Hektarfläche nicht vorhanden ist.

Schließlich ist es im Rahmen der Pflanzenbauförderung und des Pflanzenschutzes die Förderung der Hybrid-Mais-Erzeugung, die große Bedeutung hat und die auch agrarpolitisch unbestritten ist. Der Steiermärkische Landtag wird in nächster Zeit über den Schutz des Hybrid-Mais-Anbaues ein Landesgesetz zu beschließen haben.

Das wichtigste Problem unserer Agrarpolitik liegt im Erreichen eines höheren Einkommens. Das ist aus allen Wechselreden hervorgeklungen. Um dies zu erreichen, sind auch die Förderungsmaßnahmen des Landes notwendig. Es ist aber auch die Erleichterung der Bodenbeschaffung bzw. die Vergrößerung der Boden-Mobilität zu erwähnen; sei es durch Hilfe bei Ankauf eines lebensfähigen Hofes, sei es durch die Unterstützung der Sesshaftmachung unserer Pächter, durch die Grenzlandförderungsmaßnahmen, die sich durch 20 Jahre wunderbar bewährt haben, durch die verschiedenen Siedlungs-Aktionen, der Zulehens-Siedlungen, der Aussiedlungen, der Neusiedlungen, oder durch den Grundauffang-Fonds. Wir stehen am Anfang der Tätigkeit des Grundauffang-Fonds und ich habe für Anfang Jänner eine Sitzung des Kuratoriums einberufen, um zu beraten, wo die Grenze, bis zu der wir fördern sollen, liegt und damit tatsächlich das erreicht wird, was wir wollen, eine Verbesserung der Betriebsbedingungen für unsere Landwirtschaft. Auch die Maßnahmen im Rahmen der agrarischen Operationen und in der Bodenreform sollen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen dienen. Hiefür sind im Budget 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Es sind in der Steiermark noch rund 120.000 ha Boden, die zusammengelegt werden müssen. Bei der Verbesserung unseres Kulturlandes sind es die Meliorationen, für die wir samt den Interessentenbeiträgen auch im Jahre 1968 wieder rund 28 Millionen Schilling haben. Wer die vielen entwässerungsbedürftigen Grundflächen kennt und wer weiß, welche betriebswirtschaftlichen Erfolge gerade mit diesen Förderungsmaßnahmen verbunden sind, der wird ermessen können, welche Bedeutung diese Förderung auf dem gesamtwirtschaft-

lichen Sektor hat. Ich möchte auf die zusätzliche Bodenbeschaffung nicht weiter eingehen, die damit verbunden ist. Das wurde von meinen Vordnern bereits ausgeführt. Wir können mit dem Geld im Jahre 1968 wieder rund 1.300 ha Grundflächen entwässern. Diese 1.300 ha stehen der Landwirtschaft als qualitätsmäßig bester Grund und Boden wieder zur Verfügung.

Im Rahmen des Forstwesens ist es der Wegebau, der mit großen Anstrengungen und tätiger Mithilfe der Interessenten ausgeführt wird. Es waren im Jahre 1967 562 Projekte in einer Länge von rund 1.300 km mit einem Kostenaufwand von rund 26 Millionen Schilling zu bewältigen und auch im Jahre 1968 werden diese Mittel zur Verfügung stehen.

Aber auch zur Verbesserung der Betriebsorganisation wurde beigetragen und im Rahmen der Aufforstung Forstpflüge und Bestands-Umwandlungen vorgenommen. Hiefür wurde 1967 ein Betrag von 6,6 Millionen Schilling aufgewendet, der uns auch im Jahre 1968 vom Bunde her wieder zur Verfügung steht.

Es konnten auch 1.600 ha Grenzertragsböden insbesondere in den Hochlagen aufgeforstet werden. Nun zur Frage des Abgeordneten Brandl. Ich war voriges Jahr im Frühsommer im Zillertal und habe mir die Koordinierungsmaßnahmen angeschaut. Auch gemeinsame Finanzierung und gemeinsame Organisation. Dort ist wirklich eine beste Koordinierung vorhanden. Bereits im August haben wir in Stainach im Ennstal eine Besprechung durchgeführt, um auch in der Steiermark, und zwar im Bezirk Murau, im Mürztal und im Ennstal solche Maßnahmen durchzuführen.

Für die forstliche Aufklärung, die auch im Jahre 1968 weitergeführt wird, stehen wieder rund eine halbe Million Schilling zur Verfügung.

Auf dem Sektor des Veterinärwesens konnten im Jahre 1967 die planmäßige Weiterführung der Bekämpfungsverfahren für unsere chronischen Tierseuchen und der Aufbau des Eutergesundheitsdienstes fortgeführt werden. Gerade diese Maßnahmen, die ja vielfach vorbeugender Art sind, führen zu einer weiteren, sehr beachtlichen Eindämmung dieser die Wirtschaftlichkeit der Viehhaltung bedrohenden Erkrankungen. Wenn wir heute in Europa schauen, England z. B. kämpft mit sehr verbreiteten Tierseuchen — können wir sagen, wir müssen glücklich sein, daß gerade auf diesem Gebiet so ein guter Veterinärdienst vorhanden ist. Im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung sind im Jahre 1968 fast 5 Millionen Schilling präliminiert. Es ist auch erwähnenswert, daß beispielsweise im Jahre 1967 470.800 Rinder der Tuberkulinprobe unterzogen und 178.600 Rinder auf Abortus Bang untersucht werden mußten. Auch im kommenden Jahr wird der vorbeugenden Tierseuchenbekämpfung ein besonderes Augenmerk zugewendet, um schwere Schäden, insbesondere für unsere Bauernschaft zu vermeiden.

Die Landwirtschaftsbetriebe des Landes — es ist zwar die Gruppe 8, aber ich möchte es gleich mitnehmen — im Ausmaß von 1.940,5 ha wurden, wie auch aus einem Kontrollamtsbericht

hervorgeht, sehr gut geführt. Der Rohertrag hat sich auf rund 8 Prozent erhöht. Das entspricht etwa dem, was im Grünen Plan auch für die Privatbetriebe aufgezeigt ist. Ich muß allerdings feststellen, daß die landeseigenen Weinbaubetriebe durch Hagelschäden teilweise sehr schwer geschädigt wurden. Die Schäden liegen zwischen 30 und 100 Prozent.

Die Versuchsanstalt für Spezialkulturen in Burgstall wird im Jahre 1968 weiter ausgebaut. Die Versuchstätigkeit wurde bereits in vollem Umfang aufgenommen. Es wurden hauptsächlich Sortenversuche bei vielen Gemüsearten begonnen, die bei den Produzenten sehr starkes Interesse finden. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Graz steht den Mitgliedern sowohl der Kammer für Land- und Forstwirtschaft als auch der Kammer für gewerbliche Wirtschaft für Untersuchungen zur Verfügung.

Ein sehr wesentlicher Betrag aus dem Landwirtschaftsbudget von fast 50 Millionen Schilling wird wieder für das bäuerliche Bildungswesen aufgewendet. Gerade die Bildungspolitik muß in einer Zeit, wo die Anforderungen alle größer werden, vordringlich behandelt werden, weil wir eben in dieser Zeit der riesigen Umwandlungen mehr wissen und können müssen. Nicht nur bei uns in Österreich, sondern in allen Industrieländern hat sich die Stellung der Landwirtschaft gewandelt. Auch das wurde bereits sehr eingehend ausgesagt. Es ist besonders der Markt, mit dem sich die Agrarpolitik immer mehr beschäftigen muß, denn die Zeit der Selbstversorgerwirtschaft ist endgültig vorbei. Das Thema Markt wird immer mehr im Vordergrund stehen müssen, wenn wir mit dieser Zeit mitkommen wollen. Hier müssen wir die Förderungsmaßnahmen eben genau, sehr ernst und sachlich auf ihre Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüfen und dieser Entwicklung anpassen und feststellen, was sich auf dem Agrarmarkt abzeichnen wird. Marktanpassung heißt ein Schlagwort. Was heißt Marktanpassung? Man soll nicht zu viel und man soll nicht zu wenig erzeugen. Die große Kunst liegt nun darin, ein Jahr oder noch mehr vorzuschauen was der Konsument dann konsumieren will, damit der Agrarmarkt an diese Zeit, die in der Zukunft liegt, angepaßt werden kann. Dazu gehört vor allem eine sehr gute Ausbildung.

Dazu kommt noch die sehr augenfällige Tatsache, daß die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten abnimmt. Nach einem Bericht der Präsidentenkonferenz sind es jährlich rund 29.000 Menschen. Wir haben es uns zur Aufgabe zu machen, auch diese Menschen klaglos in ein gutes Berufsleben einzuführen. Anlässlich der Agrarreferentenkonferenz in Innsbruck habe ich dieses Problem aufgezeigt, weil ich es am eigenen Leib einmal sehr genau verspürt habe, wie schwierig es ist, später einen anderen Beruf zu ergreifen.

Es wäre auch falsch, mit der Abnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen auch eine Abnahme der Bedeutung zu verbinden. Denn auch in einem Industrieland, wie es unseres ist, hat die Bauernschaft nach wie vor die sehr le-

benswichtige Aufgabe, durch ihre Produktion die Ernährung der zunehmenden und der in ihren wechselnden Ansprüchen auch wählerisch gewordenen Bevölkerung bereitzustellen. Im Jahre 1945 hat man gegessen, was man bekommen hat, im Jahre 1967 sucht man sich aus, was man zu Weihnachten essen will. Auch das hat der Bauer bereitzustellen. Er muß ein Jahr vorher überlegen, was der Konsument ein Jahr später auf seinem Weihnachtstisch haben will. Der landwirtschaftliche Produzent wird seine Produktion inklusive der Veredelung über seine Verwertungs- und Absatzorganisation eben auf diesen Markt auszurichten haben. Drei Dinge sind es, die uns bewegen müssen. Es ist der Markt, es ist die Verwertung, und es ist der Absatz. Das ist für unsere Förderung fast wichtiger als die Produktion. Denn die Produktion ist in diesen 20 Jahren schon angelaufen.

Natürlich sind die Entwicklungsmöglichkeiten gerade unserer steirischen Land- und Forstwirtschaft von vornherein dadurch begrenzt, daß Teile unseres Landes nur durchschnittliche Produktionsbedingungen haben, und daß das Klima eine sehr entscheidende Rolle spielt.

Aber neben diesen bedingten Möglichkeiten muß die gute Berufsausbildung für den in der Landwirtschaft tätigen Menschen gesichert sein. Wir haben in der Steiermark 5 Internatsberufsschulen und 16 landwirtschaftliche Fachschulen, die dafür sorgen, daß eine befriedigende Bildungssituation unserer ländlichen Jugend gesichert ist. Um nicht allzu viele abzuweisen, haben wir im heurigen Jahr in St. Margarethen an der Raab und in Mariatrost bei Graz Expositorschulen eingerichtet. Ich möchte der steirischen Landesregierung mit unserem Landeshauptmann an der Spitze danken, daß sie den Beschluß gefaßt hat, daß diese Expositorschulen eingerichtet werden konnten.

Neben den finanzgesetzlichen Ansätzen, die uns helfen, im Jahre 1968 unser Bildungsprogramm fortzusetzen, werden natürlich auch Gesetze notwendig sein. Einer der ersten Schritte wird es sein, das Berufsschulerhaltungsgesetz zu beschließen, damit man auch einmal klarstellt, wer letzten Endes diese Schulen zu bauen und zu erhalten hat. Der Ausbau unserer bäuerlichen Bildung, eine Flurbereinigung unseres bisherigen Förderungssystems, ähnlich wie bei der Besitzfestigung und der Umstellung, und eine Verstärkung des Beratungsdienstes wird unser entscheidender Beitrag für die Bauernschaft auch im Jahre 1968 sein. Zusammen mit den Fachberatern und Amtsträgern der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, der Landarbeiterkammer und den Beamten der Rechts- und Fachabteilungen werden wir diese Aufgaben auch vollziehen können.

Denn nicht nur die Qualität der Produktion, sondern auch die Qualität der Betriebe und das Bildungs-Niveau der Betriebsführer werden für den Bestand unserer Bauern maßgebend sein.

Das Ziel unserer Agrarpolitik in der Steiermark soll auch im Jahre 1968 sein, für den bäuerlichen Menschen Verhältnisse zu schaffen, die es ihm ermöglichen, seine grundlegenden Aufga-

ben, die Ernährung unseres gesamten Volkes in diesem modernen Staatswesen zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu erfüllen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Wegart das Wort.

Landesrat Wegart: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Immer, wenn die Budget-Debatte in die Zielgerade steuert, ist neben der Landwirtschaft auch der Fremdenverkehr an der Reihe.

Ich bin den Rednern dankbar, die heute im Hohen Hause zu Problemen und Fragen des Fremdenverkehrs Stellung genommen haben.

Daß wir die Gruppe 7 etwa in einem modernen Triebwagen-Tempo durchgezogen haben, hat auch dem Fremdenverkehr zumindest einiges von seiner Farbe genommen. Aber ich kann mir lebhaft vorstellen, wer in diesen 3 Tagen der Debatte aufmerksam gefolgt ist, hat verspürt, wie wir alle gemeinsam um die Fragen dieses Landes ringen. Wenn einige der Kollegen hier Dinge angezogen haben, so möchte ich jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen, sondern bei der grundsätzlichen Betrachtung des Kapitels „Fremdenverkehr“ Stellung nehmen.

Aber ich möchte jetzt den Versuch unternehmen, eine Frage auch in die Diskussion zu werfen, die vielleicht nicht direkt mit dem Fremdenverkehr in Zusammenhang steht, die ihn aber doch auch maßgeblich beeinflusst und von dem ich glaube, daß er für die Zukunft von großer und wesentlicher Bedeutung sein wird.

Meine Damen und Herren, als aufmerksamer Zuhörer einer umfangreichen Budget-Debatte ist es unvermeidlich, daß man zu politischen und naturgemäß auch zu parteipolitischen Fragen Stellung nimmt. Es ist unvermeidlich, daß die Gegensätze aufeinander prallen. Es ist unvermeidlich, daß da und dort ein Wort gebraucht wird oder eine Formulierung, von der wir später gerne abrücken würden. Wir müssen aber vielleicht auch in diesem Zusammenhang heute sagen, daß die politische Landschaft unserer Republik sich verändert hat. Und daß das Verändern dieser politischen Landschaft von uns allen mehr Disziplin, mehr Einsicht und auch jetzt und heute — und ich sage das als ein Anhänger der Zusammenarbeit — von uns verlangt und daß wir die gemeinsame Plattform, die wir in diesem Lande haben, nicht verlassen. Unsere Ahnen waren vor einigen Jahrhunderten noch die Bürger einer Weltmacht. Kein Geringerer als Karl V. konnte sagen, „in meinem Reiche geht die Sonne nicht unter“. Unsere Großväter konnten sagen, sie waren eine europäische Ordnungsmacht und unsere Väter waren die Zeugen und die Gestalter der ersten Republik. Viele, die in diesem Hause als Mitglieder sitzen, gehören der gleichen Generation an, die in dieser ersten Republik ihre Jugendzeit verlebt haben, die den zweiten Weltkrieg miterlebt haben, die heimgekehrt sind und das Land unter anderen Vorzeichen zu bebauen begonnen haben. Wir haben — und ich möchte das mit Nachdruck

hervorheben — in dieser Zeit doch drei wichtige Dinge zustandegebracht: den Wiederaufbau des Landes, die Freiheit des Landes und was mir noch wichtiger erscheint, wir alle haben gemeinsam den Glauben an dieses Land wieder gefunden. Denn es sind viele noch unter uns, die vor einer Generation noch nicht zu sagen wußten, ob es einen Sinn und Zweck hat, mit diesem Lande etwas anzufangen. Und es sind viele unter uns, die ihre Hoffnung in anderen Konstruktionen gesehen haben. Heute, 1967, können wir doch gemeinsam sagen, daß es das gemeinsame Vaterland ist und daß wir etwas zustandegebracht haben, das wir uns vor 20 Jahren nicht zu erträumen gewagt hätten. Ich hatte die Möglichkeit, vor einigen Jahren eine umfangreiche Informationsreise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu unternehmen. Bei einer Unterhaltung in Washington erzählte mir der Presseattaché der Österreichischen Botschaft ein von ihm selbst wahrgenommenes Erlebnis. Er sagte, als 1946 die erste Welternährungs-Konferenz, veranstaltet durch die Vereinten Nationen, über die Bühne ging, war auch der Vertreter Österreichs anwesend. Bei der Gelegenheit ließ er sich in die Rednerliste eintragen, um davon zu berichten, daß man 1946 in Österreich bei etwa 800 Kalorien im Tage angelangt sei und daß es wichtig und notwendig wäre, diesem Lande zu helfen. Vor dem österreichischen Delegierten waren viele andere zu Wort gemeldet, so unter anderen auch der chinesische Delegierte. Und der erzählte in monotoner Sprache, er habe dieser Welternährungskonferenz zu berichten, daß in den letzten Jahren in China 40 Millionen Menschen an Hunger gestorben seien. Darauf ließ der österreichische Delegierte, als er das hörte, sich von der Rednerliste streichen. Wo suche ich den Zusammenhang? Ich suche den Zusammenhang, meine Damen und Herren dort, daß wir mittlerweile ein kleines Land geworden sind, daß wir zwar einen schweren Rucksack mit vielen Traditionen tragen, daß wir aber als kleines Land heute und für die Entwicklung der kommenden Zeit eines dringender brauchen denn je, politische Stabilität. Politische Stabilität im Inneren und damit beeinflußt auch die politische Stabilität nach außen. Die politische Landschaft hat sich verändert! Wir versuchen gegenwärtig — ich möchte es einen Versuch nennen — das Beispiel des englischen Parlamentarismus nachzuahmen, die Regierung und die Opposition. Diesen Versuch, den muß die Volkspartei lernen, den müssen auch die Sozialisten lernen und der Wähler wird zu befinden haben, ob er mit diesem Versuch einverstanden ist oder ob er andere Vorstellungen nach einer kommenden Nationalratswahl hat. Aber, Hohes Haus, wir sind ein Teil des Kriegsschauplatzes dieses Versuches. Worauf es ankommt ist und wird sein, daß wir niemals die gleiche Plattform der Republik und die gleiche Plattform dieses Vaterland verlassen.

In diesen Tagen sind mehrfach Staaten genannt worden wie die Schweiz oder Schweden; welche Erfolge sie hätten und was sie alles im Verlaufe ihrer Geschichte zustandegebracht hät-

ten, ohne daß einmal einer betont hätte, daß diese Länder, die Schweiz und Schweden in diesen letzten Jahrhunderten sich weder den Luxus eines ersten noch eines zweiten Weltkrieges geleistet haben, sondern daß sie als Kleinstaat eine organische und eine natürliche Entwicklung hatten und daß sie heute im Konzert Europas wirtschaftlich, politisch und kulturell und damit geistig eine entscheidende Rolle spielen. Das alles können wir auch zustandebringen und wir werden es zustandebringen, wenn wir uns von den Grundsätzen leiten lassen, daß eine neue Entwicklung eingeleitet ist, die vor allem verbunden sein soll mit der politischen Stabilität nach innen und nach außen. Das braucht ein kleines Land dringender denn je, auch der Fremdenverkehr.

Ich darf aber nun überleiten zum steirischen Fremdenverkehr. Das Fremdenverkehrsjahr 1966/67 ist zu Ende. In der Zeit vom 1. November 1966 bis zum 31. Oktober 1967 hatten wir 5.914.310 Übernachtungen zu verzeichnen. Das ist ein Mehr von 186.762 oder 3,3 Prozent. Hievon waren inländische Gäste mit 4.359.837 Nächtigungen zu verzeichnen, das ist ein Mehr von 305.584 oder 7,5 Prozent, ausländische Gäste mit 1.554.473 Nächtigungen, das ist ein Weniger von 118.822 oder 7,1 Prozent. Zusammenfassend darf ich berichten, daß wir das einzige Bundesland sind, das im Fremdenverkehrsjahr 1966/67 aktiv und damit mit einer Zuwachsrate abschließen kann.

Was sind aber die Ursachen für die Verflachung vor allem im Ausländerfremdenverkehr? Ich sehe sie in drei Dingen:

1. in der Nahostkrise im Juli des heurigen Jahres, die hunderttausende ausländische Gäste abgehalten hat, ihr eigenes Land zu verlassen und sich nach Österreich zu begeben oder auch anderswohin. Es hat nicht wenige gegeben, die damals ihre Buchungen abgemeldet haben, weil sie nicht das Risiko eingehen wollten, vielleicht in diesem Zusammenhang irgendwelche unangenehme Überraschungen zu erleben;

2. die wirtschaftliche Verflachung in Westeuropa, die zweifelsohne auch entscheidend den österreichischen Fremdenverkehr beeinflußt hat und

3. nicht zuletzt neue Konkurrenzländer, die auf den Plan getreten sind.

Ich möchte nicht übersehen, erlauben Sie mir diese Feststellung, daß auch bestimmte Pressemitteilungen am Beginn der Sommersaison des heurigen Jahres vor allem der Wiener Presse diese Situation im negativen Sinne beeinflußt haben. Der Fremdenverkehr ist eine viel zu empfindliche Sache, als daß man es sich leisten könnte, unentwegt darüber zu kritisieren oder mit irgend welchen Tartarennachrichten an die Öffentlichkeit zu treten, weil der Gast, der die Absicht hat, nach Österreich zu fahren, selbstverständlich auch diese Dinge zu Gehör bekommt. Die ausländische Presse und vor allem unsere Konkurrenzländer haben jede Meldung, die wir im Inland darüber gebracht haben, vergrößert, aufgebauscht und uns selbstverständlich damit auch geschadet. Ich sage das deshalb,

weil der Fremdenverkehr eines braucht bei aller Würdigung jeder Kritik, diese Kritik zu einem Zeitpunkt zuwege zu bringen und vorzunehmen, da die Saison zu Ende ist und nicht am Anfang, weil es nicht wenige gibt, die sich sagen, wenn dort nichts los ist — und unter los verstehe ich auch das kleine Erholungsdorf — und wenn man glaubt, daß niemand dort ist, braucht man nicht hinzufahren. Es ist mehrfach auch heute aufgeklingen, daß es nicht wenige gibt, die sagen, ich möchte einmal, wenn ich unterwegs bin, andere Menschen, andere Länder und andere Sitten kennenlernen. Aber dazu bedarf es auch bestimmter Voraussetzungen und nicht eines Krisengeschreis, das dem Fremdenverkehr auch in diesem Zusammenhang — ich möchte das bei der Gelegenheit betonen — geschadet hat.

Und nun, meine Damen und Herren, zu den Schwerpunkten der Fremdenverkehrsarbeit im Lande. Ich möchte sie auch in einem Dreiklang aufzeigen mit den Kreditaktionen, mit den Förderungsaktionen und mit der Werbung in jeder Hinsicht. Zu den Kreditaktionen darf ich berichten, daß wir im heurigen Jahr etwa 70 Millionen Schilling der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft an billigen Krediten zugeführt haben und daß wir denselben Betrag auch 1968 vergeben werden können, durch Direktkredite, durch Zinszuschüsse und durch den ERP-Fonds. Das bedeutet, die Möglichkeit wahrzunehmen, vor allem dem Grundsatz zu huldigen, daß der steirische Fremdenverkehr den Slogan „Qualität hat Vorrang“ einräumt. Zur Förderung darf ich sagen: In der Förderung sehen wir das äußere Bild des Fremdenverkehrs, ob es Wanderwege, ob es Schwimmbäder, ob es Badeseen sind, ob es das Aufstellen von Ruhebänken ist, ob es die Ortsverschönerung ist, ob es der Blumenschmuck ist, was immer Sie wollen, um das äußere Bild zu bezeichnen. Wir fördern hier alles, um die Landschaft zu veredeln und um dem Gast den Aufenthalt angenehm zu gestalten. Ich vermerke aber vor allem, daß hier Gemeinden und Vereine und auch Private in einer Art und Form mittun, die ich als vorbildlich bezeichnen möchte. Und das dritte, meine Damen und Herren, ist die Werbung. Wir haben im heurigen Jahr etwa sechs Millionen Schilling an Werbung zur Verfügung gehabt. Wir werden für 1968 sieben Millionen Schilling für die steirische Fremdenverkehrswerbung einsetzen können. Das ist der höchste Betrag, den wir bisher überhaupt zur Verfügung hatten. Nicht nur die Werbung mit Filmen, mit Prospekten, mit Zeitungsinserten, auch die Werbung durch attraktive Ausstellungen im In- und im Ausland und damit auch gleichzeitig die Verbindung mit dem Gast in direkter Form. Wir hatten im heurigen Jahr mehrere Ausstellungen in Wien, in Graz und in der Deutschen Bundesrepublik beschickt. Und wir haben — ich darf das noch in diesem Zusammenhang später berichten — vor, diese Ausstellungen auch in das Ausland und vor allem in den Südostraum auszudehnen.

Und nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, die Kontakte zu unseren Nachbarn im

Südostrum klarzustellen. Über Einladung des slowenischen und des kroatischen Fremdenverkehrsverbandes, aber auch der ungarischen Fremdenverkehrsorganisation, hatte ich heuer dreimal Gelegenheit, mit den Fremdenverkehrsexperten dieser Länder selbst persönlichen Kontakt aufzunehmen. Ich möchte dazu etwas Grundsätzliches sagen: Die Donaumonarchie, die 1918 ihr geschichtliches Ende gefunden hat, ist vorbei. Der Donauroum ist aber nach wie vor, wenn auch unter veränderten geschichtlichen Verhältnissen, da. Es kann für unser Land im Hinblick auf die Brückenfunktion, die es hat, auch gleichzeitig eine Notwendigkeit und ein Erfordernis sein, auch die Verbindungen in den Südostrum bei Respektierung der gegebenen politischen Verhältnisse aufzunehmen und zu forcieren. In den Gesprächen in Slowenien und Kroatien, aber auch in Ungarn, habe ich die tiefe Überzeugung mitgenommen, daß man sehr darauf wartet, daß sich diese Verbindungen durch den direkten Kontakt noch vertiefen. Es ist gar keine Frage, daß gerade dabei dem Fremdenverkehr eine besondere Aufgabe zufällt, eine Aufgabe, die niemand besser erfüllen kann, als der Fremdenverkehr. Bleiben wir einmal beim jugoslawischen Beispiel. Als die ersten Fremdenverkehrsströme sich nach Jugoslawien ergossen, waren es die Österreicher, die zuerst nach Jugoslawien gefahren sind. Und die Österreicher waren die ersten, die die abgebrochenen Kontakte, die nach dem 2. Weltkrieg eingetreten sind, langsam, aber doch zäh und beharrlich wieder aufgenommen hatten. Erst in weiterer Folge kamen die Kontakte auf der staatlichen Ebene oder auf der Länderebene. Und heute können wir sagen, daß zwischen Österreich und Jugoslawien, aber vor allem zwischen der Steiermark und unseren Nachbarn Slowenien und Kroatien nicht mehr die Einbahnstraße, die wir mit Nachdruck kritisiert haben, sondern die Zweibahnstraße Wirklichkeit wurde.

Und wenn mittlerweile die Steiermark auch den slowenischen und kroatischen Gast bereits an vierter Stelle beherbergt, dann können wir sagen, daß wir auch hier richtig liegen. Die Aufhebung des Visum-Zwanges, die Beseitigung der überflüssigen Paß-Kontrollen und sagen wir es auch, die Beseitigung des Stacheldrahtes. Bei unseren Kontakten mit den Ungarn haben wir diesen mit allem Freimut erklärt, es hat keinen Sinn, sich gegen ein kleines Land wie wir es sind, durch Stacheldraht abzuriegeln, es hat keinen Sinn, sich gegen ein kleines Land, wie wir es sind, mit allen möglichen Schwierigkeiten bei der Grenzabfertigung abzuriegeln, sondern wenn sie eine Verbindung wollen, dann können wir darum ersuchen, weg mit all diesen Hindernissen, denn sie sind genauso ein Land zu Europa gehörig wie es etwa Jugoslawien ist und wie es die Völker und Staaten im Donauroum sind. Wir hatten vor zehn Tagen den Besuch einer kroatischen Regierungsdelegation in der Steiermark, zum erstenmal. Und bei den Gesprächen haben wir festgestellt, wie sie gegenseitig daran interessiert sind, daß wir uns durch den Frem-

denverkehr befruchten und damit einen entscheidenden wirtschaftlichen Beitrag für beide Länder leisten.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß beim Reden die Leute zusammenkommen. Und es hat sich wieder einmal deutlich gezeigt, daß wir damit einen Weg gehen, den ich als einen sehr erfolgreichen bezeichnen möchte. Die Ungarn haben uns zugesichert, daß sie in Kürze gewisse Reiseerleichterungen schaffen werden. Sie konnten uns noch keine direkten Andeutungen machen, aber sie haben uns eines erklärt, daß gerade der unentwegte Hinweis von uns ihnen das Argument gibt, bei ihren staatlichen Stellen dahingehend vorstellig zu werden, wie wertvoll es ist, wenn diese gegenseitigen Kontakte ebenfalls fortgesetzt werden.

Wir haben auch weiters die Absicht, im norditalienischen Raum einen Schwerpunkt zu bilden und zwar zwischen Venedig und Triest. Wir überlegen hiebei die Frage, ob wir nicht auch in Udine ein eigenes steirisches Fremdenverkehrs-Werbe-Büro errichten sollen, weil wir glauben, daß auch dort gewisse Möglichkeiten und Kapazitäten noch für uns aufzutreiben sind. Wir haben vor, in Agram eine Steiermark-Woche im kommenden Jahr zu veranstalten. Wir werden diese Veranstaltung aller Voraussicht nach auch in Ungarn und im slowenischen Raum fortsetzen, weil wir damit, wie ich glaube, zu den direkten Nachbarn kommen, die für die weitere Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs von Interesse sind.

Meine Damen und Herren, nun vielleicht auch noch ein paar Stellungnahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen.

Es möge die Förderung nicht nach dem Gießkannen-Prinzip vorgenommen werden. Dazu darf ich folgendes sagen: Die Steiermark eignet sich mit ganz wenigen Ausnahmen als ein perfektes Fremdenverkehrsland. Es ist bereits heute so, daß wir in der Obersteiermark, im Ennstal und im Salzkammergut und im Murtal Fremdenverkehrs-Ballungszentren haben, daß wir aber brennend daran interessiert sind, daß wir den Fremdenverkehr in weitere Gebiete erstrecken.

So hat — und ich vermerke das mit Genugtuung — die Oststeiermark in den letzten Jahren geradezu sensationell aufgeholt. Ich darf den Damen und Herren berichten, daß wir 1967 fast ein Drittel der Inländernachtungen in der Oststeiermark zu verzeichnen haben. Ein Umstand, der vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Wir verknüpfen damit aber noch eine Entwicklung, die nicht zuletzt verbunden ist mit dem Ausbau der Südbahn. Wenn aber die Oststeiermark in den letzten Jahren einen so massiven Aufschwung genommen hat, dann darf ich, meine Damen und Herren, Ihnen eine Angelegenheit mitteilen, die es vielleicht auch kein zweitesmal gibt: Zehntausende Wiener Gäste werden Sommer und Winter mit den VW-Bussen und sonstigen Fahrzeugen von der Haustür des Gastes in Wien abgeholt, zum Wirt oder zur Privatzimmervermietung in einen oststeirischen Ort gebracht und wieder zurück. Zehntausende

Gäste! Es ist ein unentwegter Gästestrom zwischen der Oststeiermark und Wien. Das ist das Geheimnis des oststeirischen Erfolges! Wir können nur sagen, es gibt keine bessere Möglichkeit als diese, aktiven Fremdenverkehr zu betreiben. Ich kann daher nur sagen, wir sind froh, wenn wir überall dort, wo es die Möglichkeit gibt, den Fremdenverkehr zu erschließen, ihn auch in dieser Form erschließen. Es wird unvermeidlich sein, daß es dann einmal auch zu einem, sagen wir sogenannten „Gießkannenprinzip“ kommt. Denn die Förderung, die wir ansetzen, beginnt beim Wirt, sie beginnt bei der Gemeinde, sie beginnt beim Gelände, sie beginnt mit einem Wort bei allen Faktoren, die heute den Fremdenverkehr ausmachen. Und das ist nicht nur Speis und Trank, das ist nicht nur die Ruhestätte, sondern das ist genauso, meine Damen und Herren, selbstverständlich das übrige, was ich mit dem äußeren Bild bezeichnen möchte. Ich darf aber auch gleichzeitig sagen, daß wir die Inlandswerbung, um an den Kollegen Hofbauer ein Wort zu richten, verstärken. Die Steiermark ist ein Inländer-Fremdenverkehrsland. Das kommt in der Statistik bereits zum Ausdruck. Und wir werden selbstverständlich diese Werbung weiterhin betreiben. Wenn wir in den letzten Jahren auf dem Inland-Sektor so zugenommen haben, dann ist das auch auf diese unentwegte Werbung um den Inlandsgast zurückzuführen.

Daß der kleine Grenzverkehr, wie es der Kollege Schrammel angedeutet hat, mit Ungarn angestrebt wird, darüber sind ja bereits Gespräche im Gange.

Ich darf also zusammenfassen: Der steirische Fremdenverkehr befindet sich in einer guten Entwicklung. Mit fast sechs Millionen Übernachtungen sind wir bereits in die Mitte der österreichischen Bundesländer aufgerückt. Er hat nämlich auch ein Chance wahrgenommen, die ich für sehr wesentlich halte, die Chance, auch den Winter-Fremdenverkehr zu forcieren. Und die Zwei-Saison-Betriebe und die Zwei-Saison-Landschaften sind für den Fremdenverkehr einfach mit einem wirtschaftlichen Erfolg verbunden. Wir werden in den kommenden Jahren unsere Nachbarn besser betreuen in der Werbung, in den Beziehungen, weil wir glauben, daß die Zeit reif ist, auch hier neue Schritte zu tun, wobei wir keinesfalls verabsäumen werden, uns auch um jene Gäste aus der Deutschen Bundesrepublik zu bemühen, die uns seit vielen Jahren die Treue gehalten haben.

Ich darf aber hier in dieser Stunde abschließend danken meinen Mitarbeitern in der Fremdenverkehrsabteilung, dem Hofrat Dr. Gaisbacher und seinen Mitarbeitern, ich darf danken der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft. Ich darf danken den Fremdenverkehrs-Organisationen, den Fremdenverkehrsgemeinden mit ihren Bürgermeistern, der Exekutive, ich darf danken allen jenen Organisationen, die sich um den Gast bemühen, ich darf nicht zuletzt herzlich danken der steirischen Presse, den Tages- und Wochenzeitungen, dem Rundfunk und dem Fernsehen, die alle in vorzüglicher Weise laufend zugunsten des steirischen Fremdenverkehrs berich-

tet haben und die uns durch ihre Werbearbeit entscheidend unterstützt haben. Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, darf ich danken dem Gast, der in immer größerer Zahl dieses Land entdeckt und zu seinem Ferienland, fast möchte ich sagen, für viele zehntausende geltend, zu seiner „zweiten Heimat“ erkoren hat. Wenn wir die Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben, einsetzen und verwerten und wenn wir auch mutig Neuland beschreiten, dann bin ich überzeugt, werden wir in der Lage sein, auch in den kommenden Budget-Debatten dem Hohen Hause zu berichten, daß der steirische Fremdenverkehr einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen hatte. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Ich bin mit dem Abschnitt 7 unseres Voranschlages ein bißchen verbunden und möchte daher noch ein paar abschließende Bemerkungen machen, ohne auf Anregungen und Wünsche einzugehen, die ja in allen Fällen, ob es Straßenwünsche sind, ob es Wünsche an die Abteilung 8 sind oder an den Fremdenverkehr, feinsäuberlich vorgemerkt werden. Es wird diesen Wünschen selbstverständlich nachgegangen und sie werden im nächsten Jahr nach Möglichkeit erfüllt werden.

Ich möchte zum Güterwegbauprogramm des Landes einiges sagen, weil vielleicht vielen Damen und Herren die große entscheidende Entwicklung auf dem Sektor der Aufschließung unseres ganzen, vor allem ländlichen Gebietes, aber der Steiermark schlechthin nicht bekannt ist. Güterwege und Forstaufschließungswege sind heute eine wunderbare Ergänzung des Straßennetzes. Sie sind nicht nur die Adern, die die zentralen und die großen Straßen mit den Dörfern und den Einzelhöfen und unserem großen Waldgebiet verbinden, sondern sie sind im wahrsten Sinne des Wortes das große Verkehrsnetz, das allerdings weit hinaus bis zum einzelnen weit entfernten Hof reicht. Die Mittel, die in den vergangenen 19 Jahren eingesetzt wurden, die kann man niemandem so recht demonstrieren. Man kann das nie, wenn man Millionen Schillinge nachweist, die verbaut worden sind, sondern wer immer Gelegenheit hat, mit einem Flugzeug oder gar mit einem Hubschrauber zu fliegen in der Steiermark, der möge einmal hinunterschauen bei gutem Wetter und er wird sehen, es ist geradezu großartig, was hier geschehen ist an Aufschließung. Wir sind sicher nicht die einzigen, das Land und der Bund, die daran Anteil haben, sondern es sind die Interessenten, und zwar im ganz großen Ausmaße die Interessenten bzw. auch jene, die immer noch Gemeinschaftsdienste leisten, Dienste, die einmal Robot heißen haben. Es sind also immer wieder und immer noch die Burschen und die Mädchen und die Männer und die Frauen bereit, an dem Ausbau dieser Wege mitzuarbeiten.

Wir haben über den Güterweg hinaus und über den Gemeindeweg hinaus auch die Alm-

wege erbaut, die der Wanderung dienen, die dem Fremdenverkehr dienen, und alle die Sonderstraßen mit Ausnahme einer einzigen, die auf unsere schönen Berge führen, ob das jetzt die Hochwurzen, ob das die Planei ist oder die Planer oder ob das der Stoderzinken ist usw. usw., alle diese Wege sind im Güterwegbauprogramm bei besonderer Leistung der Interessenten erbaut worden. Es ist geradezu glücklich, daß wir diesen Zustand erreicht haben, aber — ich habe auch ein aber — daß wir vorgestern ein Programm der Gemeindezusammenlegungen beschlossen haben, das ist mit auch darin begründet, daß die Erhaltung dieser Wege möglich wird. Das Bauen ist nämlich gar nicht das Wesentliche, sondern die Erhaltung ist das Wesentliche. Und die Erhaltung ist ja, auf die Dauer gesehen, den Interessenten nicht möglich, sondern sie ist ja letztlich nur den Gemeinden oder zumindest mit Hilfe der Gemeinden möglich. Wenn wir die Finanzkraft der Gemeinden stärken, sind wir imstande, dieses wunderbare Wegenetz auch in Ordnung zu halten und dieses Wegenetz dem Zweck zuzuführen, wofür es gebaut wurde: den Verkehr, die Lasten und alles, was daran hängt, über diese Wege zu führen und die Erzeugnisse von dorthin wieder in die Städte und Industriezentren zu bringen.

Für das kommende Jahr haben wir 17 Millionen Landesmittel, 17 Millionen Bundesmittel, 10 Millionen werden aus Bedarfszuweisungsmitteln dazugegeben, es kommen dann noch dazu Mittel, die vom Referat des Herrn Kollegen Bammer für diesen Wegebau gegeben werden. Es werden also rund 45 Millionen Schilling sein, die uns zur Verfügung stehen. Ein sehr beachtlicher Betrag.

Ich darf noch sagen, daß die Hofzufahrtswege jetzt nicht mehr getrennt von der Landwirtschaftskammer und der Landesregierung gebaut werden, sondern wir haben hier eine Vereinheitlichung durchgeführt, diese Wege baut ab nun das Land. Wir werden im nächsten Jahr wieder ein Stück weiterkommen. Es ist leider eine gewisse Stagnation eingetreten, weil eine etwas zu rasche Ausweitung und damit verbunden ein Rückstand in der Finanzierung eingetreten ist. Wir werden aber im kommenden Jahr diese Schwierigkeiten überwunden haben.

Ich darf jetzt nur noch ein paar Sätze zu den Strukturfragen des Landes sagen. Das ist unser Problem Nr. 1. Ich muß es deponieren. Wir haben Mittel dafür zur Verfügung gestellt, sogar sehr beachtliche Mittel. Wir sind übrigens das einzige Land, das in diesem Ausmaße Mittel überhaupt zur Verfügung gestellt hat. Wir werden rund 170 Millionen im kommenden Jahr zur Verfügung haben, das ist ein sehr beachtlicher Betrag. Es gibt Mittel aus dem ERP-Fonds nach wie vor, die ebenso zur Verfügung stehen und die wir auch, soweit uns das überhaupt zugänglich war, weitgehend versucht haben anzuzapfen. Wir haben ja daraus — es ist heute schon darüber gesprochen worden — doch immerhin beachtliche Millionen erhalten. Es ist gar kein Zweifel, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um neue Betriebe zu grün-

den oder bestehende Betriebe auszubauen, bestehende Betriebe mit einer zukunfts-trächtigen Produktion. Nun wird im Lande gefragt: Was ist denn schon geschehen? Ich will nicht einen Erfolgsbericht jetzt anschließen. Tatsache ist, daß wir mit Ende des Jahres rund 1.100 Arbeitnehmern neue Arbeitsplätze gesichert haben werden. Leider sind diese neuen Arbeitsplätze auch von älteren gekommen, weil beispielsweise die Übersiedlung der Fahrradfabrik Weiß ja nur eine Ausweitung der Belegschaft erfährt, aber alte Belegschaftsmitglieder ebenfalls dort weiter tätig sein werden.

Aber das ist das Wesentliche: Wir müssen alle, wo immer wir die Möglichkeit haben, werben. Wir müssen im Inland werben und wir müssen im Ausland werben, und was wir anwerben müssen, sind Unternehmer, pflichtbewußte, kenntnisreiche Unternehmer. Wir sind nicht so glücklich, daß wir solche etwa im Überfluß hätten. Die brauchen wir. Wir brauchen Leute, die technisch wissen, um was es in einem Betrieb geht, die die technologischen Einrichtungen einzustellen und zu bedienen verstehen, aber das genügt bei weitem nicht, wir brauchen vor allem Verkäufer, wir brauchen Kaufleute. Und wir brauchen auch Menschen, die mit Gefolgschaft und mit Menschen umgehen können, die eine gute Atmosphäre im Betrieb zu sichern vermögen. Sehen Sie, dieser Unternehmertyp ist bei uns erst in Entwicklung. Wir sind glücklich, daß wir einige solche Typen haben. Wir haben sicher auch eine gute Tradition. Aber lesen Sie einmal die steirische Wirtschaftsgeschichte nach, dann werden Sie feststellen, daß die steirischen Stellen mit ein paar wenigen Ausnahmen, Pengg, Puch, Pichler, das sind drei, die ich gerade zur Hand habe, aber es sind nicht mehr als fünf klingene Namen (Zwischenruf: „Krempl!“), ja, und Mayr-Melnhof, die steirische Industrie begründet haben, ob die Papierindustrie, ob die Stahlindustrie, ob die verarbeitende Industrie. Sie sind aus der Bundesrepublik, aus der Tschechoslowakei, aus Italien oder aus Frankreich gekommen.

Es hat z. B. noch vor 35 Jahren keinen Ziegelmacher in der Steiermark gegeben, der ein wirklicher Steirer gewesen wäre. Wir haben also eine Industrie entwickelt, die von außen her gekommen ist. Warum? Weil der Österreicher vor allem Beamter und Offizier war. Das ist eine Tatsache. Sie waren wunderbare Beamte, wunderbare Offiziere, wunderbare Kaufleute, aber nicht Unternehmer. Kaufleute, ja, so etwas hat sich auch angesammelt im Laufe der Zeit, wenn auch viele von außen in unser Land gekommen sind, aber es waren wunderbare Kaufleute, die uns heute auch weit und breit fehlen.

Sehen Sie, wir brauchen eine neue Generation von Unternehmern und ich meine damit nicht nur die, die selbst einen Betrieb ihrer eigenen nennen, sondern auch solche, die in Betrieben tätig sind als Unternehmer, vor allem auch in unseren verstaatlichten Unternehmungen. Und diese Unternehmer, die wir so notwendig brauchen, die wir gerne fördern würden, die müssen verkaufen können, das ist das Um und Auf. Es ist,

glaube ich, schon einmal gesagt worden, die Schwierigkeiten die wir haben, die Struktur-schwierigkeiten sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß man in den vergangenen Jahren immer nur zu verteilen brauchte und nicht verkaufen mußte. Man hat nur kassieren und zuteilen brauchen. Und man mußte sich noch recht nett und freundlich benehmen, damit man „ein Zugeteilter“ war. Man hat vergessen, daß man verkaufen muß. Das gilt jetzt nicht nur etwa für die verstaatlichte Industrie, das gilt auch für die eine oder andere schon alte Industrie. (Landesrat Gruber: „Es ist ja auch die verstaatlichte Industrie eine alte Industrie!“)

Es hat mir erst vor kurzem ein Generaldirektor gestanden, daß sie leider nur immer zugeteilt und nicht verkauft haben. Und, sehen Sie, es nützt uns das Geld nichts, es nützen die besten Bedingungen nichts, wenn wir nicht jene Menschen finden, die bereit sind, Risiko zu übernehmen, die bereit sind, Leistungen zu vollbringen, die bereit sind, sich anzustrengen und nicht nur dabei, einen Betrieb zu führen, sondern auch zu verkaufen. Und ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, wo immer Sie Gelegenheit haben, helfen Sie mit, helfen Sie suchen, daß wir solche unternehmungslustige Männer und Frauen finden, die etwas unternehmen möchten und unternehmen wollen.

Eisen und eisenverarbeitende Industrie wird es in Steiermark immer geben. Da kann man schon voraussagen, daß wir einen schlechten Standort haben und ich weiß nicht, was sonst noch alles, aber wenn wir es verstehen, das richtige Eisen zu verarbeiten, werden wir nicht nur nicht stagnieren, sondern auch wachsen.

Es gibt nämlich zwei Länder interessanterweise, in der weltweiten Stahl-Flaute — ich rede gar nicht von den Ostländern, denn dort kommen die Statistiken immer erst später nach — das ist Japan und das ist Schweden, die in den Jahren 1966 und 1967 einen sehr beachtlichen Zuwachs hatten auf dem Sektor Stahlverbrauch bzw. Stahlverarbeitung und Stahlverkauf im eigenen Land und im Ausland. Es wird also auch bei uns, wenn wir uns anstrengen, möglich sein, daß wir wieder, wenn auch keine stürmische, aber doch eine Entwicklung einleiten können. Wir müssen nur jetzt alle die Schwierigkeiten überwinden und das gilt auch nicht für alle Betriebe, sondern nur für einige, das muß man auch sagen. Wenn ich etwa an Schoeller-Bleckmann denke, was da alles verwirtschaftet wurde! Dann darf man sich nicht wundern, daß daraus Schwierigkeiten entstehen und nicht Schoeller-Bleckmann allein, es gibt auch noch ein paar private, von denen wir sehen werden, ob sie auch nur den leisesten Wind überhaupt überstehen können.

Es ist auch schwierig, das ist heute schon gesagt worden, gerade für die Elin-Union z. B., die sich marktmäßig in einer schwierigen Situation befindet. Und ich bitte den Herrn Abg. Wuganigg, daß er mir den Zwischenruf aus dem Protokoll sagt, wenn ich den gemacht hätte, daß die das nicht erzeugen können. Ich weiß schon, was sie erzeugen können und was nicht. Ebenso

werden wir Kohle, solange es noch eine gibt, verbrauchen. Das ist gar kein Zweifel. Den richtigen Zuschnitt zu finden, wird auch hier nicht leicht sein, denn auch hier ist ja großartig gesündigt worden. Ich könnte Ihnen da einen Brief vorzeigen aus dem Jahr 1956, wo uns geschrieben wurde auf Grund einer Intervention, man soll uns Feinkohle für die Stewag zur Verfügung stellen, „man sei so ausgelastet und so verpflichtet und sei außerstande, sich auch nur für einige tausend Tonnen auf mehrere Jahre weiter zur Lieferung zu verpflichten“. Das ist alles vorüber und die Schwierigkeiten sind überall sichtbar und es ist nichts getan worden für eine vernünftige Verfeuerung. Und wenn man an die Öl-Leute denkt, die natürlich eine viel größere Spanne haben, das dürfen wir ja auch nicht vergessen, was die für ein Service und für Möglichkeiten des Tankens und Lagerns an jeder Straßenecke zur Verfügung stellen für ihre Kunden, und was ist dann mit dem festen Brennmaterial Kohle? Nicht einmal Werbung hat man dafür betrieben. Mir scheint eines wichtig zu sein: Daß wir nicht die Nerven verlieren. Ich wundere mich nicht, wenn die Leute nervös sind. Weil oft auch von den Betriebsleitungen her Zweckmeldungen ausgestreut werden, die nicht immer den Tatsachen entsprechen. (Landesrat Gruber: „Insbesondere in der Zeit von Lohnverhandlungen!“)

Es gehen ganz bewußt solche Meldungen hinaus, um zu beunruhigen. Ich verstehe also, daß die Leute nervös sind, aber es ist wichtig, daß wir mit aller Nüchternheit dort zugreifen und zupacken, wo der Weg ins Freie hinaus führt. Das rentiert sich, alle Anstrengungen zu unternehmen und daß wir appellieren noch und noch und einen Geist erzeugen. Schaffen wir wieder Neues, wir haben doch 1945 und in den darauffolgenden Jahren so viel geschaffen! Versuchen wir wieder, den Geist ein bißchen in Bewegung zu setzen. Es gibt doch Möglichkeiten und Produktionen! Es mag schon sein, daß der Mut nicht sehr groß ist in einer Zeit, wo man schwer verdient und schwer verkauft, aber ich bin davon überzeugt, daß alle die Maßnahmen, wie sie z. B. auch England und Frankreich und Deutschland ergreifen sozusagen unter Ausschaltung des Parlamentes, das sind ja alles Gesundheitsprozesse, die ja einmal ihre Wirkung haben werden. Aber natürlich dürfen wir nicht nur darauf warten, daß die gesund werden und uns mitreißen oder wieder mitnehmen oder uns gesundbeten, nein, wir müssen selbst auch alle Anstrengungen unternehmen. Und ich glaube, wir werden einen Erfolg erreichen.

Über die Strukturprobleme hinaus und über die Anstrengungen hinaus bitte ich Sie um eines, lassen wir uns nicht durcheinander bringen in den Fragen der Konzentration. Auch hier gibt es so viele Behauptungen und so viele Gerüchte und so viel Intrigen, daß uns das geradezu weh tut und den Weg zu den echten und notwendigen Kooperationen und auch Konzentrationen verbaut. Hier müssen wir, glaube ich, einen sehr harten Weg gehen und die Industrien müssen sich genauso finden, wie sich die Bauern

heute überörtlich mit Maschinen finden müssen. Es müssen nicht Maschinenhöfe sein, sondern freie Gemeinschaften. Bitte, wer den Maschinenhof in Anspruch nehmen will, der nimmt ihn in Anspruch, aber ich sage, es muß nicht nur der Maschinenhof sein!

Also freie Gemeinschaften, überhaupt, einfach „überörtlich“ über den Hof hinaus zum Nachbar, das gilt genauso für die Industrie, das gilt für das Gewerbe und der Versuch, zum Beispiel den Exportring aufzuziehen, das ist eine absolut richtige und vernünftige Sache. Ich habe durch einen Zwischenruf gesagt, „nur etwas spät!“

Und so darf ich abschließend sagen: Nicht die Nerven verlieren! Und vor allem auch nicht glauben, daß man nur — ich habe nichts gegen Kritik, sie kann noch so herb sein — kritisieren braucht, die Kritik darf nicht so klingen, als stünde schon der Untergang vor der Tür. So schaut es nämlich manchesmal aus. Und diese Kritik, glaube ich, die können wir uns nicht leisten. Sie können mich zusammenschimpfen und den Kanzler und wen Sie wollen, Sie können noch und noch schimpfen, das macht gar nichts, aber ich bitte, Währung und Wirtschaft, die kann man wirklich durch schlechtes Herumreden, durch Verdächtigungen und Herabsetzen zugrunde richten. Das ist wirklich eine entscheidende Frage, die Frage des Glaubens, daß man leben kann, daß man sich entwickeln kann. Nur so kann man eine Wirtschaft, die sicherlich mit allen Schwierigkeiten ausgestattet ist, wieder in Schwung bringen und in Schwung halten und hier bitte ich, lassen wir die Verpolitisierung jener Fragen, die mit unserer Industrie, die mit den Strukturschwierigkeiten zusammenhängen, und versuchen wir hier wirklich sachlich und vor allem auch ohne politische Falschmünzerei die Dinge voranzutreiben. Wenn wir alle zusammenstehen, dann bin ich überzeugt, wird uns sicher noch vieles gelingen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die fast siebenstündige Debatte über die Ansätze der Gruppe 7, an der sich nicht weniger als 31 Redner beteiligt haben, bestätigt wohl deutlich die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Gruppe. Die sparsame, solide Finanzwirtschaft der Steiermärkischen Landesregierung, die ich ja schließlich in meiner 18jährigen Praxis als Mitglied des Finanzausschusses des Steiermärkischen Landtages immer wieder beobachten konnte, hat es ermöglicht, die Gruppe 7 für das Jahr 1968 mit 238,678.100 Schilling zu dotieren.

Ich darf meinen Antrag wiederholen und den Herrn Präsidenten bitten, über die Ansätze der Gruppe 7 abstimmen zu lassen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer dafür stimmt, möge ein Händezichen geben. Damit ist die Gruppe 7 angenommen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf

genau zehn Minuten zur Entlüftung. Nachher fahren wir sofort fort in der Beratung der Gruppe 8.

Unterbrechung der Sitzung: 21.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 22 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“. Berichterstatter ist Abg. Franz Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort zum Bericht.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8 mit den fünf Abschnitten Landesbahn, Verkehrsförderung, land- und forstwirtschaftliche Unternehmungen, industrielle und gewerbliche Unternehmungen und sonstige Unternehmungen weist mit Ausnahme der Gruppe 1 bei Einnahmen von 17,4 Millionen Schilling und Ausgaben von 75 Millionen Schilling die geringsten Ansätze des Landesvoranschlages aus. Im Namen des Finanz-Ausschusses, der die Gruppe 8 eingehend beraten hat, bitte ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, den Ansätzen zuzustimmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Pabst vorgemerkt.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesvoranschlag 1968 weist unter der Post 83,74 einen Zuschuß des Landes für die Landesbahnen in der Höhe von 22,813:000 Schilling auf. Die Höhe des Zuschusses berechtigt zur Frage nach dem Zweck des Aufwandes. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts haben die Eisenbahnen die Hauptlast des aufsteigenden Verkehrs und der aufsteigenden Industrie getragen. Die Länder waren ebenfalls bemüht, Lokalbahnen zu errichten und gewisse Teile des Landes verkehrsmäßig zu erschließen. Dasselbe hat auch das Land Steiermark gemacht, und das Land Steiermark hat heute sieben Nebenbahnlinien mit einem Gesamtnetz von 200 km. Ein Viertel des gesamten Eisenbahnnetzes der Steiermark sind Landesbahnen. Diese Landesbahnen waren teils schmalspurig, teils normalspurig, teils elektrisch und teils mit Dampf betrieben. In den letzten Jahren ist der Abgang immer mehr und mehr gestiegen. Und im Jahre 1963, als Landesrat Peltzmann sein Referat übernommen hat, war die Frage aktuell, was man zwecks Rationalisierung und Senkung der Betriebskosten unternehmen könnte.

Meine Damen und Herren, Sie wissen selbst, wir haben vor nicht allzu langer Zeit ein sehr großzügiges Investitionsprogramm für die steirischen Landesbahnen in diesem Hause beschlossen. Dieses Investitionsprogramm war deshalb erforderlich, um vor allem die Betriebskosten zu senken. Es wurde die Verdieselung damit gemacht, ein Werkstättenumbau durchgeführt, neue, moderne Umladekräne angeschafft und viele andere Investitionen zusätzlich vorgenommen.

Wir haben heute die Strecke Gleisdorf—Weiz, Unzmarkt und Mauterndorf verdieselt. Wir ha-

ben außerdem die Strecke Weiz—Ratten verdieselt, das heißt die letzte Diesellok ist jetzt im Dezember 1967 gekommen, und die Strecke Kapfenberg—Seebach—Turnau wird ebenfalls in Kürze verdieselt werden. Beim Werkstättenumbau ist die Situation folgendermaßen: Die Werkstätte in Weiz ist fertig, in Murau schreitet der Werkstättenbau zügig voran, und in Übelbach wird in Kürze begonnen. Verbunden mit diesem Werkstättenbau sind vor allem bessere Einrichtungen und Anlagen für die Arbeitskräfte der Steiermärkischen Landesbahnen.

Weiters ist vielleicht erwähnenswert, daß die modernen Umladekräne, die auf der Murtalbahn, auf der Strecke Seebach—Turnau und auf der Strecke Ratten aufgestellt wurden, sich bewährt haben und wesentliches Beförderungsgut von der Straße zur Bahn wieder zurückgewonnen werden konnte. Die Steirischen Landesbahnen haben aber nicht nur Eisenbahnen, sondern sie haben auch 46 Autobusse in ihrem Kraftwagenbetrieb. Auch bei den Autobussen ist ein Abgang zu verzeichnen. Dieser Abgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, weil die vollzahlenden Fahrgäste immer weniger werden und Fahrgäste, die den Sozialtarif in Anspruch nehmen, immer mehr. In erster Linie betrifft das den Berufsverkehr und die Schüler. Außerdem braucht der Kraftwagenbetrieb immer laufend stärkere Investitionen, deshalb, weil eben die Lebensdauer der Kraftwagen, der Autobusse, an und für sich relativ im Verhältnis zu den Eisenbahnen kurz ist und darüber hinaus auch Autobusse stärker reparaturanfällig sind als vielleicht die Eisenbahnen.

Im Jahre 1959 wurde das erstmal zwischen der Post und den Landesbahnen ein sogenanntes „Pool-Abkommen“ abgeschlossen, das sich sehr positiv und für beide Teile, das kann man mit Fug und Recht behaupten, gewinnbringend herausgestellt hat. Es wäre in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß noch bei anderen Linien ein Poolabkommen mit der Post durchgeführt wurde, weil dadurch sowohl die Betriebskosten als auch die anderen Kosten auf beide Teile gleich aufgeteilt werden und damit auch eine Konkurrenzierung auf verschiedenen gleichen Strecken sich aufhört, was sich ebenfalls, wie bereits erwähnt, nur zum Vorteil für beide Partner auswirkt.

Allerdings ist es vielleicht doch etwas erstaunlich, daß die Post, obwohl ja schon ziemlich lange verhandelt wird, bis heute noch nicht ihr Einverständnis für die Erweiterung des Pool-Verkehrs gegeben hat. Ich hoffe, daß der neue Postpräsident der Steiermark, der in Kürze nun sein Amt in Graz antreten wird, hier mithelfen wird, daß dieses Poolabkommen zwischen der Post und den Steirischen Landesbahnen unter Dach und Fach gebracht wird.

Wir können also grundsätzlich, wenn wir uns die Frage vorlegen, war das Investitionsprogramm in Ordnung und von Vorteil, sagen, daß es sich voll und ganz bewährt hat. Und zwar erstens durch Einsparungen am Brennstoffsektor, durch geringere Reparaturen und durch Einsparungen am Personalsektor.

Wenn auch der Herr Präsident schon mit seiner Glocke geläutet hat, so muß ich doch noch ein Thema ganz kurz anschneiden, das ist die Frage, die mich im besonderen bewegt, die Frage der Strecke, die wir auf der Salzburger Seite bei der Murtalbahn betreiben, nämlich Tamsweg—Mauterndorf, die vollkommen defizitär ist und wozu die Salzburger Landesregierung keinen Beitrag leistet. Es haben Verhandlungen zwischen Salzburger Landesregierung und Steiermärkischer Landesregierung stattgefunden; diese sind aber an der starren Haltung der Salzburger Landesregierung gescheitert. Ich möchte heute hier zu dieser späten Stunde nicht revolutionär wirken, aber ich möchte klar und deutlich sagen, daß sich der Landtag und die Steiermärkische Landesregierung überlegen sollten, ob man nicht die Strecke Tamsweg—Mauterndorf stilllegen sollte.

Im großen und ganzen kann man also sagen, das Investitionsprogramm hat sich bewährt, ich glaube auch, sagen zu können, daß trotz des Düsenzeitalters und des Raketenzeitalters die Steirischen Landesbahnen nach wie vor ihre Existenzberechtigung haben und ich hoffe, daß sie auch weiterhin der steirischen Wirtschaft und den steirischen Arbeitnehmern so dienen werden wie bisher. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Pabst das Wort.

Abg. Pabst: Zur Gruppe 8 liegt ein Resolutionsantrag in Bezug auf Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Betrieben vor. Es muß dazu festgestellt werden, daß diese Betriebe durchwegs gut geführt sind. Trotzdem aber ist die Rentabilität nicht gegeben.

Es sind die Preise der dortigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchwegs wesentlich höher als sie am Markt sind und dies laut Feststellung des Kontrollamtes. Deshalb sind die Betriebe zu prüfen, wo eine Verpachtung zweckmäßig, im besonderen aber richtig ist.

Und es ist nicht nur zu überprüfen, sondern gegebenenfalls auch die Verpachtung durchzuführen. Diesen Zweck soll der diesbezügliche Antrag dienen. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Feldgrill: Diese Gruppe war hinsichtlich ihrer Rednerzahl und der Zeit ihrer Abwicklung die kürzeste. Ich wiederhole nun meinen Antrag auf Abstimmung.

Präsident: Wer für den Antrag ist, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. Die Gruppe 8 ist damit erledigt.

Wir kommen zur Gruppe 9. Berichterstatter ist Herr Abg. Vinzenz Lackner. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine verehrten Damen und Herren! Die Gruppe 9,

eingeteilt in zehn Abschnitte und 15 Unterabschnitte, wie Finanzverwaltung, allgemeines Kapitalvermögen, Liegenschaftsvermögen, Sondervermögen, Abgaben und Abgabebetätigung, Zuführungen zum a. o. Landesvoranschlag, Beihilfen, besondere Zweckbestimmung, Verstärkungsmittel, Abwicklung der Vorjahre, nicht aufteilbare Rücklagen, mit einer Gesamt-Einnahmensumme von 1.913,156.700 Schilling das ist ein Plus von 175,591.100 Schilling und Gesamt-Ausgaben von 295,678.100 Schilling, mit einer Steigerung von 15,954.700 Schilling. Das ist jene Gruppe, die all die Wünsche, die in den vorangegangenen Gruppen herangetragen worden sind, erfüllen soll.

Ich bitte das Hohe Haus, diese Ansätze anzunehmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landes-Finanzreferent hat sich im Vorjahr darüber beklagt, daß keine Diskussion über die Einnahmen zu dieser Gruppe erfolgt sei. Und ich glaube, nachdem sich die Generalredner, vor allem der Generalredner der SPÖ sehr mit Fragen der Steuereinnahmen beschäftigt hat, daß doch einige Anmerkungen, sozusagen um Mißverständnisse auszuschalten, notwendig sind:

Wir haben eine verbundene Steuerwirtschaft. Sie finden das ja auf Seite vier unseres Haushaltsvoranschlages, daß 44,5 Prozent unserer Einnahmen aus sogenannten gemeinschaftlichen Abgaben stammen. Sie haben ausführliche Erläuterungen auf Seite 40 unserer Erläuterungen. Daher glaube ich, daß die Zentralprobleme der österreichischen Bundesfinanzen auch für uns von großem Interesse sind. Es gibt darüber eine sehr sachliche und interessante Untersuchung und ich darf ganz kurz die wesentlichen Punkte herausgreifen.

Zunächst einmal: Wie hoch ist die Gesamt-Abgaben-Belastung? Wir liegen in Österreich mit 34,4 Prozent des Brutto-Nationalproduktes ziemlich hoch. Höher liegt Frankreich, Schweden und geringfügig die Bundesrepublik Deutschland, England mit 28,7 Prozent, die Schweiz mit 21,5 Prozent wesentlich niedriger. Wir können also sagen, wir sind vom „Zehent“ zum „Drittel“ vorgestoßen.

Die zweite Frage ist die Steuer-Struktur, also ob die Entnahme den fiskalistischen Notwendigkeiten und den wirtschaftlichen Gegebenheiten entspricht oder nicht. Die Steuer-Struktur in Österreich entspricht fast genau dem OECD-Durchschnitt. 34 Prozent der Steuern und Abgaben sind direkte Steuern, 21 Prozent sind Beiträge zu Sozialversicherungen, 45 Prozent sind indirekte Steuern. Eine ähnliche Struktur haben Belgien, Deutschland, weit mehr indirekte Steuern haben — ich möchte sagen traditionsgemäß — die romanischen Länder, wie Portugal, Italien usw.

Nun ist also die Frage, ob eine Budget-Sanierung oder Ausweitung nicht durch weitere Mehreinnahmen möglich ist. Ich glaube, der Herr Landes-Finanzreferent ist mit mir einer Meinung, wenn ich seine Budget-Einbegleitung folgerichtig ausgelegt habe, daß dies nicht der Fall ist, weil wir global gesehen an der optimalen Steuer-Einnahmen- und Belastungsgrenze liegen. Über die Steuerprogression möchte ich nicht sprechen, nachdem hier Einigkeit besteht, von einzelnen Kleinigkeiten abgesehen. Wohl aber ist es notwendig, die Ausgabenstruktur kurz zu beleuchten, und zwar die Ausgaben-Struktur der öffentlichen Hand schlechthin, weil wir nämlich sehen werden, daß die Möglichkeiten der Länder — und hier ist doch vielleicht auch eine andere Betrachtungsweise zweckmäßig — nicht allzu groß sind. Denn 51 Prozent der öffentlichen Abgaben und Ausgaben werden vom Bund getätigt, nur acht Prozent von den Ländern, wenn man von Wien absieht. Daher ist also die Notwendigkeit gegeben, nach Initialzündungen zu suchen, wo die Mittel des Landes besonders wirksam werden, das ist in dem gemeinsamen Antrag des Finanz-Ausschusses bezüglich der Autobahn geschehen und wir hoffen, daß damit ein Bauvolumen von zwei Milliarden im Laufe einiger Jahre in Bewegung gesetzt wird.

Nun zur Kritik, die die SPÖ und besonders ihr Generalredner hier vorgebracht hat und die ja nicht neu ist. Kritik 1:

Der Bund ist Schuldenmacher. Auf der anderen Seite: Der Bund investiert zu wenig. Wie ist es nun wirklich? (Landesrat Gruber: „Kann man nur mit Schulden investieren, Herr Abgeordneter?“)

Die Verschuldungsgrenze ist wohl das Bruttonationalprodukt und seine Möglichkeiten.

Herr Landesrat, hören Sie zu, sonst lernen Sie es nicht! (Landesrat Gruber: „Ich höre so zu!“)

Also schauen Sie: 1960 war die Verschuldung des Bundes bei 13,8 Prozent des Brutto-Nationalproduktes, 1968, trotz des bekritelten Anstieges wird sie voraussichtlich 12,8 Prozent des Brutto-Nationalproduktes sein. Die Netto-Verschuldung des Bundes wird nämlich heuer nur um 3,1 Milliarden zunehmen und die Investitionen des Bundes sind 11,4 Milliarden. Ich glaube, Herr Landesrat, damit ist Ihre Frage beantwortet. (Landesrat Gruber: „Ich glaube das nicht!“)

Schauen Sie nach, Herr Landesrat, Sie müssen es nicht glauben, Sie können es prüfen.

Eine andere Frage, die auch uns hier betrifft, ist die, ob man wirklich Investitionen, die sozusagen für eine Generation laufen, unbedingt durch Steuereinnahmen von heute finanzieren soll. Das ist eine ganz ernste Frage. Ich bin der Meinung, — das ist meine private Meinung — daß diese weit verbreitete Übung sogar beiträgt zu der „schleichenden Stabilität“, die wir überall in den hochentwickelten Industriestaaten haben. Warum, möchte ich hier im Hohen Haus jetzt nicht ausführen, das würde zu lange dauern. Ich bin aber gerne bereit, mich in privaten Diskussionen darüber zu verbreitern. Ich möchte aber zur Verschuldungsgrenze sagen: Schweden

hat 19 Prozent des Bruttonationalproduktes Staatsverschuldung, Italien 38 Prozent und die USA 45 Prozent. Wir übersehen nicht, daß die Starrheit der Aufgaben des Bundes leider wesentlich höher ist als die des Landes. Nach dem Vorschlag sind es bei uns 64 Prozent, beim Bund sind es bereits 87 Prozent. Aber die Rechnung, Herr Landesfinanzreferent, wegen der Investitionen des Bundes ist auch zu berichtigen und zwar deswegen, weil Sie nicht vergleichbare Ziffern nicht miteinander vergleichen können. Im Bundes-Budget ist die ganze Gebarung der Bundesbahn enthalten, bei uns haben beispielsweise die Landesbahnen einen eigenen Wirtschaftsplan und sie sind nur mit dem Nettobetrag im Budget. Wenn man das abzieht, kommt man beim Bund immerhin ohne Eventualbudget auf 15 Prozent Investitionen.

Die nächste Frage ist, es wurde bekritelt, die Erhöhung der indirekten Steuern. Ich darf die Herren der SPÖ darauf aufmerksam machen, daß in „Arbeit und Wirtschaft“, Heft 4, sich Herr Prof. Klenner, sehr, ich möchte fast sagen enthusiastisch, für die indirekten Steuern eingesetzt hat. Ich weiß, das ist nicht unwidersprochen geblieben, aber er hat auch zitiert, was die schwedische Regierung anlässlich der Anhebung der Umsatzsteuer von sechs auf zehn Prozent in der Regierungsvorlage gesagt hat, nämlich: „daß man bei der heutigen weit getriebenen Angleichung der Einkommensunterschiede und dem hohen Lebens-Standard aller Bevölkerungsschichten gegen eine vermehrte indirekte Besteuerung nun auch keine sozialen Bedenken mehr zu haben brauche. Die wirtschaftlich schwächeren Gruppen könne man notfalls durch zusätzliche staatliche Sozialleistungen entschädigen“.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Lebensmittel in Österreich von der leider in Kraft tretenden Umsatzsteuer-Erhöhung ausgenommen sind und ich darf darauf verweisen, daß auch die Kinderbeihilfen angehoben werden.

Und nun ein sehr ernstes Problem. Kollege Groß hat gemeint, man soll die Vermögenssteuer erhöhen, vulgär ausgedrückt also, „die Reichen sollen zahlen“. Nun, wie schaut das wirklich aus? (Landesrat Gruber: „Herr Abgeordneter, warum ist das „vulgär“, wenn man sagt, die Reichen sollen zahlen?“)

Weil man sonst sagt, wir reden „von der Steuerprogression“ und so ähnlich, wenn man wissenschaftlich redet. So ist das ein vulgärer Slogan, ein sehr angenehmer, populärer, würde ich sagen.

Gerade in den letzten Tagen ist die Statistik der österreichischen Aktiengesellschaften veröffentlicht worden. Und ich glaube, daß diese Kapitalgesellschaften sich als Studienobjekt eignen. Daraus geht hervor, daß im Jahr 1964 rund 50 Milliarden Eigenkapital und Rücklagen bei den österr. Aktiengesellschaften vorhanden waren. Davon waren 22 Milliarden Kapital verstaatlichter Betriebe. Also unter den „Reichen“ befinden sich hoffentlich die verstaatlichten Betriebe.

Nun einige Zahlen aus der Betriebsabrechnung: Es wurden in diesem Jahr 7,2 Milliarden

abgeschrieben, davon 1,9 Milliarden vorzeitig, obwohl 11 Milliarden investiert wurden. Das heißt also, daß die vorzeitige Abschreibung von den Aktiengesellschaften gar nicht mehr ausgenutzt werden konnte, weil sie nicht so viel verdient haben. Sie mußten 1,9 Milliarden Fremdzinsen zahlen und der Gewinn war lediglich 600 Millionen gegen 3,4 Milliarden Steuern. (Abg. Ileschitz: „Wer hat denn diese Anleihen aufgenommen mit diesen Zinssätzen?“)

Jetzt reden wir von Aktiengesellschaften, wir reden jetzt gar nicht von Zinsen.

Und jetzt, Herr Kollege Ileschitz, hören Sie zu: Es sind also rund 600 Millionen Gewinn, davon fallen rund 200 Millionen auf die verstaatlichte Industrie, bleiben also 400 Millionen an Gewinn übrig. Das ist bei 50 Milliarden Kapital außerordentlich wenig, und nun muß aber der Private noch Vermögenssteuer zahlen, das sind etwa 200 Millionen Vermögenssteuer, es bleibt also ein Nettoertrag von weniger als 1 Prozent. Ich lade Sie ein, zu diesen Bedingungen zu zeichnen, Herr Kollege. (Abg. Heidinger: „Ich lade die Aktionäre zu einer warmen Suppe ein!“)

Bitte, es wird vielleicht noch notwendig sein. (Landesrat Gruber: „Vielleicht läßt sich das bei den Volksaktien klären!“ — Präsident: „Meine Herren, das Hohe Haus hat die Absicht, heute noch die sehr lange Tagesordnung zu beenden. Ich bitte Sie, nicht durch Zwischenrufe die Sitzung noch zu verlängern!“)

Ich bin schon am Schluß. (Abg. Scheer: „Das wird künstlich verlängert durch den Herrn Abg. Dr. Heidinger!“)

Ich habe nicht künstlich verlängert, das war notwendig, Herr Kollege Scheer, daß das einmal gesagt wird. (Abg. Scheer: „Das gehört in die Generaldebatte!“ — Abg. Zinkanell: „Sie sind so geschick, Sie brauchen das nicht beweisen heute!“)

Und nun: Wachstumsgesetze, Steuergeschenke, ja oder nein? Es ist die vorzeitige Abschreibung für Abnutzung lediglich ein Steueraufschub. Und es ist nur eine unbefristete Verlängerung geltender Bestimmungen gewesen. Das ist also kein zusätzliches Steuergeschenk, wie Sie behaupten, sondern es ist lediglich die unbefristete Anwendung einer schon sehr notwendigen Übung, damit überhaupt die Eigen-Investitionen der Betriebe möglich sind. Wenn Sie die Bremsung der Investitionen wollen, bitte, dann können wir das ja abschaffen.

Ich glaube jedoch, wir werden also darüber Einigkeit erzielen können, daß generell die Belastungsgrenze der Steuern in Österreich außerordentlich hoch ist, daß die Steuereinnahmen nur dann wachsen, wenn auch das Bruttonationalprodukt wächst, daß die Starrheit der Ausgaben im Budget zunimmt und ich möchte in Abwandlung eines jetzt überall plakatierten Satzes sagen, wenn neue, unmäßige Forderungen gestellt werden, dann muß das zwangsläufig zu Steuer- und Preiserhöhungen und zwangsläufig zu neuen Lasten für alle führen. (Landesrat Gruber: „Das hat der Finanz-Minister auch gesagt!“) (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es hat Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat heute nach langer Zeit wieder zum ersten Mal mit der Gepflogenheit fehlender Wortmeldungen bei der Gruppe 9 gebrochen. Ich bin ihm dankbar für diese Tatsache, wenngleich das, was er gesagt hat, einiger Erwidierung bedarf und obgleich ich deshalb jetzt gezwungen bin, Herr Präsident und meine Damen und Herren, Sie zu bitten nicht ungehalten zu sein, wenn meine Rede etwas länger ausfällt als beabsichtigt war. (Abg. Scheer: „Das können wir nicht verprechen, Herr Landeshauptmann!“)

Ich muß nämlich den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Heidinger doch in aller Zurückhaltung, in aller Sachlichkeit und in aller Kürze gewisse Feststellungen entgegenhalten. Der Herr Abg. Dr. Heidinger hat dargelegt, daß das zentrale Problem der Bundesfinanzen wegen der verbundenen Steuerwirtschaft auch für uns von größter Bedeutung ist. Das ist richtig. Er hat festgestellt, daß 34 Prozent unserer Steuern direkte und 45 Prozent indirekte Steuern sind. Das ist auch richtig. Und er hat festgestellt, daß die Ausgabenstruktur der öffentlichen Hand so liegt, daß der Bund 51 Prozent aller öffentlichen Ausgaben tätigt, was richtig ist, wobei man allerdings hinzufügen muß, daß der Haushalt des Bundes eben 24mal so groß ist als zum Beispiel der unseres Landes. Und dann wird, glaube ich, das erst verständlich. Der Herr Abg. Dr. Heidinger hat aber offenbar bei der Nennung der Ziffern über die Bundesinvestitionen doch zwei Dinge durcheinandergeworfen. Er hat auf der einen Seite bestätigt, daß die Investitionen des Bundes 11,4 Prozent sind, also so hoch sind, wie ich sie in meiner Budgetrede angegeben habe. Dafür bin ich ihm dankbar. Er hat aber dann zum Ausdruck gebracht, wenn man etwa die Bundesbahnausgaben hinzurechnet und verschiedene andere Gesichtspunkte berücksichtigt, käme er auf 15 Prozent an Investitionen. Ich habe dazu zu sagen, meine Damen und Herren, daß man den Entwurf des Bundes-Finanzgesetzes sehr genau lesen muß, um festzustellen, was der Bund in der Vermögensgebarung alles mitrechnet, ohne daß es sich dabei eigentlich um Investitionen handelt. Tut man das, so stellt man aus der Anlage Ia auf den Seiten 176 und 177 eindeutig fest, daß die vermögenswirksamen Ausgaben in der ordentlichen Gebarung mit 7.017.000.000 und daß die Ausgaben der Vermögensgebarung des außerordentlichen Haushaltes mit 2.662.000.000 Schilling ausgewiesen sind. Sie können das sehr genau hier ablesen im einzelnen. (Zeigt die aufgeschlagenen Seiten des Bundesbudgets.)

Das sind zusammen eben Investitionen in der richtig genannten Höhe von 9.639.000.000 Schilling. Wenn jemand versehentlich etwa nur die Summe der Gruppen und der Kapitel der Anlage Ia abgelesen und diese nicht durchgesehen hat, dann kommt er in der ordentlichen Gebarung auf einen Betrag von zehn Milliarden und 46

Millionen an Investitionen statt auf sieben Milliarden und 17 Millionen, weil dann nämlich die Finanzschuldtilgung von drei Milliarden und 29 Millionen mitgerechnet ist, die zwar zur Vermögensgebarung gehört, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, doch beim besten Willen keine Investition darstellt und daher bei den Bruttoinvestitionen nicht mitgerechnet werden kann.

Und, Herr Abg. Dr. Heidinger, ich weiß nicht, wie Sie hingekommen sind, aber wenn Sie vielleicht zu der von Ihnen zugrundegelegten Ziffer gekommen sein sollten, indem Sie aus der Anlage Id auf Seite 184 des Bundesfinanzgesetzes zehn Milliarden und 107 Millionen, also einschließlich der Investitionen der a. o. Gebarung um 468 Millionen mehr als in der Anlage Ia abgelesen haben, muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das ausländische Waffen- und Gerätekäufe für das Bundesheer sind, die zu den Investitionen im Inland bei bestem Willen nicht dazugerechnet werden können.

Die Bruttoinvestitionen des Bundes, meine Damen und Herren, betragen jedenfalls im Jahre 1968 nach dem Budgetentwurf in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung zusammen nicht mehr und nicht weniger als neun Milliarden 639 Millionen und die Gesamtausgaben des Bundes in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung ohne Eventualbudget sind sage und schreibe 84 Milliarden 674 Millionen, wovon eben neun Milliarden und 639 Millionen nach den immer noch geltenden Gesetzen der Mathematik nicht mehr und nicht weniger als 11,4 Prozent sind.

Und nun, Herr Abg. Dr. Heidinger, gehen unsere Meinungen ein Stückchen auseinander, wenn Sie von den Investitionen bei der Bundesbahn reden und meinen, daß man diese entweder ab- oder hinzurechnen könnte. Ich würde Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich bei meiner Berechnung in der Beziehung in gar keiner Weise kleinlich war. Eine ganz kurze Prüfung wird Ihnen nämlich zeigen, daß ich bei der Gegenüberstellung Land—Bund bei Bund die Investitionen für die verstaatlichte Industrie, die allerdings sehr niedrig sind, die Investitionen für die Bundesforste, die Investitionen für die Bundesbahn und die für die Post und für die sonstigen Betriebe des Bundes mitgerechnet habe, während ich die Investitionen der Landesforste, die Investitionen der Landesbahnen und die Investitionen aller anderen Wirtschaftsbetriebe des Landes bei der Berechnung der Landesinvestitionen nicht als solche, sondern nur in der Höhe des Zuschusses des Landes mitgerechnet habe. Und außerdem, meine Damen und Herren, habe ich beim Bundesbudgetvolumen auch die nicht bedeckten Ausgaben mitgerechnet, die nicht bedeckten Ausgaben sowohl der ordentlichen Gebarung als auch die nicht bedeckten Ausgaben der außerordentlichen Gebarung, die ja bekanntlich zur Gänze überhaupt unbedeckt ist.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß man die Dinge nicht auf die Spitze treiben soll, weil das Bild dann ein noch schlimmeres wird, wenn ich diese Rechnung fortsetze.

Was das Eventualbudget anlangt, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß dieses erstens nicht zur Gänze aus Investitionen und Investitionsförderungen besteht. Sie finden in der Ausgabenzusammenstellung des Eventualbudgets, das ist auf der Seite 188 und 189 des Bundesfinanzgesetzes ganz genau, daß die vermögenswirksame Gebarung von einer Milliarde 365 Millionen und die investitionsfördernden Ausgaben zusammen etwa 1,8 Milliarden ausmachen. Sie werden hoffentlich nicht im Ernst glauben, daß alle Posten, die im Eventualbudget stehen, auch tatsächlich Investitionsförderungen sind, und Ausgaben wie zum Beispiel die im Eventualbudget vorgesehene Pauschalvorsorge für Verzinsung und für Begebungskosten von Darlehen oder andere Titel, die der Bund selber als laufende Ausgaben ausweist, doch nicht etwa zu den Bruttoinvestitionen zählen. Für die Frage der Bedeckung oder, wie das Gesetz im Artikel II, Abs. 2 wörtlich sagt, für die gänzliche oder teilweise Anwendbarkeit dieses Eventualbudgets bedarf es erst eines eigenen Bundesgesetzes, das darüber entscheiden wird, ob und unter welchen Bedingungen bedeckt werden kann, ob die Darlehen zu bekommen sind und ob die Konjunkturbelebung, wie es wörtlich heißt, tatsächlich auch notwendig sein wird.

Aber, verehrte Damen und Herren, gesetzt den Fall, daß der Bund alle nicht bedeckten Ausgaben des ordentlichen, des außerordentlichen und des Eventualbudgets tätigen könnte, würden sich Bruttoinvestitionen von 13,1 Prozent des gesamten Budgetvolumens ergeben.

Wenn Sie, Herr Abg. Dr. Heidinger, es anders gelesen oder anders gehört haben sollten, dann wäre das, bitte verzeihen Sie mir das, in Abwandlung eines Zwischenrufes während meiner Budgetrede den ich, fast möchte ich sagen, zum Glück, im Trubel nicht gehört, sondern erst nachher gelesen habe, zwar nicht „der größte Irrtum des Jahrhunderts“, aber immerhin ein Irrtum, der eigentlich nicht ohne weiteres verziehen werden kann.

Im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde die Gruppe 9 dem Finanzreferenten Gelegenheit geben, fast zu allen Ausgaben oder nahezu zu allen Ausgaben und damit zu den gesamten Debatten über diese Ausgaben Stellung zu nehmen, weil in dieser Gruppe ja nahezu alle nicht zweckgebundenen Einnahmen enthalten sind, die uns erst zu den Ausgaben oder doch zum größten Teil der Ausgaben in anderen Gruppen befähigen. Ich könnte also jetzt sowohl in einer generellen Darstellung versuchen, die Probleme des Budgets zusammenzufassen und zur Problematik der Probleme, wenn ich das so sagen darf, Standpunkte beziehen, ich könnte mich aber auch zu allen möglichen Einzelheiten der Debatte äußern, ohne daß der Herr Präsident mich zur Sache rufen würde, weil eben alle besprochenen Ausgaben in der Form der Einnahmen eine unabdingbare Voraussetzung haben. Ich könnte Richtiges bestätigen, Irrtümliches aufklären und Mangelhaftes ergänzen, und ich könnte Fehlerhaftes berichtigen und Unrichtigem entgegentreten und, meine Damen

und Herren, ich könnte Giftiges mit Giftigem beantworten und vergelten.

Ich werde es nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall.)

Daß ich es nicht tun werde, das wissen Sie eigentlich schon aus den Gepflogenheiten der vergangenen Jahre. Aber ich bitte Sie, ein meiner Meinung nach immerhin wesentliches Merkmal der Debatten und der Standpunkte in diesem Haus und in unserem Lande festhalten zu dürfen, weil ich glaube, daß das für die Verhandlungen dieses Hauses, für ihre Art und ihre Grenzen, für ihre Wertung und ihr Verständnis wichtig zu sein scheint und weil es sich um eine Entscheidung handelt, deren wirkliche Gründe eigentlich alle jene einmal zur Kenntnis nehmen sollten, die sich immer wieder darüber wundern.

Wenn nämlich in diesem Hause über Fragen der Landespolitik oder über Fragen der Kommunalpolitik geredet wird, dann gibt es je nach Lage des Falles entweder eine, von vornherein bestandene oder durch vorhergehende Beratung auf Regierungs- und Ausschußebene erzielte Übereinstimmung, oder aber es gibt Debatten und Diskussionen über Meinungsverschiedenheiten und Auffassungsunterschiede, die sich meist in durchaus sachlichen Grenzen bewegen und in Formen vollziehen, die der Demokratie absolut entsprechen.

Immer dann jedoch, meine Damen und Herren, wenn von der Bundespolitik die Rede ist, erhitzen sich die Gemüter. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist kein Wunder!“)

Dann gibt es einen Wirbel und manchmal sogar eine Art Sturm. Ich halte das absolut nicht etwa für ein Unglück, denn die härteste Aussprache ist meiner Überzeugung nach besser und dem Fortschritt nützlicher als ein erzwungenes Schweigen, und sie ist beglückend gegenüber jenem erzwungenen Schweigen, das in weiten Teilen der Welt, ganz gleich von wem befohlen, herrscht. Aber niemand wird eigentlich an der Tatsache vorüberkönnen, daß der Unterschied zwischen der Behandlung landes- und kommunalpolitischer Fragen auf der einen und der Begründung bundespolitischer Standpunkte auf der anderen Seite in diesem Haus eine Erscheinung ist, die zumindest eigenartig genug ist, um besonders verzeichnet zu werden. Sie ist sicher kein Phantom. Aber sie könnte bei näherer Untersuchung als ein Symptom gelten und vielleicht sogar im staatspolitischen Sinne ein durchaus beachtenswertes, mindestens aber ein interessantes Symptom sein.

Ich möchte die Ebene der Budgetverhandlungen nicht verlassen und deren Rahmen jetzt nicht durch Überlegungen sprengen, die nicht hierher gehören. Aber ich halte es, da wir Sozialisten selbst in diesem Haus gefragt wurden, ob wir Opposition spielen wollen und für diesen Fall mit dem uns zwar keineswegs beängstigenden, aber ich glaube auch nicht so ernst gemeinten Wink bedacht wurden (Landeshauptmann Krainer: „Es geht um die Macht, nicht um die Opposition!“), daß man es uns zeigen werde, wenn wir Opposition machen, doch für notwen-

dig, etwas ganz Grundsätzliches festzustellen: Wir Sozialisten sind auf Grund der Verfassung unseres Landes, durch niemandes Gnade, sondern kraft des uns erteilten Auftrages unserer Wähler in der Landesregierung und damit an der Landesverwaltung beteiligt. (Landeshauptmann Krainer: „Selbstverständlich, Herr Kollege, nur an der Regierung, nicht an der Verwaltung, wenn das nicht vereinbart ist, ich muß das klarstellen!“)

Jawohl, Herr Landeshauptmann, und eben, weil es dieses Einvernehmen gibt (Landeshauptmann Krainer: „So ist es!“) und weil wir an der Regierung und an der Verwaltung beteiligt sind, Herr Landeshauptmann (Landeshauptmann Krainer: „Deshalb habe ich diese Frage gestellt, Herr Landeshauptmann!“) kann ich nun sagen, eine Opposition zur Landespolitik und zur Landesverwaltung kommt für uns nur so weit in Frage, als wir überstimmt werden. Jede sonstige und jede grundsätzliche Opposition zur Landespolitik ist für unsere Begriffe (Landeshauptmann Krainer: „Geht in Ordnung!“) durch die von der Verfassung gesetzlich gewährleistete Beteiligung an der Landesregierung und durch die durch Vereinbarung getroffene Beteiligung an der Landesverwaltung ausgeschlossen. Das ist eine in sich ruhende Tatsache und eine Tatsache, die jeder wissen soll und die eigentlich jeder wissen müßte.

Es müßte sich aber eigentlich auch längst herumgesprochen haben, meine Damen und Herren, daß die Sozialisten, und zwar alle österreichischen Sozialisten, die steirischen genauso wie die Wiener und die aller anderen Bundesländer, in Opposition zur Bundesregierung und in Opposition zu der von dieser Regierung gemachten Bundespolitik stehen, immer dann in Opposition dazu stehen, wenn diese Politik nicht für richtig gehalten wird. Das müßte eigentlich auch jeder wissen. Und die Tatsache, meine Damen und Herren, daß es darüber Meinungsverschiedenheiten gibt und daß das überall dort, wo darüber geredet wird und daher auch hier in der Landstube, zum Ausdruck kommt, wenn über Fragen der Bundespolitik gesprochen werden muß, sollte eigentlich niemand wundern, denn auch das ist eine in sich ruhende, eine in der Natur der Sache ruhende Erscheinung. (Abg. Pölzl: „Fisch und Fleisch!“)

Aber geh!

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß die auf der Bundespolitik und auf der finanziellen Situation des Bundes liegenden Schatten jedem von uns Sorgen bereiten. Und ich verstehe, daß es manchmal ärgerlich ist, wenn davon geredet wird, aber ich bitte jedermann auch um Verständnis dafür, daß im Interesse der Sache und im Interesse Österreichs darüber geredet werden muß, von Ihrem Standpunkt wahrscheinlich genauso geredet werden muß, wie wir jedenfalls der Meinung sind, daß von unserem und von jedem sonstigen Standpunkt geredet werden muß und geredet werden soll.

Wir sind allerdings der Meinung, je sachlicher darüber geredet wird, umso besser ist es. Und wir glauben auch, daß es, je offener darüber

geredet wird, umso zielführender sein wird für die zu treffenden richtigen Lösungen der vielen großen und kleinen Fragen, die uns alle angehen. Am Schluß nämlich, meine Damen und Herren, zählen wir für jeden Fehler, wer immer ihn macht, gemeinsam die Zeche. Und am Schluß, meine Damen und Herren, sitzen wir alle in einem Boot. (Landeshauptmann Krainer: „Sehr richtig!“)

Wir alle leiden, wenn dieses Boot schadhafte wird (Landeshauptmann Krainer: „Sehr richtig!“) und wir müßten alle wahrscheinlich ertrinken, wenn es untergehen würde.

Mehr zu sagen, verehrte Damen und Herren, scheint mir eigentlich nach der sehr gründlichen Debatte über alle großen Fragen und nach den vielen Einzelheiten, die mit unserem Budget zusammenhängen, heute nicht mehr notwendig.

Ich bin dem Hohen Haus dankbar für das Bild des Lebens unseres Landes, das auch diese Budgetdebatte wieder gebracht hat. Es war ein anschauliches, es war ein buntes, es war vielleicht manchmal ein in den Farben und in der Darstellung etwas übertriebenes Bild, und wir alle wissen ebenso, daß vieles von dem, was auch noch sagenswert wäre, nicht zum Ausdruck gekommen ist oder vielleicht zu wenig betont worden sein mag. Aber es war im ganzen trotz aller Meinungsverschiedenheiten dennoch ein gutes Bild und, meine Damen und Herren und ein gutes Zeugnis dessen, daß Regierung und Landtag in dieser unserer steirischen Heimat nach Kräften ehrlich und redlich bemüht sind, gute Arbeit zu leisten. Mit einer gewissen Genugtuung, glaube ich, können wir alle nach dieser Budgetdebatte vom Wort wieder zur Tat und von der Diskussion wieder zur Ausführung und zur Arbeit gehen.

Vor uns, meine Damen und Herren, liegt Weihnachten, das Fest der Familie, und eine Familie bilden auch die Menschen unseres ganzen Landes in guten und in bösen Tagen. Vor uns liegt Weihnachten, das Fest des Friedens, den zu besitzen wir glücklich sind und den zu erhalten unser höchstes Streben sein soll. Vor uns liegt Weihnachten, das Fest, das — richtig verstanden — jeden mahnen soll, daß neben ihm andere stehen, an die er zu denken hat und daß wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, die ersten sind, deren Berufung es ist, an alle zu denken und alle zu sehen, die mit uns in diesem Lande leben.

Was immer dem Politiker bewußt oder gedankenlos nachgesagt wird, kann nichts an der Tatsache ändern, daß seine Aufgaben zu den sittlichsten Pflichten gehören, daß seine Aufgaben keinen anderen Sinn und keinen anderen Zweck haben können als das Interesse seiner Mitmenschen zu wahren, deren Auffassung zu vertreten und das von den Wünschen der Mitmenschen zu verwirklichen, was verwirklicht werden kann, ohne dem Nächsten zu schaden oder das Ganze zu gefährden.

Am Ende unserer ganzen langen Debatte, meine Damen und Herren, sollte daher die Besinnung und die Besinnlichkeit stehen, die weihnachtliche

nachtliche Besinnung darauf, daß wir zwar durchaus nicht immer einer Meinung sein müssen, nicht immer einer Meinung sein können und auch nicht immer einer Meinung sein sollen, daß wir aber, wenngleich verschieden, so dennoch die Interessen von Menschen zu vertreten haben, die neben- und miteinander leben und die umso besser neben- und miteinander leben werden, je nachbarlicher ihre Beziehungen sind. Und wir sollten uns darauf besinnen, meine Damen und Herren, daß auch wir diese Interessen umso besser und umso wirksamer vertreten werden, je mehr es uns gelingt, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, und daß wir alles, was uns bedrängt und bedrückt, umso besser überwinden werden, je mehr jeder von uns und wir alle gemeinsam dazu beitragen.

Wir können das, was von außen auf uns drückt, nicht ändern, aber wir können uns entgegenstellen und es abwehren oder zu mildern versuchen. Und wir können das, was in uns selbst, in unserem eigenen Leben, im Leben unserer eigenen Wirtschaft und im Leben unserer eigenen Verwaltung fehlerhaft ist, sicher nicht von heute auf morgen, aber gezielt und umso rascher zum Guten wenden, je mehr wir alle uns darum bemühen.

Die Politik, meine Damen und Herren, ist die Gestaltung des gemeinsamen Lebens. Dem Leben gemäß gibt es auch in der Politik immer nur eine wirklich richtige Lösung. Und richtig wird immer die Lösung sein, die der Sache am besten entspricht und dem Menschen am besten dient. Um diese richtige Lösung sollten wir uns zu jeder Stunde mit heißem Herzen bemühen. Wenn wir sie treffen, meine Damen und Herren, dann macht es gar keinen Unterschied, ob wir leicht oder schwer, ob wir streitend oder friedlich dazu gekommen sind. Wesentlich ist, daß wir sie finden, und wesentlich wird sein, daß wir sie getroffen haben. Wesentlich, meine Damen und Herren, ist in der Besinnung auf die richtigen Lösungen aber auch die Erkenntnis, daß nicht alles zugleich getan und nicht alles zugleich erreicht werden kann. Und wesentlich in diesem Sinn ist auch, daß wir das Notwendige zuerst und das Wichtigste zuvorderst tun.

Wieder wie schon am Anfang der heurigen Budgetberatungen, wieder wie schon in meiner Einbegleitungsrede muß ich sagen, daß wir meiner Auffassung nach zuerst und zuvorderst drei Dinge zu tun und drei Probleme zu lösen haben, von denen die Zukunft unseres Landes mehr abhängt als von allen anderen Dingen. Das ist die Verbesserung und die Anpassung unserer Wirtschaftsstruktur an die Verhältnisse der Zeit, an die Verhältnisse der Wirtschaft von heute und an die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik. Das ist die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen und von Betrieben, die diesen Erfordernissen gerecht werden. Und das ist die Einordnung, unseres Landes in jene Beziehungen, die den Wirtschaftsraum von heute und den Wirtschaftsraum der Zukunft bilden werden, in jeder Beziehung, zuvorderst aber auf dem Gebiete des Verkehrswesens.

Ich bin sehr glücklich, meine Damen und Herren, daß wir heute zwei große Anträge, den, der die Grundlage des Autobahnprojektes vom Norden nach dem Süden unseres Landes einleiten wird und den, daß wir bei gegebenen Möglichkeiten noch mehr für die Strukturpolitik bereitstellen wollen, beschließen werden, und ich bin glücklich, daß die finanzielle Situation des Landes und daß die hier in der Landstube und in der Landesregierung betriebene Finanz- und Budgetpolitik es möglich machen, solche Beschlüsse zu fassen und sie nicht nur zum Fenster hinauszurufen, sondern sie auch tragen und verwirklichen zu können, wenn sie hereinkommen. Ich bin froh darüber, daß es uns möglich ist, Darlehen für solche Zwecke aufzunehmen, weil wir nicht überschuldet sind und Darlehen für derart große Projekte zu bekommen, weil wir so gewirtschaftet haben, daß sie uns jeder geben kann. Und ich bin glücklich, daß wir in der Lage sind, diese Projekte tragen und verwirklichen zu können und dennoch zu wissen, daß es uns möglich sein wird, das Dritte, das unbedingt notwendige Dritte zu tun, nämlich die Höhe unserer Investitionen in jener Durststrecke, die vor uns liegt, auch dann halten zu können, wenn derartige Probleme verwirklicht werden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir können guten Gewissens den Weihnachtsfeiertagen und dem Neuen Jahr entgegengehen, guten Gewissens, daß wir in unserem Bereich alles getan haben. Ich glaube, wir können uns gegenseitig und wir können guten Gewissens allen Steirerinnen und Steirern ein friedliches und geruhames Weihnachtsfest wünschen. Und ich glaube, wir können uns und den Steirern guten Gewissens sagen, daß von uns aus und soweit es auf uns ankommt, alles geleistet wird und wurde und alles getan werden wird, um auch mit diesem Budget dem kommenden Jahr wieder eine geordnete Grundlage für das Land zu geben.

Ich danke der Landesregierung, ich danke dem Hohen Haus, ich danke allen unseren Mitmenschen in diesem Lande für das, was sie geleistet und für das, was sie mit ihren Kräften dazu beigetragen haben, daß es so und nicht anders ist in dieser Stunde.

Und ich wünsche Ihnen, Herr Präsident, ich wünsche Ihnen, Herr Landeshauptmann und meinen Kollegen in der Regierung, ich wünsche Ihnen, verehrte Damen und Herren Abgeordnete des Hauses und ich wünsche allen unseren Landsleuten, wo immer sie leben und wo immer sie arbeiten, von ganzem Herzen alles erdenklich Gute für das bevorstehende Weihnachtsfest und für das kommende Jahr. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Krainer, ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Ich glaube, das Amt erfordert es, weil der Landeshauptmann, wie immer er heißt, das Land nach außen hin vertritt, daß er auch Wünsche sagt, nicht nur auch, sondern daß er sie sagt und daß er zu den wohl vorbereiteten Ausführungen des Ersten

Landeshauptmannstellvertreters auch eine kurze Antwort gibt.

Der Streit Opposition im Bund — Zusammenarbeit im Lande ist ein Zustand, mit dem wir uns selbstverständlich abzufinden haben, ich finde ihn als einen glücklichen Zustand, weil er ein echter Ausdruck der Demokratie ist, an die wir glauben als eine Gesellschaftsordnung, in der man frei von Furcht gut leben kann. Daher sind auch Gegensätze und verschiedene Meinungen selbstverständlich, nur — und das will ich als Einschränkung sagen — darf sich die Opposition im Bund nicht hier im Hause ständig widerspiegeln, weil dann die Landespolitik zur Widersprüchlichkeit wird und werden muß. (Landesrat Sebastian: „Aber wenn es um Bundesfragen geht, bleibt ja nichts anderes übrig, Herr Landeshauptmann!“)

Bitte, ich habe meine Auffassung kundgetan. (Landesrat Sebastian: „Die beste Opposition ist die, die nichts tut!“)

Es kann aber nicht so sein, daß wir uns mit Fragen beschäftigen, für die unser Haus nicht zuständig ist.

Ich kann sicher die Auffassung vertreten, daß jedes öffentliche Forum ein sehr geeigneter Platz sein kann, um überhaupt über die Gesamtheit der österreichischen Politik sich auseinanderzusetzen, nur glaube ich, geht das doch sehr, sehr weit und trübt schließlich und endlich in der Heftigkeit der Auseinandersetzungen letzten Endes das persönliche Verhältnis. Ich habe mich immer dazu bekannt, daß in allen demokratischen Gremien, wenn wir sie ernst nehmen und handhaben wollen, eine so gute als möglich auch persönliche Atmosphäre vorhanden sein und gepflegt werden soll. Wir haben ja leidvolle Erfahrungen, die wir beachten sollen. Warum ist die 1. Republik in das ungeheure Unglück von 1934 geraten? Weil die verantwortlichen Männer aneinander vorbeigegangen sind, nicht miteinander geredet haben. Bestenfalls waren es noch die Klubsekretäre, die einen Kontakt gefunden haben zwischen Regierung und Opposition. Und daher ist eine Entzweiung, verbunden mit persönlichen Haßgefühlen, eingetreten und hat schließlich zum Unglück geführt. Ich bin daher der Meinung, daß man sehr wohl sehr hart Meinungsverschiedenheiten austragen kann, aber daß man nie vergessen darf, wir sind Menschen, und wenn wir davon reden, den Nächsten sehen und ihm helfen zu wollen, dann muß ich diesen Nächsten zur Linken und zur Rechten sehen, gleichgültig, welches Kleid er trägt, welche Hautfarbe er hat, welche Religion und welche politische Meinung er für richtig hält.

Und dennoch muß ich festhalten: Es gibt hier Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des Budgets des Bundes, des Investitionsbudgets des Bundes und des Landes. Ich bin glücklich und froh, daß der Bund immerhin auch in der Steiermark im kommenden Jahr eine Milliarde 424 Millionen investieren wird. Ich bin sehr glücklich darüber. Es ist jedenfalls mehr, als wir als Land imstande sind zu investieren. Ich möchte daher meinen, daß wir uns nicht mit diesen Fragen, noch dazu mit dem Eventualbudget,

ob Eventualbudget oder nicht, so bedeckt oder nicht, — auch bei uns sind Bauvorhaben nicht bedeckt — akademisch herumschlagen sollen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner: „Ich kann nichts dafür, der Herr Abg. Dr. Heindinger hat es gesagt!“)

Redet's euch das aus, ist mein Rat.

Sehen Sie, jetzt bin ich schon mit meiner Stegreifrede bald zu Ende. Ich möchte nur allen Ernstes sagen: Jawohl, Herr Kollege Schachner, wir wünschen nicht nur den Dienst an den Menschen dieses Landes, wir wünschen selbstverständlich auch das Verstehen. Und wir wünschen niemanden ausgeschlossen von all dem, wo wir mitwirken können, daß es den Leuten ein bißchen besser geht, mitwirken können, mehr können wir ja nicht. Jeder muß ja sein Schicksal letztlich selbst bestimmen, die dazu vorhandenen Gemeinschaften, ob es Familie, ob es Gemeinde, ob es sonstige Gemeinschaften sind, all das Zusammenspiel der Kräfte bringt uns ja den Fleiß und das Können für eine gute Entwicklung. Und wir als politisch Verantwortliche können auch mit tätig sein. Wir dürfen darüber alle glücklich sein und dem Herrgott danken, daß wir diesen Dienst tun dürfen, und deshalb glaube ich auch müssen wir uns menschlich verstehen.

Und so wünsche ich Ihnen und Ihren Kollegen und meinen Freunden und allen Damen und Herren dieses Hohen Hauses, allen Beamten, allen Bediensteten, den Straßenwärtern genauso wie den Eisenbahnern, die wir haben oder die in diesem Lande wirken und arbeiten und den Gendarmeriebeamten und Polizeibeamten und allen, allen, den Bergarbeitern, die sich rackern und die noch immer mit der Last der Ungewißheit belastet sind, ein gesegnetes Fest und ein glückliches, gesundes 1968. (Allgemeiner, sehr starker Beifall.)

Präsident: Es war sehr belehrend und sehr interessant für das Hohe Haus, eine so tief bewegte Erörterung zwischen den Spitzen der Politiker des Landes zu hören und über die Landeskoalition und die Bundesopposition. Ich glaube, daß ich den Dank des Landes an den Schluß setzen darf. (Landesrat Sebastian: „Sehr richtig!“)

Wir schreiten fort in der Beratung der Gruppe 9. Berichterstatter Abg. Lackner hat das Schlußwort.

Abg. Vinzenz Lackner: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte das Hohe Haus im Sinne des Beschlusses des Finanz-Ausschusses dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen. Der Antrag war ja schon vorher gestellt. (Geschieht.) Die Gruppe ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Im a. o. Haushaltsvoranschlag sind in den einzelnen Gruppen sehr wichtige Bauvorhaben untergebracht. Die Gesamtausgaben wurden mit 423,225.000 Schilling veranschlagt. Dem stehen bedeckte Gesamteinnahmen von 283,985.000 Schilling gegenüber.

Ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses um Annahme.

Präsident: Ich bitte jene Abgeordneten, die dem a. o. Landesvoranschlag zustimmen, ein Händenzeichen zu geben. (Geschieht.)

Er ist somit angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlußanträgen des Landesvoranschlages. Berichterstatter ist Herr Abg. Hofbauer. Es handelt sich um 19 Anträge, 17 sind gemeinsame Anträge der ÖVP und der SPÖ, einem weiteren Antrag der ÖVP hat die SPÖ und einem anderen Antrag der SPÖ hat die ÖVP zugestimmt. Wir können daher über alle Beschlußanträge, wie Sie Ihnen im mündlichen Bericht Nr. 51 vorliegen, gemeinsam abstimmen. Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußanträge abzustimmen.

Abg. Hofbauer: Herr Präsident, Hohes Haus, ich stelle den Antrag, über alle Beschlußanträge gemeinsam abzustimmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die zustimmen, um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Herr Abg. Nigl. Er möge sogleich mit dem Bericht beginnen.

Abg. Nigl: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Der Dienstpostenplan für 1968 umfaßt insgesamt 13.183 Dienstposten. Sie verteilen sich auf 11.785 Dienstposten zu Lasten des Personalaufwandes des Landes, 749 Dienstposten erfordern die Wirtschaftsbetriebe des Landes, sieben Dienstposten fallen in den Rahmen der Bundesgebarung, 244 Dienstposten entfallen auf das landwirtschaftliche Fach- und Berufsschulwesen und 398 Dienstposten umfaßt der Personalaufwand der Gemeindeverbände.

Auf das Land entfallen systemisierte Dienstposten in der Größenordnung von 12.534. Gegenüber dem Dienstpostenplan 1967 beträgt die effektive Vermehrung 135 Dienstposten.

Der Finanz-Ausschuß hat in der Sitzung vom 6. Dezember den Dienstpostenplan beraten und einstimmig beschlossen und namens dieses Ausschusses darf ich den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle diesem Dienstpostenplan seine Zustimmung geben.

Präsident: Mangels Wortmeldung bitte ich die Abgeordneten um ein Händenzeichen, falls Sie dem Dienstpostenplan zustimmen. (Geschieht.)

Das ist geschehen, er ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan. Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren! Aus dem Systemisierungsplan ist zu entnehmen, daß das Land Steiermark 191 Personenkraftwagen, 11 Krafträder, 27 Kombi-Wagen, 82 Lastkraftwagen und 102 Spezialfahrzeuge in Betrieb hält. Dazu kommen noch die Kraftfahrzeuge der Wirtschaftsbetriebe: 9 Pkw, 5 Krafträder, 2 Kombiwagen, 2 Lastkraftwagen und 65 Spezialfahrzeuge.

Ich bitte um Annahme des Systemisierungsplanes.

Präsident: Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

2. Antrag des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 467, betreffend Landesmittel für Strukturförderung.

Berichterstatter ist Herr Abg. Bert Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 467 behandelt einen Antrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Landesmittel für die Strukturförderung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung erfordert Mittel, um die industrielle und gewerbliche Struktur zu verbessern und neue Produktionszweige zu erschließen. Dies alles mit dem Ziel, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Daher ist es unerlässlich, schon mit der Beschlußfassung über den Landesvoranschlag 1968 zum Ausdruck zu bringen, daß die Bereitstellung dieser für die Strukturförderung vorgesehenen Mittel auch im Jahre 1969 notwendig ist.

Ich darf sagen, daß sich der Finanz-Ausschuß in seiner Sitzung am 11. Dezember mit diesem Antrag befaßt und ihm die Zustimmung erteilt hat. Ich darf das Hohe Haus daher um Zustimmung zu folgendem Antrag ersuchen: Die Landesregierung wird aufgefordert, für das Budget 1969 einen Betrag von mindestens 119 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Schaffung industrieller und gewerblicher Betriebe und Arbeitsplätze in Gebieten mit besonderer Struktur-schwäche vorzusehen. Sollten die Mittel des a. o.-Haushaltes 1968 für den gleichen Zweck nicht ausreichen, so sind in einem Nachtrags-Budget entsprechende Erhöhungen zu beantragen und durch Darlehen zu bedecken. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Antrag des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 468, betreffend ein Nachtragsbudget für einen Anteil des Landes zur Gründung einer Autobahn AG. Graz—St. Michael—Leoben.

Berichterstatter ist Abg. Bert Hofbauer. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Bei dieser Regierungsvorlage handelt es sich ebenfalls um einen Antrag des Finanz-Ausschusses, betreffend ein Nachtragsbudget für einen Anteil des Landes zur Gründung einer Autobahn AG. Graz—Sankt Michael—Leoben.

Die Steiermark, die sich in einer geographisch ungünstigen Rand- und Verkehrslage befindet, bedarf dringend auch eines Anschlusses an die größten Verkehrsströme. Auch zur Entlastung der Bundesstraße Nr. 67 Graz—Bruck gehört zweifellos die Realisierung der in der Bundesstraßengesetz-Novelle vorgesehenen Autobahn Satledt—Graz—Spielfeld. Um ohne Nachteil für das steirische Anliegen der Süd-Autobahn wenigstens den Streckenabschnitt Graz—St. Michael—Leoben rasch auszubauen, wird die Gründung einer Aktiengesellschaft unter Heranziehung privater Beteiligungen für zweckmäßig gehalten und der Betrieb der Strecke als Mautstraße vorgeschlagen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit dieser Vorlage beschäftigt und ich darf namens des Finanz-Ausschusses des Hohen Hauses bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1968.

Berichterstatter ist Abg. Bert Hofbauer.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beilage Nr. 57 behandelt das Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1968. Ich darf dem Hohen Hause mitteilen, daß der Text der gleiche ist, nur die Zahlen sind anders. Sollte der Hohe Landtag wünschen, daß ich die Zahlen vorlese, (Präsident Dr. Kaan: „Die Beilage liegt allen schon vor!“) so kann ich davon absehen. (Präsident: „Jawohl!“)

Ich bitte, um Annahme des Gesetzes.

Präsident: Meine Damen und Herren, falls Sie dem Gesetz zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Damit ist der Voranschlag für das Jahr 1968 zur Gänze beschlossen.

Hohes Haus! Nach einer Beratungszeit von rund 40 Stunden, verteilt auf drei Tage und fast drei Nächte, während der die Mitglieder des Hauses in rund 150 Reden das Wort ergriffen, hat nunmehr das Hohe Haus mit dem Beschluß über den Landesvoranschlag für 1968 so wie es das Gesetz befiehlt, zeitgerecht seine wichtigste Arbeit vor dem Jahresende geleistet.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, allen Personen und Stellen, vorerst dem Herrn Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmannstell-

vertreter DDr. Schächner-Blazizek und seinem Beamtenstab für die Vorbereitung, sowie der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Ökonomierat Krainer für die rechtzeitige Ausarbeitung wie allen Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag, insbesondere den Mitgliedern des Finanz-Ausschusses, für die mit soviel Ernst, Eifer und trotz aller Temperamentsausbrüche mit soviel Sachlichkeit geführte Beratung und Beschlußfassung den Dank auszudrücken. Trotz Erweiterung des Publikumsraumes, welcher fast während der ganzen Beratungszeit durch steirische Zuhörer, vornehmlich der jüngeren Jahrgänge, mit großem Interesse besetzt war, konnten wir dem Erfordernis der Öffentlichkeit der Beratungen des Hohen Hauses noch lange nicht voll gerecht werden. Diese Aufgabe hat vornehmlich die Presse und der Rundfunk zu erfüllen, die gleichfalls während dieser langen Beratungsstunden immer vertreten waren und mit mehr oder weniger zusammengefaßten Berichten bemüht waren, ein vollständiges, fast immer freundliches Bild unserer Arbeit der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Auch ihr sei deshalb für diese mühevollen Arbeit im Interesse der Allgemeinheit der Dank gesagt. (Beifall.)

Schließlich will ich diese Gelegenheit auch dazu benützen, den Landesstenographen für ihre Mühe und Ausdauer, die sie diesmal in einem besonderen Ausmaß erwiesen hatten, meinen besonderen Dank auszusprechen. (Beifall.)

Ohne ihre Arbeit könnten die in dieser langen Sitzung gehaltenen Reden nicht der Nachwelt erhalten bleiben. Sie, aber sehr geehrte Damen und Herren, beendeten die heutige Budgetdebatte gewiß gleich mir mit der ehrlichen Überzeugung, die vielen Stunden im Ringen um die beste Verwendung der verfügbaren Mittel nicht verloren und vertan, sondern zu wirklich fruchtbarer Arbeit verwendet zu haben.

5. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 11. Mai 1962, LGBl. Nr. 253, über die Fortzahlung der Bezüge anlässlich der Ableistung freiwilliger Waffenübungen an die öffentlich-rechtlichen Bediensteten und an die Vertragsbediensteten des Landes Steiermark sowie der steirischen Gemeinden, die behördliche Aufgaben zu besorgen haben, abgeändert wird.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Nigl: Hohes Haus! Mit der Beilage 51 liegt Ihnen eine Gesetzesnovelle vor, durch die die Fortzahlung der Bezüge anlässlich der Ableistung freiwilliger Waffenübungen an die öffentlich-rechtlichen Bediensteten und an die Vertragsbediensteten des Landes Steiermark sowie der steirischen Gemeinden, die behördliche Aufgaben zu besorgen haben, eine Änderung erfährt.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat am 8. November 1967 diese Vorlage mit gleichzeitig vorliegenden Änderungen, die Ihnen im

mündlichen Bericht vorliegen, einstimmig beschlossen und außerdem hat der Finanz-Ausschuß sich ebenfalls mit dieser Vorlage am 5. Dezember beschäftigt und ebenfalls den einstimmigen Beschluß gefaßt, dieses Gesetz dem Landtag zur Annahme im Hohen Haus zu empfehlen. Auch der Finanz-Ausschuß hat die im mündlichen Bericht vorliegenden Änderungen einstimmig beschlossen.

Im Namen beider Ausschüsse darf ich die Damen und Herren des Hohen Hauses um Annahme dieses Antrages bitten.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor, ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 53, Gesetz über die Pensionsansprüche der Distriktsärzte, Landesbezirkstierärzte und ihrer Hinterbliebenen.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Das am 1. Jänner 1966 in Kraft getretene Pensionsgesetz 1965, ein Bundesgesetz, erfordert die Abänderung und Ergänzung der zitierten Landesgesetze, weil das Pensionsgesetz 1965 eine Reihe von Neuerungen auch im Pensionsrecht für Distrikts- und Landesbezirkstierärzte bringen muß.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 8. November der Finanz-Ausschuß am 5. Dezember die gedruckte Regierungsvorlage beraten. Er hat ebenfalls einige Abänderungen beschlossen und diese Abänderungen liegen Ihnen ebenfalls als gedruckter mündlicher Bericht vor.

Ich darf namens beider Ausschüsse den Hohen Landtag bitten, diese Vorlage zu beschließen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie der Vorlage zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 437 über den Erwerb der Liegenschaft EZ. 252, KG. Kalwang, von den Ehegatten Anton und Rosa Bodler in Kalwang 16a, durch das Land Steiermark auf Grund der Versteigerung vom 23. November 1966 beim Bezirksgericht Leoben.

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alle Abgeordneten kennen die Vorlage, es handelt sich darum, eine Familie zu retten, die der Obdachlosigkeit anheim gefallen wäre mit vier Kindern. Die Landesregierung hat beschlossen, in Kalwang ein Haus anzukaufen zum Preis von S 210.305,62.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 23. Oktober 1967

den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Ersteigerung der Liegenschaft EZ. 252, KG. Kalwang, von den Ehegatten Anton und Rosa Bodler, Kalwang 16a, durch das Land Steiermark zur Kenntnis zu nehmen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt und stellt das Ersuchen an das Hohe Haus, der Vorlage die Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 78, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Groß, Psonder, Fellingner und Genossen über die Berücksichtigung von höheren Baukosten bei Errichtung von Wohnungen für Körperbehinderte und alte Ehepaare in Gemeinde- bzw. Genossenschaftsbauten.

Berichterstatter: Abg. Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Groß: Meine Damen und Herren! Die Durchführung solcher Bauten in Graz hat ergeben, daß die Herstellungskosten nicht über den üblichen Kosten für Bauten liegen. Auf Grund dieser Feststellung scheint es zur Zeit nicht nötig, derartige Bauvorhaben mit erhöhten Förderungsmitteln auszustatten. Das beinhaltet auch der Antrag, den ich Ihnen im Namen des Finanz-Ausschusses zur Annahme empfehle.

Präsident: Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, wer dem Antrag zustimmt. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 381, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Dipl.-Ing. Fuchs und Buchberger, betreffend die Förderung von hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen.

Berichterstatter: Frau Abg. Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Egger: Meine Damen und Herren. Der Bericht der Landesregierung stellt im wesentlichen fest, daß ein Förderungsbeitrag für die Erhaltung und Errichtung von Fachschulen für hauswirtschaftliche Frauenberufe gerechtfertigt wäre. Ich ersuche Sie namens des Finanz-Ausschusses, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 440, über den Abverkauf eines landeseigenen zum Gutsbestande der landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof-Hafendorf gehörigen Grundstückes an Primar

Dr. Bernd Schreiner, Vorstand der med. Abteilung des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur.

Berichterstatter: Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Im Namen des Finanz-Ausschusses beantrage ich den Abverkauf vom 4.000 m² landeseigenen Grundes an Primararzt Dr. Bernd Schreiner.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt auch hier nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 449, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1967 — 2. Bericht.

Berichterstatter: Abg. Franz Ileschitz. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Vorlage beinhaltet die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben der Landesregierung in folgender Aufstellung: Die Bedeckung im ordentlichen Haushalt erfolgt

- a) bei Ausgabeneinsparungen bei anderen Gebarungszweigen in der Höhe von 18.560.000 Schilling,
- b) Bindung von Mehreinnahmen, die mit den genehmigten Ausgaben in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen in Höhe von 27.145.677 Schilling,
- c) Entnahmen aus der Betriebsmittel- und Ausgleichsrücklage, sofern der Mehraufwand bis zum Ende des Rechnungsjahres nicht durch Ausgabeneinsparungen bzw. zu erwartende Mehreinnahmen gegenüber dem Landesvoranschlag 1967 bedeckt werden kann, in der Höhe von 65.671.250 Schilling und aus dem außerordentlichen Haushalt durch Entnahme aus der Investitionsrücklage in der Höhe von 13.171.000 Schilling für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1967.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und sie einstimmig genehmigt. Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Mangels Wortmeldung fordere ich die Mitglieder des Hohen Hauses auf, ein Händenzeichen zu geben, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Dies ist der Fall. Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 450, betreffend die Übernahme der Bundesforstgärten in die Verwaltung des Landes.

Berichterstatter: Abg. Buchberger. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Abg. Buchberger: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Vorlage betrifft die Übernahme der Bundesforstgärten in die Verwaltung des Landes. Der Finanz-Ausschuß hat diese Vorlage eingehend behandelt und ich darf in seinem Namen den Antrag stellen: Das von der Landesregierung vorgelegte Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und dem Land Steiermark, betreffend die Übernahme der Bundesforstgärten in Steiermark in die Verwaltung des Landes und die Führung dieses Wirtschaftskörpers als Landes-Wirtschaftsbetrieb „Landesforstgärten“, wird genehmigt.

Ich darf beantragen, das Hohe Haus möge diesem Antrag die Zustimmung geben.

Präsident: Sie haben den Bericht des Herrn Berichterstatters gehört. Es sind keine Wortmeldungen dazu erfolgt. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Es ist auch diese Vorlage damit angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 451, betreffend Verkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 1706/1 der Liegenschaft EZ. 65 der KG. Waltendorf im Ausmaß von 562 m² an die Stadt Graz zum Kaufpreis von 196.700 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Hans Groß. Ich erteile ihm das Wort und bitte um den Bericht.

Abg. Groß: Meine Damen und Herren! Im Namen des Finanz-Ausschusses beantrage ich: Der Verkauf des landeseigenen Grundstückes der Liegenschaft EZ. 65, KG. Waltendorf im Ausmaß von 562 m² an die Stadt Graz zum Kaufpreis von 196.700 Schilling wird genehmigt.

Präsident: Sie haben den Bericht des Herrn Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Auch dieser Punkt der Tagesordnung ist mit einer Annahme erledigt.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 59, Gesetz über die Aufnahme eines Auslandskredites im Gesamtbetrag von neun Millionen Schweizer Franken bei der Handelsbank in Zürich durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung verschiedener Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes.

Berichterstatter ist Abg. Hans Groß. Ich bitte ihn auch um diesen Bericht.

Abg. Groß: Über die Aufnahme dieses Auslandskredites liegt ein einstimmiger Beschluß des Grazer Stadtsenates vor. Der Finanz-Ausschuß hat sich ebenfalls mit dieser Vorlage beschäftigt und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Dieser Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 454, betreffend den Ankauf von Grundstücken für die Errichtung eines Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag.

Hierzu bemerke ich, daß der Herr Finanz-Referent ursprünglich die Absicht hatte, eine Rückverweisung an den Finanz-Ausschuß zu beantragen. Er hat mir eben mitgeteilt, daß dies nicht notwendig ist. Ich bitte also die Bericht-erstatte-rin, Frau Abg. Hella Lendl, den Bericht in der vorliegenden Form zu erstatten.

Abg. Lendl: Aus der Vorlage geht die Notwendigkeit des Neubaus eines Amtsgebäudes in Mürzzuschlag hervor. Die Gemeinde hat die in der Vorlage gestellten Bedingungen inzwischen erfüllt, der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung mit dieser Vorlage beschäftigt und vorgeschlagen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Für die Errichtung eines neuen Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag wird der Ankauf der Grundstücke von der Volksbank um den Kaufschilling von 2.012.522 Schilling, vom Rechtsanwalt Dr. Kummer um den Kaufschilling von 140.986 Schilling, von den Ehegatten Ludwig und Marlies Schubert um den Kaufschilling von 172.416 Schilling genehmigt. Der sofort erforderliche Aufwand von 1.620.000 Schilling wird zu Lasten der Post 92,10 mit der Bezeichnung „Ankauf von Liegenschaften“ im a. o. Haushalt 1967 verrechnet, bei der die Mittel vorgesehen und bedeckt sind. Der restliche Kaufpreis ist nach durchgeführter Gegenverrechnung im Haushaltsjahr 1968 zu veranschlagen. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag der Frau Bericht-erstatte-rin gehört. Es sind keine Wortmeldungen. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 455, über die Aufnahme eines Darlehens von 70 Millionen Schilling bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zur Finanzierung des Sonder-Wohn- und Barackenersatz-Bauprogrammes (2. Abschnitt) im Jahre 1967.

Berichterstatter Abg. Schrammel.

Abg. Schrammel: Hohes Haus! Nach der Vorlage soll die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt werden, zur Finanzierung des zweiten Abschnittes des Sonder-Wohn- und Barackenersatz-Bauprogrammes im Jahre 1967 bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark ein Darlehen in der Höhe von 70 Millionen Schilling aufzunehmen. Das Darlehen ist mit 6,5 Prozent zu verzinsen und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Landesregierung hat Vorsorge zu treffen, daß die dem Land ob dieser Darlehensaufnahme obliegenden Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt werden. Namens des Finanz-Ausschusses darf ich das Hohe Haus um Zustimmung ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Das ist der Fall. Dieser Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 456, betreffend den Abverkauf der landeseigenen Steinbrüche Burgstall (Landesgut Wagner) und Gamsgebirg (Landesgut Schloßberg) an Ing. Karl Kober.

Berichterstatter ist Abg. Johann Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pabst: Die diesbezügliche Regierungsvorlage haben Sie in Händen. Sie wurde im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Ich darf namens dieses Ausschusses den Vorschlag machen, den Abverkauf der landeseigenen Steinbrüche Burgstall (Landesgut Wagner) und Gamsgebirg (Landesgut Schloßberg) zu einem Kaufpreis von 40.000 und 50.000 Schilling, zusammen 90.000 Schilling an Ing. Karl Kober, Ziegelstadelgasse Nr. 33, Graz, zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Gesetz über die Regelung der Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft (Steiermärkisches Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 1967).

Berichterstatter: Abg. Josef Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Der Steiermärkische Landtag hat am 30. Juni 1967 das Steiermärkische Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1967 beschlossen. Dieser Gesetzesbeschluß wurde von der Bundesregierung beeinsprucht. Dieser Gesetzesbeschluß steht in sachlichem Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag gleichfalls vom 30. Juni 1967 zum Beschluß erhobenen und von der Bundesregierung nicht beeinspruchten Steiermärkischen Landarbeitsordnungs-Novelle 1967. Die Fassung eines Beharrungsbeschlusses erscheint im Hinblick auf die seinerzeitigen Beratungsergebnisse durch diesen Gesetzesentwurf gerechtfertigt. Ich stelle daher im Namen des Landeskultur-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag möge einen Beharrungsbeschluß fassen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört, einen Beharrungsbeschluß zu fassen. Ich stelle an Sie daher die Frage, ob Sie zustimmen und bitte diesfalls um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. Der Beharrungsbeschluß ist somit gefaßt.

19. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates für das Land Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Franz Feldgrill. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 58, über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates wurde im Gemeinde- und Verfassungsausschuß am 6. Dezember eingehend behandelt und ich ersuche namens des Ausschusses um Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört und ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 405, zum Antrag der Abgeordneten Pözl, Dr. Kaan, Buchberger, Feldgrill, Koller, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend die Aussetzung einer Ergreifungsprämie zur Ermittlung der Täter des Minenattentates auf der Porze-Scharte.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs. Ich bitte um den Bericht. Ich erteile ihm hierzu das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Die Steiermärkische Landesregierung teilt mit, daß die Bundesregierung zu dem gegenständlichen Antrag mitteilt, daß eine Auslobung zur Ergreifung der Täter in diesem Fall nicht unproblematisch ist, in einem anderen Fall jedoch durchgeführt werden konnte. Zuzufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung und der Behandlung im Gemeinde- und Verfassungsausschuß stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Pözl, Dr. Kaan, Buchberger, Feldgrill, Koller, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend die Aussetzung einer Ergreifungsprämie zur Ermittlung der Täter des Minenattentates auf der Porze-Scharte wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um das Händenzeichen des Hohen Hauses. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 436, zum Antrag der Abgeordneten Fellingner, Brandl, Schön, Heschitz und Genossen, betreffend den Einsatz der Bundesgendarmerie in St. Stefan ob Leoben.

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: Hohes Haus! Die Vorlage befaßt sich mit den Vorfällen in St. Stefan. Namens

des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses beantrage ich, der Hohe Landtag möge dieser Vorlage seine Zustimmung geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Abg. Fellingner als Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes Klagenfurt, betreffend Abg. Dr. Christoph Klausner wegen eines Verkehrsunfalles, Einl.-Zahl 446.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Dr. Heidinger: Hoher Landtag! Der mündliche Bericht Nr. 53 liegt Ihnen vor. Namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses stelle ich folgenden Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt vom 15. November 1967, Zahl VR 2314/67, um Zustimmung zur Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Klausner wegen Verdachtes des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 Strafgesetz, Verkehrsunfall, wird über dessen Wunsch stattgegeben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschicht.)
Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, betreffend den Abverkauf der landeseigenen zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstücke an die Gemeinde Wagna.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage und der mündliche Bericht Nr. 54 liegen Ihnen vor. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich nachfolgenden Antrag, der Hohe Landtag wolle den in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, enthaltenen Antrag in folgender Fassung annehmen: „Der Abverkauf von drei landeseigenen zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörigen Flurstücken und zwar Nr. 252,41, 252,42 und 252,43 der EZ. 255 KG. Wagna im Gesamtausmaß von 5772 m² an die Firma Anton Maroschko, Maurermeister und Betonwarenerzeuger in Wagna, Marburgerstraße 84, zur Ansiedlung eines Industriebetriebes zu einem Gesamtpreis von 173.160 Schilling wird genehmigt.“

Präsident: Sie haben den Bericht des Herrn Berichterstatters gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Bericht zustimmen. (Geschicht.)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Bericht ist angenommen, wir kommen damit, nachdem wir die Tagesordnung erledigt haben, zum Schlusse.

Es wird diese Sitzung aller Voraussicht nach die letzte dieses Kalenderjahres sein. Ich danke nochmals allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, daß sie trotz der langen Dauer dieser Sitzung an den Beratungen mit gleichem Interesse, gleichem Eifer und gleicher Besonnenheit teilgenommen haben. Ich wünsche schon jetzt allen Regierungsmitgliedern, den Abgeordneten, allen Bediensteten des Landes Steiermark und der ganzen steirischen Bevölkerung namens des Steiermärkischen Landtages ein gesegnetes und zufriedenes Weihnachtsfest und Frieden, Wohlergehen und Erfolg im kommenden Jahr!

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Der Herr Vizepräsident bittet um das Wort.

2. Präsident Afritsch: Hochverehrter Herr Landtagspräsident! Hohe Landesregierung! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich habe eine sehr, sehr schöne Aufgabe zu erfüllen. In den nächsten Tagen wird Herr Landtagspräsident Dr. Richard Kaan seinen siebzigsten Geburtstag feiern. Es ist nicht meine Aufgabe, Ihre großen Verdienste, Herr Landtagspräsident, zu würdigen, das wird bestimmt in der geeigneten Stunde erfüllt werden. Ich habe aber die Aufgabe, — ich glaube, daß Sie damit einverstanden sind, meine Damen und Herren — Ihnen, Herr Landtagspräsident, im Namen des Steiermärkischen Landtages das Allerbeste zu wünschen, das man sich nur wünschen kann. Noch viele Jahre gute und volle Gesundheit, noch recht lange volle Schaffenskraft! Das wünsche ich Ihnen, Herr Landtagspräsident auch persönlich als das zweitälteste Mitglied des Steiermärkischen Landtages, herzlich, aufrichtig und innig. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Herr Zweiter Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich habe in wenigen Tagen die weniger schöne Aufgabe, ins achte Jahrzehnt meines Lebens einzutreten. Wenn ich die ersten Glückwünsche zu diesem 70. Geburtstag in diesem Hause empfangen, so ist das ein Ereignis, das mich bewegt, rührt, ehrt, aber auch sehr erfreut. Ich war schon ziemlich alt, als ich Politiker wurde in diesem Hause. Ich war mir sofort der besonderen Aufgabe bewußt, die jedem Politiker, jedem Landespolitiker auferlegt wird, der in diesen ehrwürdigen Räumen hier zu wirken hat. Der Tod meines Vorgängers hat es ergeben, daß ich dann hier den Präsidentenstuhl einzunehmen hatte auf Grund der Wahl, welche mir das Vertrauen aller Parteien dieses Hauses erwiesen hat. Im nächsten Jahr jährt es sich zum fünfzigsten Mal, daß in diesen Räumen nach einem Zusammenbruch, wie ihn ungefähr zwanzig Generationen, zwanzig steirische Generationen, in diesem Umfang vorher nicht erlebt haben, die proviso-rische Landesversammlung hier zusammengetreten ist unter dem Vorsitz eines Mannes, der den

gleichen Namen trägt wie ich. Sie können sich denken, daß ich in dem Augenblick, da ich diesen Präsidentenstuhl einzunehmen hatte, mir dieser hohen Verantwortung besonders bewußt geworden bin. Das starke Gefühl für Tradition auf Generationen zurück wurde noch verstärkt durch diese Tatsache, die ich eben erwähnt habe. Ich weiß nicht, ob ich meine Aufgabe immer richtig erfüllt habe. Aber ich hoffe, Sie sind davon überzeugt, daß ich meine Aufgabe immer nach besten Kräften erfüllt habe. Ich danke dem lieben Gott, ich danke es meinen Eltern, daß sie mir die

Lebenskraft, das Einfühlungsvermögen und das Gemeinschaftsgefühl mitgegeben haben, Politiker zu werden. Denn der Eintritt in die Politik hat mir eine vollkommen neue Lebens-Sphäre eröffnet und ich bin dem Schicksal dankbar, daß ich auch diesen Einblick gewonnen habe. Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 15. Dezember 1967, 23.50 Uhr.